DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

344/345 30. JAHRGANG Mai/Juni 2013 4,50

AUS DEM INHALT:

INDIEN – LAND ZUM LEBEN

Im April diesen Jahres bat die indische Landlosenbewegung Ekta Parishad um Solidarität bei einem »virtuellen Marsch«. In einer weltweiten Online-Petition wurde um Unterstützung der Forderungen gegenüber der indischen Regierung gebeten. Seite 3

GENERALDIREKTOREN-PROJEKT

Sich an die DDR zu erinnern, ist auch eine Frage, wer sich erinnert. So entstand ein Projekt, bei dem sich Generaldirektoren erinnern. Im Salon Rohnstock in Berlin wird auf spannende Weise über diesen Teil der deutschen Vergangenheit diskutiert. Seite 4

SOLIDARITÄT MIT GRIECHENLAND

Griechische Projekte und Gruppen reisen durch Deutschland, um auf die Lage der Menschen aufmerksam zu machen. Sie fordern ein Ende der Troika und erhoffen sich von Menschen in Deutschland, dass auch hier Druck auf die Regierung gemacht wird, um den Menschen in Griechenland wieder ein Leben ohne Armut zu ermöglichen. Seite 5

SELBSTORGANISATION

Markus Wutzler ist Aktionstrainer bei X-tausendmal quer, einer der großen Kampagnen im Wendland, die bei den Castortransporten die Massenblockaden auf der Straße organisieren. Christoph Chang denkt gemeinsam mit ihm darüber nach, wie es klappen könnte, Elemente des zivilen Ungehorsams und der gewaltlosen Aktion in den Alltag mitzunehmen. Seite 6

MONDRAGON

In Diskussionen um anderes, alternatives, solidarisches Wirtschaften geht es meist um kleine Projekte, die mit hohen Ansprüchen in Nischen mühsam über die Runden kommen. Ob es auch ein paar Nummern größer geht, wollte Elisabeth Voß bei einem einwöchigen Besuch im spanischen Baskenland im Januar 2013 herausfinden. Seite 7

SELBSTBESTIMMT ARBEITEN

Zweiter Teil der Diskussion zwischen Michael Albert, dem Begründer des Konzepts »Participatory Economy«, kurz Parecon, und Christian Siefkes, Vertreter der Peer-Produktion. Wir dokumentieren die Online-Debatte in einer gekürzten deutschen Übersetzung. Seite 9

www.contraste.org

GENOSSENSCHAFTLICHE WOHNPROJEKTE

Eingebunden bleiben in der Gemeinschaft

Generationsübergreifendes Wohnen als Chance für Senioren

Zunehmend wird die Stärke traditioneller Selbstorganisationsfähigkeit durch bürgerschaftliches Engagement in Form von Sozial- und Seniorengenossenschaften wiederentdeckt. Tatsächlich werden diese in naher Zukunft dringend benötigt. Reine Seniorengenossenschaften können als Selbst- oder Fremdausgrenzung verstanden werden. Dagegen verfolgen Projekte des generationsübergreifenden Wohnens die konsequente Einbindung aller Generationen, nicht nur der älteren Mitglieder unserer Gesellschaft. Der Schwerpunkt stellt solche genossenschaftliche Ansätze des Wohnens in den Mittelpunkt.

Foto: Giovanni Lo Curto

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● In einer immer älter werdenden Gesellschaft stehen die Kommunen und anderen Gemeinwesenakteure vor neuen Herausforderungen. Welche Rahmenbedingungen können sie gemeinsam schaffen, um den Bürgerinnen und Bürgern im dritten Lebensabschnitt bei wachsendem Hilfe- und Pflegebedarf ein selbstbestimmtes und selbstgestaltetes Leben zu ermöglichen? Neben professioneller Hilfe wird hierfür bürgerschaftliches Engagement immer wichtiger. Der Rechtsform der Genossenschaft kommt dabei, besonders im Wohnbereich, wachsende Bedeutung zu. Der Hintergrund: Sie entspricht den Wertvorstellungen der meisten Wohnprojekte aufgrund ihrer demokratischen Struktur und aufgrund ihrer Bestandsfähigkeit unabhängig von den einzelnen beteiligten Personen.

Der Einstieg in den Schwerpunkt erfolgt durch Micha Fedrowitz von der Wohnbundberatung NRW. Er hat den Bestand genossenschaftlicher Projekte generationsübergreifenden Wohnens in der Bundesrepublik erhoben. Für Wohnprojekte kommen in diesem Zusammenhang drei Ansätze in Frage: Kooperationen mit Bestandsgenossenschaften, die Gründung einer Einprojektgenossenschaft oder die Zusammenarbeit mit dem sozialinnovativen Ansatz einer Dachgenossenschaft. Alle drei Formen werden in dem Schwerpunkt anhand vorbildlicher Beispielen veranschaulicht.

Überblick zu Wohnprojekten

Das erste Wohnprojekte GaGa in Stade wurde mit der dortigen traditionellen Wohnungsbaugenossenschaft, der Wohnstätte Stade eG, umgesetzt. Solche Kooperationen gibt es bisher vorwiegend in Norddeutschland und NRW. Sie beinhalten erhebliche Vorteile. Die erste Herausforderung: Es muss ein Partner gefunden werden, der für solche Innovationen und eine gewisse Eigenständigkeit des Wohnprojekts offen ist. Die professionelle Abwicklung und erheblich niedrigere Kosten sind dann gewährleistet. Sonderwünsche müssen die Mitglieder zwar selbst tragen. Ansonsten sind sie aber in der Regel nur verpflichtet, die Pflichtanteile entsprechend der Wohnungsgröße einzubezahlen.

Unterstützung erforderlich

Projekte wie die Einprojekt-Genossenschaft Villa Emma eG haben es da erheblich schwerer. Die Genossenschaft umfasst heute 23 Mitglieder, von denen 13 in der Villa Emma wohnen. Das Mehrgenerationenwohnhaus besteht aus elf barrierefreien Wohnungen, Gemeinschaftsräumen und einem Gästeappartement. Ohne die Bereitschaft von nichtnutzenden Mitgliedern Eigenkapital zur Verfügung zu stellen, wäre diese Genossenschaft mit bundesweiten Vorbildcharakter im Bereich der Inklusion nicht zustande gekommen. Sie kann als exemplarische Lernhilfe für die Einbindung behinderter und pflegebedürftiger Menschen dienen. Voraussetzung ist das ausgefeilte Konzept für ein selbstorganisiertes »Sorgemix«.

Die zwei Artikel zu dem dritten Beispiel gehören zusammen. Geschildert wird die Entwicklung und das Angebot der Dachgenossenschaft pro... gemeinsam bauen und leben eG in Stuttgart. Sie unterstützt Initiativgruppen für gemeinschaftliche Wohnprojekte durch Beratung und Konzeptentwicklung und hilft bei der Abstimmung mit Städten und Gemeinden bei Grundstückerwerb und Planung. Wie das Ergebnis aussieht, verdeutlicht das beschriebene Wohnprojekt »Mobile«. Die Zahl solcher Projekte unter dem Dach der pro... steigt nach einer langsamen Startphase immer schneller, wird hier doch der Bedarf nach größtmöglicher Eigenständigkeit und professioneller Betreuung hervorragend verwirklicht.

Tagung Seniorengenossenschaften

Abschließend wird in dem Schwerpunkt auf geeignete Veröffentlichungen verwiesen. In diesen werden konkrete Beispiele, das Projektmanagement von Wohnprojekten und die genossenschaftsspezifischen Aufgaben dargestellt. Ergänzend erfolgt der Hinweis auf eine Tagung am 29./30.11.2013 in der Evangelischen Akademie Meißen mit dem Schwerpunkt Seniorengenossenschaften. ●

Schwerpunktthema Seite 11 bis 14

D 8008

Anzeige

BREAKING NEWS: ++ BUKO ++
BRAUCHT SPENDEN ++ !!! ++
FÜR ++ RADIKAL ++
GLOBAL ++ DENKEN ++
HANDELN ++ !!!

Konto: Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit
Bank: Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel
BLZ: 210 602 37, Kto.: 234 389

WWW.BUKO.INFO

BIS 10. JUNI: VOLKSBEGEHREN DES BERLINER ENERGIETISCH IM ENDSPURT

Die Energieversorgung in Berlin rekommunalisieren

Schon mehrfach haben wir über das Volksbegehren des Berliner Energietisch berichtet. Die Stromnetze (noch von Vattenfall betrieben) sollen in öffentliche Hand, und ein öffentliches Unternehmen soll dezentrale regenerative Energien anbieten. Warum ist das für CONTRASTE spannend? So spannend, dass wir sogar Bündnispartner des Energietisch sind? Zurück zum Staat, hinter verschlossene Türen und den wechselnden politischen Interessen ausgeliefert, mit abgehalfterten PolitikerInnen auf wichtigen Posten, nur weil sie versorgt werden sollen – was hat das mit Selbstorganisation zu tun? Und wie soll ausgerechnet dadurch die Energiewende gelingen? Wir haben den Sprecher des Berliner Energietisch, gebeten, auf diese Fragen einzugehen.

Von Stefan Taschner, Berlin ● Der Berliner Energietisch hat sich nichts weniger zum Ziel gesetzt, als die Berliner Energieversorgung vollkommen neu zu gestalten. Wir wollen sie nicht nur ökologischer sondern auch sozialer, vor allem aber demokratischer machen. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist eines unserer Kernanliegen. Uns schwebt kein landeseigenes Unternehmen im klassischen Sinne vor, sondern ein echtes Bürgerunternehmen, bei dem die Berlinerinnen und Berliner mitbestimmen können.

Konkret fordern wir zum einen die Direktwahl von Teilen des 15-köpfigen Verwaltungsrates durch alle in Berlin gemeldeten Personen ab dem 16. Lebensjahr. Einer Postenvergabe an frühere PolitikerInnen oder andere »gute Freunde« wird damit Einhalt geboten. Auch weitgehende Mitbestimmmungsrechte wie z.B. ein Initiativrecht sind vorgesehen. Außerdem wird eine Ombudsstelle eingerichtet, an die sich BürgerInnen mit Beschwerden wenden können. Durch regelmäßig stattfindende Versammlungen soll den EinwohnerInnen Berlins die Möglichkeit gegeben werden, Angelegenheiten des Stadtwerks und der Netzgesellschaft zu erörtern. Durch diese Beteiligungsmöglichkeiten werden Entscheidungsfehler viel schneller durch die BürgerInnen aufgegriffen und können nicht endlos von den politischen Akteuren ignoriert werden. Für Stadtwerk und Netzgesellschaft gelten des Weiteren klare Transparenzvorgaben in Bezug auf den Zugang und die Veröffentlichung von Dokumenten, nach dem Motto: Transparenz statt Geheimverträge.
Wir sehen diese Form der Bürgerbeteiligung als notwendig für die Energiewende an. Nur ein Stromnetz in öffentlicher Hand wird im Interesse der BürgerInnen technisch fit gemacht werden für die Energiewende. Das Stadtwerk soll im Sinne von »Strom in BürgerInnenhand« zum Beispiel mit Bürgersolaranlagen oder selbstverwalteten Kraftwerken zusammenarbeiten, denn Projekte der Energiewende lassen sich viel schneller mit der Beteiligung der BürgerInnen realisieren.

All dies lässt sich nach unserer Überzeugung nur durch ein kommunales Unternehmen mit geeigneter Unternehmensform umsetzen. Deshalb will der Energietisch sowohl die Stadtwerke als auch die Netzgesellschaft als Anstalt öffentlichen Rechts gründen lassen.

Wer dieses Ziel unterstützt, kann uns bis zum 10. Juni beim Unterschriftensammeln helfen. Mit 200.000 Unterschriften können wir einen Volksentscheid erzwingen und damit den Weg frei machen für eine Energieversorgung in den Händen der Berlinerinnen und Berliner. Wie selbstorganisiert diese Energieversorgung letztlich funktioniert, das wird sich sowohl an den formalen Firmenkonstruktionen, als auch an der gelebten Demokratie entscheiden. ●

DOPPELNUMMER MAI/JUNI 2013 – DANKE FÜR EURE SOLIDARITÄT!

Liebe LeserInnen,

Durch den Tod von Dieter Poschen ist bei uns einiges durcheinander geraten (Nachruf und Erinnerungen an Dieter in CONTRASTE 343, April 2013). Wir möchten weitermachen, waren aber leider nicht in der Lage, reibungslos die Produktion der CONTRASTE im gewohnten Rhythmus sicherzustellen. Darum haltet Ihr nun diese Mai/Juni-Ausgabe in der Hand.
SchnupperabonnentInnen erhalten drei Hefte, wie immer. Wer von den AbonnentInnen sich darüber ärgert, nun für den Preis eines Jahresabos nur 10 statt 11 Hefte zu bekommen (im Sommer gibt es immer eine Doppelnummer Juli/August), kann uns eine Mail schicken an contraste@online.de, dann verlängern wir das Abo entsprechend, das heißt wir berechnen die Aboverlängerung erst einen Monat später.
Wenn das alle AbonnentInnen in Anspruch nähmen, würde das ein großes Loch in unser ohnehin viel zu schmales Budget reißen, darum hoffen wir auf Euer Verständnis für unsere Situation und auf Eure Solidarität. Eure CONTRASTE-Redaktion

Seit dem Erscheinen der März-Ausgabe haben wir folgende Spenden erhalten:

N.N., Göttingen	50,00 €	N.N., Wien	100,00 €
N.N., Köln	100,00 €	P. S., Stuttgart	10,00 €
K.-D. W.	200,00 €	K. B., Göttingen	50,00 €
B.-E. D., Berlin	35,00 €	S. C., Kassel	500,00 €
B. D., Berlin	50,00 €	H. M., Dresden	150,00 €
J. H., Stuttgart	70,00 €	M. E., Köln	2.500,00 €
H. B., Berlin	100,00 €	B. K., Graz	100,00 €
D. D., Wiesbaden	200,00 €	V. F., Neustadt	13,20 €
G. L., Berlin	200,00 €	K.-H. B., Berlin	20,00 €
S. H. , Hannover	300,00 €	C. M., München	15,00 €
M. C., Frankfurt, Main	15,00 €	S. P., Yverdon-les-Bains	33,00 €
H. S., Barsinghausen	50,00	S. M., Kaiserslautern	400,00 €

Spendenkonto: Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405 / BIC GENODEF1VBD

NOTFALLPLENUM IN BERLIN

Das Wunder CONTRASTE geht weiter

Schon die TeilnehmerInnenzahl beim unserem Notfallplenum zeigte es: CONTRASTE ist uns wichtig, ist für die alternativen Bewegungen wichtig. Fast zwanzig Menschen kamen am letzten April-Wochenende zusammen, um zu beratschlagen, wie es mit der Zeitung für Selbstorganisation in nächster Zeit weitergehen kann. Es waren mehr als doppelt so viele als sonst zum Jahrestreffen kamen: aus Klagenfurt, Ulm, Dresden, Könnern, Köln, Kassel, Verden, Badel, Potsdam und vor allem aus Berlin. Dort hat sich seit einem Jahr eine vielköpfige CONTRASTE-Lokalredaktion gebildet, die nun auch zum Teil Verantwortung für das weitere Erscheinen übernommen hat.

Von Heinz Weinhausen, Redaktion Köln ● Das Wunder CONTRASTE besteht darin, dass seit Jahrzehnten Monat für Monat vielfältige Informationen über und für anderes Arbeiten, Wirtschaften und Leben ins Haus flattern, obwohl die Auflage viel zu gering ist, um wirtschaftlich bestehen zu können. Wie ist das möglich?

Ich denke, zuallerst ist die CONTRASTE eine Schenkzeitung. Die AutorInnen verschenken ihre Artikel, schätzen daran, dass sie authentisch schreiben können, keine Selbstverständlichkeit in der Medienwarenwelt. Dann ist das gewählte Zeitungsformat das preiswerteste, auf Farbdruck wird verzichtet. Trotzdem kostet der Druck, das Porto, die Endredaktion, das Layout, die Abo- und Finanzverwaltung usw. Alles ist nicht ehrenamtlich zu bewältigen. Um die Kosten dennoch niedrig zu halten, damit das Projekt am Leben bleibt, haben Dieter Poschen und seine Kollegin Ute Berthold als Zündsatz-Kollektiv bei einem mehr als bescheidenen »Gehalt« der CONTRASTE viele, viele Stunden bei der Endredaktion, beim Layout und bei der Verwaltung geschenkt.

Und auch die LeserInnen haben die ganzen Jahre über mit den Abos, den Fördermitgliedschaften und mit vielen und manchmal sehr großzügigen Spenden das Projekt über Wasser gehalten. So konnte und kann unser kleine, aber doch sehr gewertschätzte Zeitung ihre politische Wirkung entfalten: Erfahrungen und Wege zu einer anderen Gesellschaft aufzeigen, Projektkultur sichtbar machen und vernetzen. So machte und macht CONTRASTE Mut, sich in diesen Prozess von Gesellschaftsveränderung einzubringen. Danke, danke an uns alle, dass uns dies wieder und wieder gelungen ist.

Das Herz der CONTRASTE schlägt nicht mehr, Dieter Poschen ist verstorben. Beim Notfallplenum wurde die Lücke sehr deutlich, die er hinterlässt. Wir wollen sie schließen, indem wir die Aufgaben auf mehrere Schultern verteilen. Die Bereitschaft ist da, WIE wir das machen, ist noch Neuland für uns. Deswegen brauchen wir Zeit, uns neu zu sortieren, um beim Sommerplenum im großen Kreis eine neue tragfähige Struktur zu beraten und zu entscheiden. Wir haben bereits bei unserem jetzigen Treffen einiges angedacht, zur Konkretisierung und zur Vorbereitung des nächsten Plenums hat sich eine Gesamtkonzept-AG gebildet.

Schweren Herzens haben wir eingesehen, dass nicht alles leistbar sein wird - Konzeptarbeit und parallel die Endredaktion für drei Ausgaben. Deshalb fassten wir den Entschluss, die nächste Ausgabe der CONTRASTE als Doppelnummer Mai/Juni erscheinen zu lassen. Es folgt die traditionelle Doppelnummer der Sommerausgabe, und ab September soll es wieder monatlich weitergehen.

Am Samstagabend gedachten wir Dieter, erzählten aus unseren Begegnungen mit ihm, schauten uns Fotos aus seinem Leben an. Mit seinem beliebten Manzanilla-Sherry stießen wir an: Salute Diego. ●

SOMMERPLENUM

Unser Sommerplenum findet vom 12. bis 15. Juli 2013 statt. Evtl. verlängern wir um ein oder zwei Tage, weil es diesmal sehr viel zu entscheiden gibt. Wir müssen uns eine neue Struktur geben und viele Arbeitsaufgaben verteilen. Ort: Hiddinghausen/Sprockhövel (zwischen Wuppertal und Bochum)
Wer dabei sein möchte, melde sich bitte bis zum 15. Juni bei: contraste@online.de

JETZT CONTRASTE FÖRDERN!

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.: Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

elis.corner

Großzügigkeit, Gelassenheit, Geduld

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Unser schönes Zeitungsprojekt CONTRASTE steht vor der wahrscheinlich größten Herausforderung seiner bald 30jährigen Geschichte. Mit dem Tod von Dieter Poschen ist uns das Zentrum unserer Redaktion verloren gegangen. »Das Herz von CONTRASTE schlägt nicht mehr« ist fast wörtlich zu verstehen, denn Dieter war derjenige, der mehr als alle anderen Ansprechpartner nach innen und außen war. Auf ihn bezogen sich alle. Diese »alle« sind glücklicherweise ziemlich viele, engagierte Menschen, die auf unterschiedliche Weise dazu beitragen, dass unsere Zeitung regelmäßig (okay, im Moment nicht ganz, aber wir arbeiten daran) erscheinen kann. Und auf all diese Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit kommt es nun an.

Vorübergehend (!) habe ich als Gesamtkoordinatorin einen Teil der bisherigen Aufgaben von Dieter übernommen. Mir liegt viel daran, dass wir von dieser sternförmigen Struktur, in der sich viele auf ein Zentrum beziehen, zu einer stärker kreisförmigen Organisationsstruktur finden. Allerdings wird eine Koordination weiterhin notwendig sein in einem so komplexen Projekt, denn es ist ja nicht mit der Zeitung getan, die in sich schon aus vielen Aufgabenfeldern besteht. Hinzu kommt die Website, der Verein, die Finanzen, die Aboverwaltung, das Archiv... All dies muss aufeinander abgestimmt werden, und es sind Menschen notwendig, die Verantwortung dafür übernehmen darauf zu achten, dass nichts vergessen wird, und sich darum zu kümmern, wenn es irgendwo Probleme gibt.

In all dem sehe ich ziemlich viele Spannungsfelder, die typisch sind für selbstverwaltete Projekte, die sich aber ganz besonders und einmalig anfühlen, wenn mensch mittendrin steckt. Zum Beispiel im Zusammenspiel zwischen den Alteingesessenen, die teils schon seit Jahrzehnten dabei sind, und den erfreulich vielen neuen MitstreiterInnen. Oder in den Beziehungen zwischen unterschiedlich aktiven RedakteurInnen: Schön zu erleben, wie manche in dieser Umbruchsituation Verantwortung übernehmen, die teils jahrelang eher passiv dabei waren.

Alle bringen unterschiedliche Erfahrungen und Kompetenzen, Erwartungen und vielleicht auch Befürchtungen in diese Begegnungen mit ein. Wie kann es gelingen, miteinander in einen kreativen Austausch- und Arbeitsprozess zu kommen? Wie lassen sich die verschiedenen Vorstellungen, zeitlichen und fachlichen Möglichkeiten, und die unterschiedlichen Grade an Übernahme von Verantwortung möglichst produktiv zusammen bringen? Wie weit gelingt es, Aufgaben kollektiv zu übernehmen, und wo verderben die vielen KöchInnen eher den Motivationsbrei? Was tun wir, wenn individuelle Überlastung durch viele Mithelfende nicht etwa gemindert, sondern zusätzlich erhöht wird, weil der Kommunikations- und Abstimmungsaufwand sich vervielfältigt?

Was sich innerhalb der Redaktion verändert, wird auch Einfluss nehmen auf die Beziehungen zu unserem Umfeld, zu den AutorInnen und Projekten, aber ebenso zu den Fördermitgliedern, AbonnentInnen und anderen LeserInnen und nicht zuletzt zu denen, die uns mit Spenden unterstützen. CONTRASTE lebt von diesem vielfältigen sozialen Geflecht, das die Zeitung trägt, und das sich nun, wo sich keineR mehr auf Dieter beziehen kann, neu sortiert. Dass es dabei hakt und ruckelt, gehört dazu, und ich denke, wir brauchen viel Wohlwollen von allen Beteiligten, um diese Umbruchphase gut zu überstehen. Mir hilft es dabei, wenn ich mich mehrmals täglich an die drei großen G erinnere: Großzügigkeit, Gelassenheit und Geduld. ●

Change of Address !

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die ZustellerIn entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort Eure neue Anschrift mitzuteilen! TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 EUR.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.
Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2013

Jetzt haben wir uns einen Überblick verschafft und können über die Entwicklung seit März 2013 berichten: 24 Neuabos und 9 Kündigungen = bereinigt 15 Neu-abos, 4 Neue Fördermitgliedschaften über zusammen 348 EUR und 2 gekündigte Fördermitgliedschaften über 162 EUR = bereinigt +186 EUR
Das Ziel unserer Abokampagne: 113+ Neuabos
Damit könnten wir uns auf dem bisherigen finanziellen Niveau tragen. Seit März haben wir Spenden erhalten in Höhe von: 5.261 EUR.
Damit wäre unsere Finanzierungslücke (Stand März 2013: 3.639 EUR) gedeckt, und es stünden uns 1.622 EUR für die zusätzlichen Kosten der Umstrukturierung zur Verfügung. Diese werden jedoch weitaus höher ausfallen, so dass wir weiterhin dringend auf Spenden angewiesen sind.

Bei allen Fördermitgliedern, AbonnentInnen und SpenderInnen bedanken wir uns ganz herzlich!

DANKE AN BARBARA BUX

Für die Todesanzeige für Dieter Poschen (CONTRASTE 343, April 2013, Seite 1) haben wir die Zeichnung eines Raben von Barbara Bux verwendet. Wir bedanken uns nochmals ausdrücklich dafür, dass wir die Grafik veröffentlichen durften, und verweisen auf die Website der Künstlerin: **www.buxwerke.de**

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Bernd Köhler und ewo2: »Keine Wahl«

Das neue Album des engagierten Mannheimer Liedermachers Bernd »Schlauch« Köhler ist dem Thema Arbeitskämpfe gewidmet. 13 Lieder und Balladen, die zwischen Anfang der 70er Jahre und heute entstanden, finden sich auf seiner neuen CD »Keine Wahl«. Es handelt sich dabei z.B. um einen 2003 für den Arbeitskampf der Mannheimer »AlstomerInnen« geschriebenen Song »Unsre Chance – Résistance«, eine aus Protest gegen die Einführung von Hartz IV entstandene Ballade »Herrliche Zeiten« oder den 1983 für eine Grossdemonstration der Stahlarbeiter und Bergbaukumpel in Bonn entstandenen Titel »Stahlwerkersong«. Titelgebend ist ebenfalls ein Stahlwerkerlied – »Keine Wahl«. Gesangliche und musikalische Unterstützung hat Bernd Köhler unter anderem von der Band ewo2 (elektronisches weltorchester 2) und diversen Chören (zum Beispiel dem Alstom-Chor) erhalten.

Es hat etwas Nostalgisches, diese Songs auf einem Album versammelt wiederzufinden. Sie spiegeln Arbeitskämpfe der 70er und 80er Jahre wider – haben für Ausstehende aber nur einen geringen Wert. Nur wenige Lieder haben über die jeweilige Situation hinaus Bestand. Es handelt sich hierbei mehr um ein musikalisches Dokument mit historischem Wert als um ein Album, das man wie Köhlers andere Alben zeitunabhängig hören kann. **DJ Chaoz**
Kontakt/Information: www.ewo2.de/berndkoehler

INDIEN

Land zum Leben

Im April diesen Jahres bat die indische Landlosenbewegung Ekta Parishad um Solidarität bei einem »virtuellen Marsch«. In einer weltweiten Online-Petition wurde um Unterstützung der Forderungen gegenüber der indischen Regierung gebeten. Sechs Monate zuvor, am 11. Oktober 2012, hatte der indische Landwirtschaftsminister J. Ramesh in Agra ein Abkommen mit der Zivilgesellschaft unterzeichnet: In einem 10-Punkte-Abkommen verpflichtete sich die indische Regierung, eine umfassende Landrechtsreform auf den Weg zu bringen. Mehr als 60.000 Menschen hatten auf einem großen Marsch für Land und Gerechtigkeit der Regierung das Abkommen abgerungen.
Jetzt geht es um die Umsetzung.

Von Brigitte Czyborra, alleweltonair ● Über 6 0.000 Landlose waren am 2. Oktober 2012 von Gwalior nach Delhi aufgebrochen, um ihr Recht auf Land einzufordern. Parallel verhandelten die Vertreter des Marsches – des Jan Satyagraha 2012 – mit der indischen Zentralregierung (Contraste berichtete, siehe Ausgabe Okt. 2012). Schließlich ein beachtlicher Erfolg: Die Regierung, vertreten durch Jairam Ramesh, den Minister für ländliche Entwicklung, unterzeichnete in Agra eine Vereinbarung für eine umfassende Landreform.

Wenn das Abkommen in ganz Indien umgesetzt würde, hätten Millionen von Menschen die Möglichkeit, sich von ihrem eigenen Land zu ernähren. Sie hätten das Recht, sich eine bescheidene Unterkunft auf einem kleinen Stück Land zu errichten. Frauen würden das Recht auf eigenen Landbesitz erhalten.

Sechs Monate später, im April 2013, mobilisierte die Landlosenbewegung Ekta Parishad in einer nationalen und internationalen Kampagne für die Einhaltung der Zusagen. In einem »Virtuellen Marsch« wurden Unterstützungsbriefe und Online-Unterschriften gesammelt. Menschen in Indien, die keinen Mail-Zugang haben, konnten sich erstmals durch den Anruf einer Gratis Nummer beteiligen. Alle Mails und Anrufe wurden in einem symbolischen Marsch an verschiedenen Orten des Globus gesammelt: in Rio de Janeiro, New York, Nairobi, Mexiko City, Kapstadt, Sydney und Lagos.

Ekta Parishad und die »National Alliance of Dalit Land Rights«, die Nationale Vereinigung für die Landrechte der Dalits (früher »Unberührbare« genannt), organisierten gemeinsam eine Basisversammlung (»People's Parliament«) am 13./14. April. Tausende landlose Arme forderten die Zuteilung von Land gemäß der Vereinbarung von Agra und der indischen Verfassung. Bis Dezember sollen die Mobilisierungen weiterlaufen.

»Der Grund, warum die sozialen Bewegungen die indische Regierung unter Druck setzen« erläutert Rajagopal, der Gründer von Ekta Parishad, liegt darin, »dass auch die indische Regierung dem Globalisierungsprozess unterliegt, auch wir sind Teil des Globalisierungsprozesses, und der Markt ist allmächtig geworden. Im Namen der Globalisierung werden die Ressourcen, von denen die Menschen leben: im wesentlichen Land, Wasser und Wälder – wir nennen es ‚jal, jangal, jamin' – diese Ressourcen werden den Menschen weggenommen und den Unternehmen übergeben. Dadurch wird in den Dörfern Armut und Elend geschaffen.«

Es scheint, dass das Ministerium für ländliche Entwicklung tatsächlich bemüht ist, das Abkommen einzuhalten. Ein erheblicher Teil der vereinbarten Maßnahmen wurde bereits realisiert. Im Januar wurde schließlich eine »Task Force on Land Reforms« gegründet, eine Kommission auf nationaler Ebene, die aus neun Regierungsvertretern und acht Vertretern der Zivilgesellschaft besteht.

Andere Teile der indischen Regierung und einige Bundesstaaten jedoch haben Maßnahmen ergriffen, die in eine gegenteilige Richtung gehen. Das indische Blatt »Frontline« spricht sogar von Sabotage der Agra-Vereinbarung: Am 5. Februar habe das Ministerium für Umwelt und Wald eine Richtlinie erlassen, die die »Diversifizierung von Wald für Entwicklungsvorhaben zum Wohl der Menschen« erlaube. Bislang waren gemäß Verfassung große Teile der Waldgebiete Indiens den Adivasi zugesprochen (Sammelbegriff für Stammesangehörige). Unter »Diversifizierung zum Wohl der Menschen« seien in aller Regel Infrastrukturvorhaben verschiedenster Art zu verstehen, schreibt Frontline. Bereits heute werden immer wieder Adivasi für Großprojekte aus dem Dschungel vertrieben und verlieren damit ihre Lebensgrundlage. Während die Verfassung den indigenen Völkern das Recht auf Selbstverwaltung einräumt, wird befürchtet, dass die neue Richtlinie nun den Verkauf des gemeinschaftlichen Waldlandes und die Vertreibung in die Slums der Städte beschleunigt.

Landlosenmarsch Indien 2012 Foto: Martin Bauer

Die Organisationen, die sich zum Kampf um Landrechte zusammengeschlossen haben, nehmen nun auch die Wahlen in den Blick. Im Frühjahr 2014 finden nationale Wahlen statt. »First land, then vote. No land, no vote.« lautet ihr Slogan: Erst Land, dann bekommt ihr unsere Stimme. »Kein Land, keine Stimme.« ●

Weitere Infos unter:
www.ektaparishad.com / www.ektaeurope.org
Die Kölner Radiogruppe alleweltonair begleitet mit ihren Sendungen die Mobilisierungen in Indien. Bürgerfunk-Sendungen zur indischen Landlosenbewegung als Podcast auf: www.alleweltonair.de.

AUFRUF ZUR SUBSKRIPTION

Saatgut ist Gemeingut

Wie gewinne ich Saatgut? Werden die Samen, die ich dieses Jahr gesammelt habe, nächstes Jahr auch keimen? Werden die Tomatenpflanzen mit der Zeit degenerieren, wenn ich jedes Jahr Samen von meinen Pflanzen entnehme? Wo befinden sich die Samen an einer Spinatpflanze? Und wie gewinnt man die Samen von Zichorien? Warum produziert die Karotte keine Samen im ersten Jahr?

Von Longo Maï ● Welcher Gärtner oder Gärtnerin hat sich diese Fragen nicht irgendwann gestellt? Wir wollen einen Film herstellen, der auf diese Fragen Antworten geben kann.

Saatgutgewinnung ist keine Hexerei! Um sein eigenes Saatgut zu produzieren braucht es nur etwas Geduld und das nötige Fachwissen. Leichtzugängliche Lernmittel, die dieses wertvolle Wissen weitergeben, sind jedoch rar. Der Lehrfilm »Saatgut ist Gemeingut – Anleitung für Samengärtnerei« soll hier Abhilfe schaffen. Alle Etappen der Saatgutvermehrung werden im Detail aufgezeigt und so einem breiten Publikum vermittelt. Schritt für Schritt wird die Entwicklung einer Pflanze vom Aussäen bis zur Gewinnung und Konservierung des Saatgutes dargestellt.

er Lehrfilm »Saatgut ist Gemeingut« wird einfach gestaltet, gut verständlich und seine Verbreitung unkompliziert sein. Die Dreharbeiten werden sich über zwei Jahre erstrecken, damit auch die zweijährigen Pflanzen dokumentiert werden können.
Der Film richtet sich an all jene, die sich dieses Wissen aneignen wollen, das über Jahrhunderte von den Bauern und Bäuerinnen übermittelt wurde und das die Menschheit ernährt. Sein eigenes Saatgut zu gewinnen macht Spaß – aber das ist nicht der einzige Grund, warum Saatgutgewinnung und Sortenerhaltung wieder von einer möglichst großen Anzahl von Leuten mitgetragen werden sollte. Die Vielfalt der Kulturpflanzen ist heute mehr und mehr in Gefahr. Seit den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts sind 70 Prozent der Kulturpflanzenvielfalt verschwunden. Viele früher gängige Sorten sind heute im Handel nicht mehr erhältlich. Selektion und Züchtung von Saatgut liegen zunehmend in den Händen nur weniger multinationaler Konzerne, die in erster Linie marktwirtschaftlicher Logik folgen. Diese Entwicklung bedroht letztlich die Ernährungssicherheit der Menschheit. Denn die Verfügbarkeit einer großen genetischen Vielfalt innerhalb der Kulturpflanzen ist eine unumgängliche Voraussetzung für die Anpassung der Pflanzen an veränderte Umwelt- und Klimabedingungen.

Wir wenden uns entschieden dagegen, dass Saatgutgewinnung das Vorrecht einiger weniger Monopolisten sein soll und lassen uns nicht einschüchtern. Schöpfen wir Vertrauen in unsere Fähigkeiten, die Grundregeln der Saatgutgewinnung zu lernen und weiter zu vermitteln. Der Lehrfilm »Saatgut ist Gemeingut« ist ein wichtiges Hilfsmittel dazu.

Damit dieser Film realisiert werden kann, braucht es die nötigen finanziellen Mittel. Mit einer Subskription von 20 € oder einer gezielten Förderung könnt ihr einen wichtigen Beitrag zu seiner Erstehung leisten. Im Gegenzug erhaltet ihr nach Fertigstellung des Filmes eine Kopie zugeschickt. Der Film wird aber auch freizugänglich im Internet zu sehen sein. Ein Trailer des Filmes kann bereits unter http://vimeo.com/52456738 eingesehen werden. (Kontakt: seedfilm@yahoo.fr)

Die Film-Initiative wird von von Longo Maï unterstützt. Beim Hof Ulenkrug in Mecklenburg-Vorpommern und beim Hof Stopar in Kärnten können ein DVD-Gutschein von 20 € oder eine Förderung gezeichnet werden. Dabei ist unbedingt die Adresse im Verwendungszweck zu vermerken. ●

Deutschland: Hof Ulenkrug Tel.: +49-399 59-20 329
Verein Gesellschaft zur Förderung der Europäischen Kooperative
Raiffeisenbank Malchin, Kto. 1084194, BLZ 15061698
Österreich: Hof Stopar, Tel.: +43-42 38-87 05
Verein Longo maï Österreich
Posojilnica-Bank Eisenkappel, Kto. 808 4824, BLZ: 39130

DEUTSCHLAND: KOMMUNE LOSSEHOF

Eine Kommune im Bau

Der Lossehof befindet sich in der Nähe der Kommune Niederkaufungen. Beim »Los Geht's 2011« bildete sich dort eine Gruppe, die das Gelände kaufen und wieder aufbauen wollte, um darin als Kommune zusammenzuleben.

Von Ben Müller, Kaufungen ● Im Mai 2012 haben wir den Kaufvertrag unterschrieben und etwa zeitgleich damit begonnen, provisorische Wohnmöglichkeiten rund um den heruntergekommenen Fachwerkhof zu besiedeln. Nach den ersten Ausstiegen (siehe CONTRASTE 341) sind von der Gründungsgruppe noch acht Erwachsene dabei. Insgesamt besteht die Gruppe zurzeit aus 16 Erwachsenen und vier Kindern, von denen drei nur zeitweise in der Kommune leben.

In der Gründungsphase sind wir stets davon ausgegangen, dass für die Finanzierung des gewagten Unterfangens mindestens 20 Erwachsene und eher noch mehr benötigt werden. Aber es ist schwieriger als gedacht, als Gruppe zu wachsen. Zurzeit suchen wir also noch Leute. Besonders freuen wir uns über interessierte Frauen, FrauenLesben, Transgender und andere Sternchen sowie über mehr Kinder. Männer nehmen wir dieses Jahr nicht mehr auf.

Ich denke, es sind vor allem zwei Themen, die Interessierten die Entscheidung über einen Einstieg erschweren: die große Baustelle und die ruhende Auseinandersetzung über gemeinsame Grundsätze und Ziele.

Wir bauen hier zwar schon länger, mindestens seit dem letzten Sommer. Aber die Baustelle im Haupthaus fängt gerade erst an. Es geht darum, verrottete Eichenbalken auszutauschen, das Dach neu zu decken; Wände dämmen, Fenster einbauen, Heizung, Innenausbau ... das kann noch Jahre dauern. Und dann gibt es nebenan noch die Grundmauern der alten Scheune, auf die ein neues Dach soll und am Besten noch ein weiteres Stockwerk. Und Platz für Neubauten ist auch vorhanden. In dieser ausgedehnten Bauphase, bei der noch längst nicht alles endgültig geplant ist, fällt es schwer, sich die zukünftige Gestalt der Kommune auszumalen. Hinzu kommt die Schwierigkeit, ausreichend provisorischen Wohnraum zu schaffen.

Mit dem Entwickeln eines gemeinsamen Alltags haben sich auch unsere Themen verändert. In den Anfängen der Gruppengründung, als es um unsere gemeinsamen Grundsätze ging, war es leichter, eine Vorstellung von der werdenden Kommune zu gewinnen. Wir entwarfen Pläne für die räumliche Aufteilung, diskutierten über die Bedeutung von »libertär« oder »feministisch« und versuchten unsere politische Position für sich sprechend, ohne die Vorsilbe »anti« zu bestimmen. Parallel arbeiteten einzelne an einer satirischen Fassung, dem »alternatieven Grundsatzpappir«, das verschiedene Ausformungen von Kommerzialisierung, Selbstausbeutung, Hierarchiebildung und anderem euphemistisch hochleben ließ. Geblieben von der Visionssuche ist ein in knappen Sätzen formulierter gemeinsamer Sinn und Zweck (siehe CONTRASTE 334/335) und ein Grundsatzpapier im Entwurfsstadium. Unsere laufenden, vom Alltag geprägten Diskussionen vermitteln zwar auch viel über unsere politischen Ansichten und unsere Arbeitsweise, vielleicht sogar mehr als ein theoretisches Grundsatzprogramm aussagen kann, aber es ist schwieriger, von außen kommend sich darauf einzulassen.

Andererseits vernachlässigen wir unsere Grundsätze aber auch nicht. Wir nehmen uns Zeit, die Macht- und Rollenverteilung innerhalb der Gruppe zu reflektieren, wir erweitern unsere Gesprächsmethoden um Elemente aus der Gewaltfreien Kommunikation, wir engagieren uns politisch und genießen die Zeit zusammen. ●

Kontakt: Lossehof, An der Losse 13, 34260 Kaufungen, Tel. 05605-9279801, www.lossehof.de

RICHTIGSTELLUNG ZUR RICHTIGSTELLUNG

Konflikte und Trennungen auf dem Lossehof

In unserer Februar-Ausgabe 2013 berichtete Claudia Herbst über ihren Ausstieg aus der Kommune Lossehof. In der darauf folgenden März-Ausgabe erschien eine Richtigstellung unserer Redaktion, die sich auf die Aussage im Artikel bezog, dass ein Kommunarde sich bei der CONTRASTE-Redaktion gemeldet hätte »um gegen das Erscheinen dieses Artikels vorzugehen«. Wie in der Richtigstellung beschrieben, gab es jedoch lediglich die Anfrage, zeitgleich eine Stellungnahme der Kommune zum Text zu veröffentlichen. Anders als in der Richtigstellung suggeriert wird, liegt es jedoch ausschließlich in der Verantwortung der Redaktion, dass bei der Autorin die genannte Vermutung entstanden war und dass der Text in dieser Form abgedruckt wurde. Die Autorin hatte ausdrücklich darum gebeten, sie zu korrigieren, falls die besagte Passage nicht den Tatsachen entspräche. Dass dies nicht geschah, ist der zum diesem Zeitpunkt schwierigen Situation der CONTRASTE und der Krankheit von Dieter Poschen geschuldet. Für die daraus resultierenden Verwirrungen entschuldigen wir uns bei allen Beteiligten. ●

Die CONTRASTE-Redaktion

IM SALON ROHNSTOCK WIRD AUF NEUE WEISE DDR DISKUTIERT

Das Generaldirektoren-Projekt

Sich an die DDR zu erinnern, ist auch eine Frage danach, wer sich erinnert. So entstand ein Projekt, bei dem sich Generaldirektoren erinnern.

Von rechts nach links die Generaldirektoren: Dr.-Ing. Hans-Joachim Lauck (Generaldirektor QEK Brandenburg), Herbert Roloff (GD AHB Industrieanlagen-Import), Dr. Kurt Falkenberg (GD AHB Chemie), Prof. Karl Döring (GD EKO Eisenhüttenstadt), Christa Luft, Eckhard Netzmann (GD SKET Magdeburg), Foto: Sebastian Bertram

Von Wolfram Adolphi, Berlin ● »Jetzt reden die Bosse«, titelte eine große deutsche Tageszeitung und ließ dem reißerischen Aufmacher einen Artikel über einen Mann folgen, der einmal Generaldirektor gewesen war. Generaldirektor eines volkseigenen Kombinates. Kombinate: Das waren die großen zentral geleiteten und organisierten Wirtschaftseinheiten der DDR. Es gab sie in der Industrie, im Bauwesen, im Handel, im Dienstleistungssektor. Die seinerzeit weithin bekannte und auch heute noch auf Firmenschildern an Maschinen überall in der Welt zu findende Abkürzung SKET zum Beispiel verweist auf das Schwermaschinenbaukombinat Ernst Thälmann. Das hatte seinen Hauptsitz in Magdeburg, zugeordnet waren ihm viele kleinere Zulieferbetriebe überall im Land. Ein anderes Beispiel das IFA-Kombinat, das für den Fahrzeugbau zuständig war. 105 000 Beschäftigte in einigen Hundert großen, kleinen und kleinsten Betrieben. Schnell kommen weitere Namen in die Erinnerung: das Eisenhüttenkombinat in Eisenhüttenstadt, die Chemiekombinate Leuna, Buna, Schwedt, Bitterfeld, Premnitz, das Filmkombinat ORWO Wolfen, das Elektronikkombinat Robotron mit

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

seiner Zentrale in Dresden, das Kombinat Carl Zeiss Jena. Internationale Player sie alle, weltweit vernetzt, über spezielle Außenhandelsbetriebe (AHB) in den Welthandel eingebunden. Kombinate auch auf anderen Ebenen: in jedem Bezirk ein Bezirksbaukombinat, Dienstleistungskombinate.

Aber genug, nicht um Details der DDR-Wirtschaftsstruktur soll es hier gehen. Sondern um das eingangs gemeinte »Reden der Bosse«. Denn wieso ist das eigentlich eine solche Überschrift wert? Heute, 23 Jahre nach dem Verschwinden der DDR? Haben sie nicht längst geredet, diese Männer (es sind unter den Generaldirektoren tatsächlich nur ganz wenige Frauen gewesen)? Und was, bitte, wäre die Sensation?

Nun, es ist vielleicht keine Sensation, aber doch überaus bemerkenswert, dass »die Bosse« in der Tat bisher noch wenig geredet haben. Das mag manchem, der sich mit Erinnerungsliteratur über die DDR befasst, schon aufgefallen sein. Es haben sich Politikerinnen und Politiker, Militärs, Geheimdienstleute, Menschen von Film, Theater, Fernsehen und Rundfunk, Sportlerinnen und Sportler, auch Töchter und Söhne der Nomenklatura autobiografisch zu Wort gemeldet, es gibt Erinnerungen von Aktivistinnen und Aktivisten der Opposition, in Sammelbänden sind punktuelle Rückblicke und Alltagsreminiszenzen von »Menschen wie du und ich« nachzulesen – aber von »den Bossen« ist kaum etwas darunter.

Katrin Rohnstock, längst nicht mehr nur einem Fachpublikum bekannte Berliner Biografikerin, hat es nicht dabei belassen, diesen sonderbaren Umstand einfach nur festzustellen, sondern sich vorgenommen, Abhilfe zu schaffen. Was damit begann, zu erforschen, wer von den ehemaligen Generaldirektoren bereit wäre, in ihrem Salon über Leben und Arbeit in der DDR zu sprechen – und später vielleicht auch einmal die Erinnerungen zu Papier zu bringen. Und das Echo rechtfertigte alle Bemühungen. Im September 2012 folgten um die zwanzig Generaldirektoren und andere Kombinatsspitzen der Einladung zu einer Auftaktveranstaltung. Seither folgte monatlich ein thematischer Nachmittag mit je einem Generaldirektor als Hauptredner und stets lebendiger Debatte der ebenfalls anwesenden Kollegen und der Gäste, von denen die meisten aus Wirtschaft und Wissenschaft der DDR stammen, manche aber auch einfach nur ihrem jetzt entstandenen Informationsbedürfnis folgen.

Und sie alle kommen auf eine ganz erstaunliche Weise auf ihre Kosten. Denn immer dann, wenn einer von den Generaldirektoren beginnt, ausführlicher über seine Arbeit zu reden und das von ihm geleitete Kombinat in seinen Umrissen wieder auferstehen lässt, wird den Zuhörenden deutlich, mit welcher Rigorosität in den vergangenen zwei Jahrzehnten genau diese Realität des DDR-Lebens von der herrschenden Politik und vom Mainstream der Medien aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein herausgedrängt worden ist. »Marode Wirtschaft« – mit diesem Urteil schien alles ein für allemal und felsenfest geklärt. Genauso wie mit den Begriffen Unrechtsstaat, Mauer und Stasi. Was gibt es da noch zu erzählen, zu klären, zu differenzieren.

Damit geraten aber einfachste – und von vielen Millionen Menschen erlebte – Tatsachen und Zusammenhänge völlig aus dem Blick. Zum Beispiel, dass die DDR nicht etwa ein besonders kurzlebiger, sondern ein durchaus langlebiger deutscher Staat gewesen ist. 41 Jahre hat dieses Land existiert – vom 7. Oktober 1949 bis zum 3. Oktober 1990 – und das ist etwa so lange, wie das 1871 gegründete Deutsche Reich existiert hat, dessen letzte vier Jahre 1914-18 die der Katastrophe des Ersten Weltkrieges waren, und es ist eine viel längere Lebensdauer als die der Weimarer Republik 1918-1933 oder die des sechs Jahre einen Weltkrieg führenden Nazideutschlands 1933-1945. 41 Jahre DDR sind ebenso durch unterschiedliche Entwicklungsetappen geprägte Jahre wie die der gleichzeitig existierenden alten Bundesrepublik, und das wird in den Erzählungen der Generaldirektoren ganz besonders deutlich. Die Ältesten von ihnen kennen diese Etappen ja noch aus ureigenstem Erleben: die Aufbaujahre nach dem Krieg; die unerhörten Anstrengungen, die in der DDR als Reparationsleistungen für die Sowjetunion in Form von Fabrikdemontagen, Demontage von hunderten Kilometern Eisenbahngeleisen und unbezahlten Produktionsleistungen zu erbringen waren – für ganz Deutschland übrigens; der Bundesrepublik sind von ihren westlichen Verbündeten derartige Leistungen bekanntlich erlassen worden; die Leistungen zur Erreichung internationaler Konkurrenzfähigkeit; die Entwicklung der DDR-Wirtschaft als führende Wirtschaft im Rahmen des osteuropäischen Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Und dann redet man ausführlicher über diese Dinge: über die Wege, die diese Männer gegangen waren aus Familien von Arbeitern oder kleinen Angestellten bis hinein in diese mit ungeheurer persönlicher Verantwortung verbundenen Leitungsfunktionen; darüber, wie denn das Wunder gelingen konnte, die Arbeitsproduktivität zu steigern und die Unternehmen zu modernisieren, ohne auch nur eine einzige Frau oder einen einzigen Mann in die Arbeitslosigkeit zu schicken; oder darüber, wie die Generaldirektoren damit klar kamen, dass ihnen neben der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ihrer Kombinate auch noch Sozialpolitisches in Menge anheim gestellt war: Betriebsferienheime, Kinderferienlager, Kulturhäuser, Bibliotheken und vieles andere mehr.

Kürzlich sinnierte ein für das heutige vereinte Deutschland typischer »Boss« darüber, dass er sein Jahreseinkommen freiwillig auf 17 Millionen Euro begrenzt sehen möchte, weil 20 Millionen der Bevölkerung »nicht mehr vermittelbar« seien. Es ist vor solchem Hintergrund schon erstaunlich, sich daran zu erinnern, dass die Generaldirektoren in der DDR – einem, daran sei noch einmal erinnert, in Europa und der Welt geachteten und als Handelspartner geschätzten Industrieland – mit einem monatlichen Einkommen von um die 3000 DDR-Mark lebten.

Seltsam, dass darüber nicht öfter geredet wird. Aber es ist ja Hoffnung. Im Salon Rohnstock wird auf spannende Weise über diesen Teil der deutschen Vergangenheit diskutiert. ●

Anzeige

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 35 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer_innen und Spender_innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Sicher ist sicher?!?
Es war einmal, vor nicht allzu langer Zeit, in einem regnerischem Land, da ein Minister auszog, das Fürchten zu lehren – in seiner Hand ein Katalog voll Sicherheit.

Seitdem ist einiges passiert. Der Kreativität waren keine Grenzen gesetzt: biometrische Merkmale auf Pässen, RFID-Chips, heldenhafte Fotos auf der Krankenkassenkarte, die deren Missbrauch verhindern oder das Meisterstück ‚Vorratsdatenspeicherung', das vom Parlament hinter den sieben Bergen vehement verteidigt wird. Hinter all der Euphorie und Schaffenskraft schläft das Zauberwort: ‚Sicherheit' – eine der unerschütterlichen Säulen neoliberalistischer Freiheit, neben dem Wachstum natürlich. Unternimmt man jedoch, jenseits des Märchens, einen ganz realen Berliner Spaziergang beispielsweise vom U-Bahnhof Boddinstraße zum U-Bahnhof Leinestraße in Neukölln, kann man dem Wahnsinn kaum anders als mit Ironie begegnen. Mindestens 52 Kameras verschiedenster Typen überwachen gewissenhaft Bäckereien, Parkplätze, Job Center, Sonnenstudios, Restaurants, Krankenhäuser, Banken, Hauseingänge und Sitze des Quartiersmanagements. Unwillkürlich empfindet man Mitleid mit Straßenlaternen, Pflastersteinen und Hundehaufen, die so ganz einsam ohne einen Kamerakumpel jeder Schandtat schutzlos ausgeliefert sind. Das ‚Politikkonzept' Sicherheit durch Überwachung hat sich anscheinend durchgesetzt. Inzwischen sind private Kameras weiter verbreitet als staatliche, das ist schließlich praktisch, können im Fahndungsfall doch auch private Daten an staatliche Stellen weitergegeben werden. Überwachung scheint ein Allheilmittel, dass jedes unerwünschte Verhalten, von jugendlichem Vandalismus bis zu islamistischem Terror, wie von Zauberhand verschwinden lässt...

Seminar für angewandte Unsicherheit (SaU) – Kapitalismus am Rande des Nervenzusammenbruchs

Von April bis Juni plant die SaU-Initiative eine Veranstaltungsreihe zum Thema Kapitalismus am Rande des Nervenzusammenbruchs, die sich mit verschiedenen Entwicklungen von Kontrolle und Überwachung in Zeiten der Krise beschäftigt. Während den wöchentlich stattfindenden Vortragsabenden werden verschiedene Referent_innen unterschiedliche Aspekte von Überwachung und Kapitalismus darlegen und zur Diskussion stellen. Themen sind unter anderem *Die Polizei des Neoliberalismus*, *Rassistische Diskurse in der Krise* oder *Konjunkturen der Inneren Sicherheit*. Die Initiative Seminar für angewandte Unsicherheit (SaU) gründete sich als Reaktion auf den sogenannten ‚Otto-Katalog': (Otto Schily, 2001) und hat es sich zur Aufgabe gemacht, mit öffentlichen Aktionen und Veranstaltungsreihen bewusst Unsicherheit gegen den Kontroll- und Überwachungswahn zu verbreiten. Dabei sollen vor allem die Zusammenhänge zwischen Überwachung, Stadtentwicklung, realer oder gefühlter Sicherheit und Gentrifizierung deutlich gemacht werden. Seit über zehn Jahren unternehmen sie Kameraspaziergänge und dokumentieren das private wie staatliche Überwachungsausmaß. Fragen, inwiefern Überwachungsmethoden zur Disziplinierung beitragen, wie sie immer den Blick der Überwachenden und deren Vorurteile steigern, warum sie ein Verstärker sämtlicher gesellschaftlicher Ausgrenzungsmechanismen sind und warum uns als bestes Politikkonzept immer wieder noch mehr Überwachung verkauft wird, stehen im Interesse der Aktivist_innen. Stella Napieralla

Weitere Informationen unter: http://unsicherheit.tk

Netzwerk Selbsthilfe – der politische Förderfonds
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
www.netzwerk-selbsthilfe.de

NO TROIKA – FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

Solidarität mit Griechenland

Griechische Projekte und Gruppen reisen durch Deutschland, um auf die Lage der Menschen aufmerksam zu machen.

Ulrike Kumpe, Hannover ● »Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen«, titelte die Bild 2010, nachdem Ratingagenturen die Kreditwürdigkeit Griechenlands herabstuften und damit in Griechenland eine Schuldenkrise auslösten. Durch die große staatliche Beteiligung an Wirtschaftssektoren überstieg die Schuldenkrise in Griechenland eine reine Staatsschuldenkrise. Es waren nicht nur RentnerInnen, LehrerInnen und Staatsbedienstete betroffen, die Gehälter, Arbeitsplätze oder Rente zu großen Teilen einbüßten. Auch das öffentliche Gesundheitssystem brach fast vollständig zusammen. Griechische Projekte berichteten nun über die Situation des Landes im Rahmen einer Delegationsreise um den 1. Mai herum.

Das Gesundheitszentrum Thessaloniki war ebenso vertreten, wie die von ihren Chefs verlassene Baustofffirma vio.me. Eine neu gegründete Zeitung aus ehemaligen RedakteurInnen der einzigen links-liberalen Zeitung Utopia, die ein halbes Jahr lang keinen Lohn erhielten, die Initiative solidarity4all und andere beteiligten sich an dieser Reise. All diesen Projekten ist gemein, dass sie solidarische, basisdemokratische und genossenschaftliche Konzepte zur Grundlage haben. Mit Nachdruck stellen sie heraus: »Es gibt kein Hartz IV; wer länger als ein Jahr arbeitslos ist, bekommt gar nichts.«

Thodoros Zdoukos vom Gesundheitszentrum Thessaloniki berichtete über die dramatische Lage der medizinischen Versorgung. Etwa 30 Prozent der GriechInnen sind nicht mehr krankenversichert. Die Kürzungen in den staatlichen Kliniken führen dazu, dass PatientInnen ihre eigenen Medikamente und Verbandsmaterialien mitbringen müssen. Zwar haben sie mit dem Aufbau des Gesundheitszentrums vor zwei Jahren im Kontext eines Hungerstreiks von MigrantInnen begonnen, doch die Verschärfung der sozialen Situation in Griechenland führte dazu, dass sich nun vor allem GriechInnen kostenlos behandeln lassen. Es wird ehrenamtlich gearbeitet, um die medizinische Versorgung zu sichern und die Solidarität ist groß, weshalb das Gesundheitszentrum aus privaten Spenden finanziert werden kann.

Groß ist die Solidarität in Griechenland auch gegenüber den Arbeitern des vio.me Baustoffhandels, deren Chefs die Firma schlicht verlassen haben. Es gab nie einen Antrag auf Insolvenz. Die Arbeiter wollen den Betrieb übernehmen, aber die Politik stellt sich quer. Alle Entscheidungen trifft jetzt die Generalversammlung der Arbeiter, aber produzieren können sie nicht. Wer kann, arbeitet außerhalb des Betriebs, wer diese Möglichkeit nicht hat, wird aus dem Verkauf der Lagerbestände und Spenden bezahlt. Makis Anagnostou, Vertreter der Arbeiter, berichtet: »Es war gut, uns der Gesellschaft zu öffnen. Wir haben viel Solidarität erfahren, die sich jetzt fast um die ganze Welt spannt.« Doch die Lage der Arbeiter bleibt prekär. Das Angebot einer argentinischen Genossenschaftsbank, ihnen unter die Arme zu greifen, kann nicht umgesetzt werden, da die Klärung der Besitzverhältnisse nicht absehbar ist. Makis Anagnostou bestätigte in einem Gespräch: »Was wir brauchen, ist Druck auf die Regierung, damit sie sich bewegt.«

Die Projekte fordern alle ein Ende der Troika. Europäische Kommission, europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) sind verantwortlich für die Durchsetzung der harten Sparpolitik in Griechenland. Von Menschen in Deutschland erhoffen sie sich, dass auch hier Druck auf die Regierung gemacht wird, um den Menschen in Griechenland wieder ein Leben ohne Armut zu ermöglichen. ●

In der Septemberausgabe CONTRASTE folgt ein ausführliches Interview mit Makis Anagnostou.

GriechInnen am 1. Mai in Berlin Foto: Giovanni Lo Curto

Informationen zu Selbstorganisation und Widerstand in Griechenland

LabourNet, der »Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job, basisnah, gesellschaftskritisch« berichtet regelmäßig über Arbeitswelt und Gesellschaft in Griechenland und anderswo:

www.labournet.de/category/internationales/griechenland

Download der deutschsprachigen Broschüre »Solidarität ist die Macht der Völker! für eine internationale Solidaritätskampagne mit der griechische Bevölkerung«:

www.solidarity4all.gr/about-solidarity-initiative

In CONTRASTE Nr. 340, Januar 2013, berichtete Elisabeth Voß über »Selbstorganisation in Griechenland in Zeiten der Krise – Aus Not und Widerstand geboren«.

BUCHVORSTELLUNG: MACHT UND POLITIK SIND NICHT DASSELBE

Feministische Perspektiven

Macht und Politik sind nicht dasselbe ist nun die vierte größere Buchpublikation der italienischen Philosophinnengruppe diotima aus Verona.

Von Bernd Hüttner, Bremen ● Zentraler Ausgangspunkt der *diotima* Gruppe ist es, dem eigenen Begehren zu folgen, sie nennen es oftmals »von sich selbst ausgehen«. Frauen sollen sich aufeinander beziehen, und zwar schöpferisch, sollen ihre Ungleichheiten anerkennen, sich miteinander anfreunden und »anvertrauen« (affidamento), anstatt dem Patriarchat und den in ihm geltenden Mustern und Wertungen hinterherzulaufen.

Auch die bisherigen Publikationen sind von dieser Sichtweise geprägt. Das von der *Libreria delle Donne di Milano* verfasste Buch *Wie weibliche Freiheit entsteht* (Berlin 2001, zuerst 1988) gilt als das Manifest des italienischen Differenzfeminismus. 1999 erschienen die beiden Bände *Jenseits der Gleichheit: die weiblichen Wurzeln der Autorität* und *Die Welt zur Welt bringen: Politik, Geschlechterdifferenz und die Arbeit am Symbolischen*. Bereits 1989 war in Österreich *Der Mensch ist zwei: das Denken der Geschlechterdifferenz* von *diotima* publiziert worden. Auffallend an den Texten aus diesem Zusammenhang ist die schöne und anregende Sprache. Sie ist ungewohnt und teilweise sicher auch unzugänglich, aber mit der neusten Publikation liegt ein feministisches Buch vor, in dem kein einziges Mal »queer« oder »gender« steht!!

Dorothea Markert und Antje Schrupp, die beiden Übersetzerinnen, konstatieren in ihrem Vorwort, dass Politik keinen guten Ruf habe und es nun gelte, die Politik aus ihrer Ohnmacht zu befreien, auch wenn weiterhin eine generelle Skepsis daran, wie derzeit regiert werde, berechtigt sei. Bei Regierung allerdings gehe es um Macht (als in Institutionen gegossene Regeln), Politik dagegen finde überall statt, in Vereinen und Familien, am Arbeitsplatz oder in Projekten. Das Ziel emanzipatorischer Politik könne und solle es allerdings nicht sein, schlechte Institutionen zu verbessern oder sie für Frauen zu öffnen. Vielmehr müssten eigene, »weibliche« Maßstäbe für weibliche Freiheit entwickelt werden.

Die italienischen Autorinnen schreiben in ihrem Vorwort, das, wie die folgenden Beiträge des Buches vor der »post-politischen« Situation Italiens zu lesen ist, dass das Kleben an Macht heute bei vielen, vor allem Männern, ein Ersatz für reales Handeln sei und Ursache für das »Elend der Politik«, und speziell der Parteien, deren mangelnde Auseinandersetzung mit dem feministischen Wissen und dem feministischen Diskurs sei. Wer muss bei diesen Sätzen nicht an die Situation und die Defizite der LINKEN denken?

Luisa Muraro schreibt dann in ihrem Beitrag darüber, dass die Logik der Macht immer auf Kosten des freien und schöpferischen Handelns gehe, ja, dass es ein Zeichen *für* den Wunsch nach Politik sei, wenn Frauen die Politik, die im Zeichen von Wettbewerb und Macht steht, ablehnen würden.

Diana Sartori plädiert für ein »Mehr an Politik und ein weniger an Macht«, und benutzt das gut zu behaltende Bild »Politik sei heute eine Wüste, die Macht ihre Fata Morgana« Sie ordnet den affidamento-Ansatz ein, wenn sie von zwei Definitionen von Feminismus berichtet. Ist Feminismus zu beschreiben »als Emanzipation im Namen des Universalismus der Rechte, in deren Verlauf das, was die Männer bereits besaßen, auf die Frauen ausgedehnt wird, also als eine Forderung nach Macht«? *oder* stellt er das Streben nach Macht und die an diesem Modell orientierten Politiken in Frage?

Giannina Longobardi berichtet von ihrem Arbeitsplatz, einer Schule. Dort gebe es weibliches Personal und eine männliche Leitung. Die Anstrengungen die Schulen immer stärker zu ökonomisieren, seien durch stillen Widerstand und ein System von Vortäuschungen konterkariert worden, indem »nicht über das gesprochen wird, was man tut, und nicht das getan wird, was man sagt«. Diese vorgetäuschte Anpassung und einige andere Faktoren führten aber zu einem Verlust an persönlicher Autorität, die für gewinnbringende Beziehungen oder eine »gute Arbeit« aber grundlegend seien. Longobardi beschreibt Strategien der Spaltung »von oben«: »Wer unter Beschuss steht, sagt es nicht, wer es sagt, riskiert Isolation«.

Fulvia Bandoli beginnt ihren Artikel über Parteien und Macht mit dem Satz »Ich kenne mich mit Parteien aus, denn ich habe dreißig Jahre lang in einer Partei gearbeitet.« Parteien suchten, so die Autorin, nicht die Teilhabe aller, könnten die Freiheit des Denkens und Konflikte nicht ertragen, da sie große, hierarchische Ansammlungen seien, die ohne Verankerung und vor allem in und durch die Medien existierten.

Antonella Cunico berichtet unter dem Titel »Für eine Andere Stadt« über die seit 2006 agierende Protestbewegung gegen den Bau einer neuen Militärbasis auf einem Flughafen in Vicenza. Cunico kann gut zeigen, wie wichtig es ist, im Protesthandeln zu betonen, dass das Verändernde stärker sein muss, als die bestehende Ordnung, wie wichtig es weiter ist, auf »die Worte zu achten« und (möglichst) keine Begriffe zu verwenden, die aus der Kriegssprache stammen. Sie zitiert die schwarze Feministin Audre Lorde: »Man kann das Haus des Herrschers jedoch nicht mit den Werkzeugen des Herrschers abreißen«. Eine soziale Bewegung müsse immer wieder darauf insistieren, dass ein Übergang zwischen dem, was schon entschieden ist, und dem, was noch nicht ist, gefunden werden kann.

Chiara Zamboni fordert in ihrem schwer zugänglichen, philosophischen Beitrag – unter Berufung auf Gandhi – dass politische Aktionen »wahrhaftige und authentische Handlungen« sein sollten und nicht nur ein instrumenteller Schritt zur Stärkung der eigenen Seite. Die Demokratie habe heute vergessen, wie wertvoll ein Verständnis von Konflikt als etwas Unblutigem sein könne. Weibliche Souveränität könne dazu beitragen, »geordnet zu sein«, was nicht bedeute, dass es keine Konflikte mehr gibt. Im Konflikt wäre hilfreich, darauf zu achten, und hier muss man unweigerlich wieder an die LINKE denken, »dass dafür Kompetenz und symbolische Stärke erforderlich sind, die aus der Fähigkeit hervorgehen, in Übereinstimmung mit der Realität Orientierung zu geben«.

Die Texte dieses Buches bieten viele Anregungen und neue, ungewohnte Perspektiven. Da die Texte von ungewohnten Grundannahmen aus argumentieren, sind sie aber nicht immer leicht zu verstehen. Wer/welche sich Mühe gibt, wird aber belohnt. Die Thesen sind sicher manchmal etwas banal oder auch naiv, etwa wenn sie mit den Bedingungen einer voll ausgereiften Zivilgesellschaft (das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang, Gramsci) konfrontiert werden. Für die Begründung einer alternativen politischen Kultur liefern sie aber, wie andere Texte, wichtige Impulse. ●

Diotima: Macht und Politik sind nicht dasselbe, Ulrike Helmer Verlag, Sulzbach 2012, 194 Seiten, 19,95 EUR

Eine deutsche Website für den Start einer Beschäftigung mit dem Thema ist
www.bzw-weiterdenken.de
Viel Inhalt bietet die Seite zum Buch ABC des guten Lebens unter www.abcdesgutenlebens.de

SICH GEGENSEITIG UNTERSTÜTZEN – HERRSCHAFTSVERHÄLTNISSE AUFKÜNDIGEN, TEIL 3:

»Das könnte langfristig zu einer Basisdemokratisierung des Alltags führen«

Markus Wutzler im Gespräch mit CONTRASTE-Redakteur Christoph Chang

CONTRASTE: Markus Wutzler, du bist Aktionstrainer bei X-tausendmal quer, einer der großen Kampagnen im Wendland, die bei den Castortransporten die Massenblockaden auf der Straße organisieren.

Markus Wutzler: Das stimmt, ist aber nicht ganz aktuell. Da bei Lüchow und Dannenberg zurzeit keine Castoren rollen, sind die AktionstrainerInnen gerade im neu gegründeten Netzwerk ZUGABe miteinander in Kontakt, was so viel bedeutet, wie Netzwerk Ziviler Ungehorsam, Gewaltfreie Aktion, Bewegung.

Ich möchte dieses Interview nutzen, um gemeinsam mit dir darüber nachzudenken, wie es klappen könnte, Elemente des zivilen Ungehorsams und der gewaltlosen Aktion in den Alltag mitzunehmen. Lass uns darum zunächst einmal die Seite der gewaltlosen Aktion und ihrer Voraussetzungen beleuchten: Wie laufen eure Aktionstrainings ab?

Unabhängig von der geplanten Aktion laufen Aktionstrainings meist ähnlich ab. Dabei finden sich Gruppen zusammen, die sich auf konkrete politische Aktionen vorbereiten. Es geht zuerst darum, dass sich die Gruppe kennenlernt und dass Informationen zur geplanten Aktion gegeben werden: Wie ist ihr Ablauf, ihr Aktionskonsens? Wo sind eventuell die Camps, in denen die AktivistInnen übernachten können und wie sind sie organisiert? Dann schaffen wir mit den Teilnehmenden gemeinsame Grundlagen: Was bedeutet ziviler Ungehorsam für euch? Was bedeutet das im vorliegenden Kontext? Und je nachdem, ob es darum geht, etwas konkret zu verhindern wie einen Naziaufmarsch oder eher eine symbolische Aktion zu machen, brauchen die Gruppen Gelegenheit, sich auf ihr Vorgehen, ihre Rolle und ihren Beitrag zur Aktion zu einigen. Wenn über solche Erwartungen, Motivationen und Ziele in der Gruppe kein Konsens besteht, gibt es die Gefahr, dass Konflikte die Gruppe während der Aktion handlungsunfähig machen. Die Verständigung im Vorhinein in den Trainings dient aber auch dazu, Erfahrungen auszutauschen, Ängste abzubauen, und so gemeinsam sicherer zu werden. Zusammengefasst besteht also ein Aktionstraining oft aus zwei Ebenen: Zuerst geht es um die Selbstorganisation in einer Gruppe, die Herstellung eines sicheren Rahmens für alle und als zweites um aktionsspezifische Infos und Übungen.

Warum empfehlt ihr den AktivistInnen, sich für Aktionen in Bezugsgruppen zusammenzutun?

Kleine Gruppen dienen der Vorbereitung auf die Aktion, der gegenseitigen Unterstützung während der Aktion, ihrer Nachbereitung und um eventuelle juristische, psychische oder soziale Folgen gemeinsam zu tragen. Sie haben im Wesentlichen zwei Funktionen: Erstens sollen sie für die verschiedenen Phasen einer Aktion ein sicheres Umfeld für jedeN BeteiligteN schaffen und zur gegenseitigen Unterstützung ermutigen. Zweitens ermöglichen sie eine basisdemokratische Selbstorganisation selbst in stressigen Situationen. Die Bezugsgruppe ist hierbei eine erste kleine Ebene eines basisdemokratischen Rates, bei dem SprecherInnen aller Bezugsgruppen zwischen einem SprecherInnen-Rat und ihrer Bezugsgruppe hin und her pendeln. Diese Struktur versetzt sie in die Lage, ein gemeinsames Vorgehen mehrerer Tausend Menschen auszuhandeln.

Bitte erkläre, welche Schritte eine Bezugsgruppe macht, um sich zu gründen und zum Beispiel auf eine Sitzblockade vorzubereiten…

Der erste Schritt ist natürlich, sich überhaupt zu einer Gruppe zusammenzufinden. Idealerweise kennt man sich schon länger. Zu Beginn geht es darum, Vertrauen zu schaffen, die eigenen und die Grenzen der Anderen kennenzulernen. Außerdem ist wichtig, dass eine Gruppe eine gemeinsame Idee von der bevorstehenden Aktion entwickelt. Etwa: Blockieren oder lieber erst mal am Rand Präsenz zeigen?

SprecherInnen-Rat bei einer Blockade des »Erkundungsbergwerks« Gorleben

Foto: cc (by, nc, sa) Carsten Orth

Auf welche Situationen bereiten sich Menschen vor, die zu euch ins Training kommen?

Das geht von der allgemeinen Lage – wie ein Naziaufmarsch, den Menschen gemeinsam verhindern möchten – bis zum konkreten einzelnen Schritt – zum Beispiel eine Polizeikette, die wir gemeinsam durchfließen wollen. Wichtig ist, dass sich beim Aktionstraining ein Bild im Kopf entwickelt, wie die Aktion abläuft, und zwar angefangen mit der Abreise am Ausgangsort. Es geht los mit dem Bild von der Gruppe, das durch intensives Kennenlernen entsteht bis dahin, dass sich die Teilnehmenden in möglichen brenzligen Situationen ausprobieren. Szenarien zu antizipieren hilft den Gruppen zum Beispiel, miteinander Konfrontationslevels abzugleichen. Wenn es darum geht, Polizeiketten zu durchfließen, trainieren wir die 5-Fingertaktik, die im Wendland entwickelt wurde. Wir üben, das gesamte Gelände zu nutzen, um die Polizeikette in die Länge zu ziehen und dann auch den Moment, in dem wir sie massenhaft durchfließen. Es geht einerseits darum, sich die Taktik aus der Vogelperspektive vorstellen zu können, aber auch um Haltung. Damit meine ich sowohl eine innere Haltung, anderen als gleichwertigen Menschen zu begegnen, als auch eine Körperhaltung, die ausdrückt: »Ich werde jetzt hier durchgehen, ich habe keine Angst vor eurem Machtspiel, aber werde euch auch nicht angreifen.« Das Rollenspiel hilft auch, die Sicht und die emotionale Situation der PolizistInnen zu verstehen. Denn je besser man weiß, was bei den anderen abgeht und wie mein Verhalten auf die Situation wirkt, desto erfolgreicher wird die Aktion verlaufen.

Wir haben über das Durchfließen von Polizeiketten gesprochen, über die Gründung der Gruppe, über den basisdemokratischen Rat und ein bisschen über's Blockieren. Haben die gewaltlosen Widerstandstaktiken eigentlich strukturelle Gemeinsamkeiten? Bestimmte Haltungen oder so?

Ja. Da ist zunächst der Wille, ein politisches Thema aufzugreifen oder Unrecht zu beseitigen, gemeinsam aktiv zu werden und damit Verantwortlichen Paroli zu bieten. Ein weiteres Element ist der Vertrauensaufbau durch eine Begegnung mit dem Gegenüber auf Augenhöhe, in der die Ziele der Aktion verfolgt werden, ohne sich auf ein Feindbild einzulassen. Der Rest ist Strategie – von der Öffentlichkeitsarbeit bis zur Frage »wie komme ich auf die Straße?«

Mag Wompel hat in der März-CONTRASTE über die Occupy-Camps geschrieben: »Wer noch einen Job hatte, kam eventuell nach Feierabend oder am Wochenende – aber kaum auf die Idee, basisdemokratische Erfahrungen oder menschenrechtliche Forderungen in den betrieblichen oder schulischen Alltag zu tragen.« Gleiches ließe sich bestimmt auch über die gewaltlose Aktion sagen. Wäre denn das Prinzip der Bezugsgruppen auf eine fremdbestimmte Alltagssituation übertragbar?

Meiner Meinung nach ist das Prinzip der Bezugsgruppe in alle Lebensbereiche übertragbar. Letztlich geht es doch nur darum, aufzustehen und gemeinsam aktiv zu werden. Der erste Schritt ist, wir tauschen uns aus, empowern uns selbst und entwickeln Ideen, wie wir konkrete Veränderungen durchsetzen können. Weiter könnte man sich auf schwierige Situationen gemeinsam vorbereiten und die notwendigen Kompetenzen erwerben, beispielsweise Moderationskompetenzen. Man kann sich gegenseitig kollegial beraten, wo man selbst nicht weiter kommt. Und man kann anfangen, bei Teamentscheidungen alle nach ihrer Meinung zu fragen. So eine Praxis könnte dann langfristig zu einer Basisdemokratisierung des Alltags in der betreffenden Organisation führen. Doch auf dem Weg dahin muss man erst einmal das Einzelkämpfertum und die Vereinzelung aufbrechen, die in vielen Bereich existieren. Bezugsgruppe heißt: Aus der Anonymität heraustreten und in Kontakt kommen. Problematisch könnte es aber im Alltag werden, wenn man sich nur trifft, um sich über die Verhältnisse zu beklagen aber es nicht schafft, eine konkrete Handlungsperspektive daraus zu entwickeln.

Nehmen wir zum Beispiel eine kleine Gruppe von Beschäftigten im Einzelhandel, politische Menschen, die gerne ihre Arbeitsbedingungen verbessern möchten. Sie arbeiten in verschiedenen Schichten und in verschiedenen Filialen. Wie würde eine Übertragung des Bezugsgruppengedankens in ihre Realität aussehen?

Das wäre also eine Gruppe, die sich schon kennt. Vertrauen und Verständnis von den Arbeitsbedingungen sind da. Eine solche Gruppe könnte zum Beispiel ihre Arbeitsverhältnisse, was Urlaub, Überwachung der Beschäftigten und Ähnliches betrifft, vergleichen. Sie könnten sich gegenseitig beraten, was woanders geholfen hat und Infos über mögliche Unterstützungen austauschen – etwa um einen Betriebsrat aufzubauen. Ideen für Konfliktsituationen können im Rollenspiel getestet werden. Und vielleicht kann die Gruppe auch weitere KollegInnen einbinden. Allerdings glaube ich, dass so eine Gruppe nur dann länger zusammenbleiben wird, wenn nicht nur geredet, sondern auch gemeinsam gehandelt wird.

Noch ein Beispiel: Schule. Jugendliche ärgern sich darüber, dass ihre Klasse zur Disziplinierung einen unangekündigten Test schreiben muss. Stellen wir uns vor, diese Klasse hätte geschlossen am letzten SchülerInnen-Streiktag teilgenommen und wäre noch ganz frisch in fünf Bezugsgruppen organisiert …

Hmm. Hier gäbe es vielleicht auch die Möglichkeit, sich spontan zu widersetzen, sich erst mal zu beratschlagen und herauszufinden, was das Problem ist. Das heißt, sie setzen sich erst mal in fünf Kreise, bilden eine kleine Ratsstruktur und beraten sich. Wenn genügend Solidarität vorhanden ist, könnten alle gemeinsam den Stift verweigern, um dann aus der gestärkten Position heraus ihre Vorstellung von Unterricht mit den Lehrkräften zu verhandeln.

Strukturell sind ja alltägliche Situationen dadurch gekennzeichnet, dass sie sich ständig wiederholen und dadurch ihre Kraft entfalten, während politische Aktionen einmalig sind und symbolische Höhepunkte bestimmter Entwicklungen markieren. Könnte das ein Problem sein?

Eigentlich nicht. Ich sehe eher eine vergleichbare Komplexität wie bei politischen Aktionen, bei denen ja auch eine Vielzahl von AkteurInnen wirkt – Regierung, Unternehmen, Polizei, Medien usw. Die Alltagsverhältnisse sind auch sehr komplex und ebenso von Machtungleichgewichten gekennzeichnet. Vielleicht kommt man mit der alltäglichen Komplexität sogar noch besser klar, weil man quasi täglich üben kann. Auch für den Alltag ist die Haltung wichtig: »Wir können gemeinsam etwas verändern!« Denn konstruktive Handlungsmöglichkeiten gibt es immer, und lieber kleine Hürden nehmen als vor der großen Wand stehen bleiben.

Vielen Dank für die wertvollen Anregungen. ●

ZUM WEITERSURFEN:

- www.netzwerk-zugabe.de
- Die Blockadefibel mit vielen praktischen Tipps: https://www.x-tausendmalquer.de/index.php?id=119#c288
- WRI-Handbuch für gewaltfreie Kampagnen: http://wri-irg.org/node/3855
- http://bezugsgruppenreader.so36.net/

In dieser Serie erschienen bisher:
Christoph Chang: Selbstorganisation, Monarchie und Alltag, CONTRASTE 339, Dezember 2012
Mag Wompel: Sabotage im Alltag, CONTRASTE 342, März 2013
Weitere Beiträge werden folgen.

Anzeige

20 JAHRE ABSCHAFFUNG DES GRUNDRECHTS AUF ASYL

Fight Racism Now

Von Ulrike Kumpe, Hannover ● Im Rahmen der Kampagne »Fight Racism Now« erinnerten verschiedene antirassistische Gruppen mit Aktionen und bundesweiter Demo im Mai an die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl vor zwanzig Jahren, sowie an den Anschlag in Solingen. Fünf Menschen starben dabei im Mai 1993. Es war der Höhepunkt einer Welle fremdenfeindlicher, rassistischer Anschläge und Übergriffe auf Menschen anderer Herkunft. Die Bundesregierung hatte nur drei Tage zuvor, am 26.05.1993, das Grundrecht auf Asyl abgeschafft. Folge waren Lager, Gutscheinsystem, Residenzpflicht und häufige Abschiebungen von Flüchtlingen. Mit der Erinnerung an diese Ereignisse wollen die Flüchtlinge auf ihre aktuellen Lebensbedingungen in Deutschland aufmerksam machen. Die Gruppen der Kampagne stellen zugleich einen erweiterten Kontext zwischen Abschiebungen und der Situation von Flüchtlingen her. Felix Jourdan, Sprecher der Kampagne, drückt die Position der beteiligten Gruppen so aus: »Rassismus entsteht in globalen Macht- und Ausbeutungsverhältnissen und kann nur zusammen mit ihnen überwunden werden. Wir wollen nicht um Privilegien konkurrieren, wir kämpfen für eine solidarische Gesellschaft.«

Konkret initiieren sie über die Erinnerung hinaus im Juni ein Tribunal gegen die deutsche Bundesregierung. Es soll damit Anklage erhoben werden gegen die Missstände, unter denen Flüchtlinge in Deutschland leben müssen. ●

Weitergehende Informationen:
www.fightracismnow.net

EIN SELBSTVERWALTETER KONZERN?

Mondragón im spanischen Baskenland

In Diskussionen um anderes, alternatives, solidarisches Wirtschaften geht es meist um kleine Projekte, die mit hohen Ansprüchen in Nischen mühsam über die Runden kommen. Ob es auch ein paar Nummern größer geht, wollte ich bei einem einwöchigen Besuch im spanischen Baskenland im Januar 2013 herausfinden.

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Mondragón ist der weltweit größte Genossenschaftsverbund mit 256 Unternehmen und über 83.000 Beschäftigten. Auf ihrer mehrsprachigen Website schreiben die GenossInnen selbstbewusst: »MONDRAGON ist das Ergebnis der Kooperativenbewegung, die 1956 mit der Gründung der ersten Industriekooperative in dieser Stadt der Provinz in Gipuzkoa ihren Lauf nahm und die Philosophie der Firma gründet sich auf ihre korporativen Werte: Die Kooperation. Die Partizipation. Die soziale Verantwortung. Die Innovation.«

Das sind fast 60 Jahre genossenschaftliche Erfahrungen – aber welche Bedeutung haben diese Werte in der Praxis, und wie werden sie gelebt? Mondragón als mittlerweile internationaler Konzern scheint der Krise bisher erfolgreich zu trotzen - aber wie können genossenschaftliche Werte und wirtschaftlicher Erfolg zusammen gehen und welche Abstriche an den Idealen fordert dieser Erfolg?

Auf der Website heißt es weiter: »Die Mission von MONDRAGON umfasst alle wesentlichen Ziele eines normalen Unternehmens, das auf den internationalen Märkten unter Einsatz von demokratischen Organisationsmethoden konkurriert, Beschäftigung schafft, sich der humanen und professionellen Förderung seiner Beschäftigten und der Verpflichtung zur sozialen Entwicklung seines Umfelds widmet.« Könnte so ein Satz nicht auch in jedem beliebigen Nachhaltigkeitsbericht irgendeines kapitalistischen Unternehmens stehen?

Mondragón in Zahlen

Unternehmen gesamt:	256
davon Genossenschaften:	120
Unternehmen außerhalb Spaniens:	92
Beschäftigte insgesamt:	83.559
davon im Baskenland:	34.685
in Spanien (außer Baskenland):	33.712
in anderen Ländern:	15.162
davon 41 % Genossenschaftsmitglieder:	34.250
Gesamtumsatz Industrie und Handel 2011:	fast 14 Mrd. €
Konsolidierte Gewinne 2011:	125 Mio. €

Mehr Informationen: www.mondragon-corporation.com und www.mondragon-corporation.com/language/de-DE/DEU.aspx (inhaltsreiche deutschsprachige Seite, Stand 2010).

Auf die Frage »Halten Sie sich für eine Alternative zum kapitalistischen Produktionssystem?« antworten die GenossInnen: »Wir haben in dieser Hinsicht keinerlei Ambitionen. Wir glauben lediglich, eine menschlichere Unternehmensform entwickelt zu haben, die mehr direkte Beteiligung zulässt. Dies ist außerdem ein Konzept, das mit den entwickeltsten und modernsten Managementmodellen übereinstimmt, die den arbeitenden Menschen immer mehr als wesentliche Aktiva und Hauptunterscheidungsmerkmal des modernen Unternehmens sehen.« (Website, FAQs)
Als ich dem in Mondragón Verantwortlichen für die Verbreitung des Genossenschaftsgedankens, Mikel Lezamiz, eine Postkarte mit dem Slogan »people before profits« überreicht habe, strahlte er und sagte: »Ja genau, das ist es, das wollen wir.«

Genossenschaftliche Expansion

Die Genossenschaftsgründung geht zurück auf den Jesuitenpater José María Arizmendiarrieta – oft einfach Arizmendi genannt. Dieser war im antifaschistischen Widerstand gegen Franco, bevor er in den kleinen Ort Mondragón in der Provinz Gipuzkoa kam. Der baskische Ortsname Arrasate war damals verboten, wie die gesamte baskische Sprache. Das Trauma der Verfolgung wirkt bis heute, nach wie vor liefert sich die zentralspanische Regierung mit baskischen sozialen Bewegungen erbitterte Auseinandersetzungen. Jedes Jahr demonstrieren in Bilbao Zehntausende für die Freilassung der mehr als 600 politischen Gefangenen, die unter teilweise folterähnlichen Bedingungen eingesperrt sind.

Die baskische Kultur ist von gegenseitiger Hilfe und Solidarität geprägt. Bis vor einigen hundert Jahren war es üblich, neben der eigenen Landwirtschaft auch gemeinsamen Grund zu bewirtschaften.Genossenschaften sind weit verbreitet, auch außerhalb des Mondragón-Verbundes. Arizmendi hing den Ideen der katholischen Soziallehre an. Die Begriffe, die ich am häufigsten in Mondragón gehört habe, waren austerity (Sparsamkeit) und generosity (Großzügigkeit) – irritierend, weil sie so kompatibel scheinen mit der europaweiten Kaputtsparpolitik und dem begleitenden Hochloben von Engagement und Wohltätigkeit. In der Genossenschaft sind damit persönliche Eigenschaften gemeint: Die Menschen sollen sich durch Bildung und Zusammenarbeit zu besseren, fürsorglichen und sozialen Wesen entwickeln.

Auffällig ist das ausgeprägte industrielle Selbstverständnis: »Mehr als 83.000 Mitarbeiter, 9.000 Studenten und 85% unserer industriellen Arbeiter sind Mitglieder. Wir sind MONDRAGON.« Die Industriebetriebe sind vor allem im Werkzeugbau und als Zulieferer für die Automobilindustrie weltweit erfolgreich. Schwieriger sieht es angesichts globaler Billigkonkurrenz bei Elektronik und Haushaltsgeräten aus.

Die IndustriearbeiterInnen (meist männlich) sind jedoch nur die eine, knappe Hälfte des Genossenschaftsverbundes. Die andere Hälfte, mehr als 42.000 Beschäftigte (meist weiblich) arbeiten in den Supermärkten. Die Ladenkette Eroski wurde 2007 durch den Zukauf von Caprabo deutlich vergrößert und gehört nun zu den größten ihrer Branche in Spanien. Darüber hinaus betreibt der Genossenschaftsverbund eine eigene Bank (Caja Laboral), hat eine eigene Sozialversicherung (Lagun Aro), eine Universität und verschiedene Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.

Seit den 1980er Jahren orientierte sich Mondragón immer stärker auf den Weltmarkt. Um dort (zum Beispiel in China) günstiger produzieren zu können als im heimischen Baskenland, aber auch, weil die Geschäftspartner (zum Beispiel aus der Automobilindustrie) dies verlangten: Wenn ihr weiter für uns arbeiten wollt, dann erwarten wir, dass euer Werk direkt in der Nähe von unserem, in Brasilien oder Mexiko produziert. Diese Unternehmen im Ausland sind keine Genossenschaften, sondern Kapitalgesellschaften. Die Beschäftigten sind LohnarbeiterInnen, keine Mitglieder, ebenso wie in einigen spanischen Unternehmen des Verbundes.

Die Kluft zwischen Anspruch und Realität ist den GenossInnen bewusst und wird offen diskutiert. Vor einigen Jahren wurde beschlossen, alle Unternehmen des Verbundes in Genossenschaften umzuwandeln, und allen Mitarbeitenden die Gelegenheit zu geben, Mitglieder zu werden. Wo dies nicht möglich ist, sollen zumindest die Bedingungen für die Beschäftigten denen der Mitglieder angeglichen werden. Sie sollen die Möglichkeit haben, sich am Unternehmen finanziell zu beteiligen und mitentscheiden zu können. Das scheint jedoch bislang eher eine Willensbekundung zu sein als ein umsetzungsorientiertes Konzept.

Sichere Arbeitsplätze?

Manchmal heißt es, dass in Mondragón noch nie ArbeiterInnen entlassen worden seien. Das stimmt so nicht. Nur Genossenschaftsmitgliedern wird nicht gekündigt. Mitarbeitende, die keine Mitglieder sind, müssen in Krisenzeiten notfalls gehen. Um die Arbeitsplätze für die Mitglieder dauerhaft abzusichern, gibt es eine Reihe von Maßnahmen. Bei schwankender Auftragssituation werden die Arbeitszeiten flexibilisiert. Auf ein paar Wochen, in denen ein Teil der Mitglieder zu Hause bleibt, folgen dann, wenn es wieder besser läuft, Zeiten mit Nacht- und Wochenendschichten.

Die Mitglieder einer Genossenschaft können auch beschließen, ihre eigenen Löhne zu reduzieren, damit es auch bei sinkenden Erträgen noch für alle reicht. Wobei »Löhne« nicht ganz stimmt, denn es handelt sich bei diesen Zahlungen an die genossenschaftlichen MiteigentümerInnen nicht um das Entgelt für den Verkauf ihrer Arbeitskraft, sondern um Vorauszahlungen auf das Jahresergebnis ihres eigenen Unternehmens. Wenn am Jahresende ein Gewinn bleibt, geht dieser zu einem großen Teil an verschiedene Solidarfonds des Genossenschaftsverbundes und in die Rücklagen der jeweiligen Genossenschaft. 45 Prozent verbleiben als Gewinnbeteiligung bei den Arbeitenden und werden ihrer Genossenschaftseinlage gutgeschrieben. Im Verlustfall schrumpft ihre Einlage.

Wenn auch mit einer Absenkung des monatlichen Entgelts nicht alle Arbeitsplätze gehalten werden können, wird versucht, einen Teil der Belegschaft in anderen Mondragón-Genossenschaften unterzubringen. Wer seit Jahrzehnten dabei ist, hat das oft schon mehrmals selbst mitgemacht. Und wenn das alles nichts nützt, dann bleibt noch der vorzeitige Ruhestand (versüßt durch die besseren Leistungen der Lagun Aro gegenüber der staatlichen Sozialversicherung) oder die vorübergehende Erwerbslosigkeit. Die Lagun Aro beinhaltet auch eine Arbeitslosenversicherung, und es wird darauf geachtet, dass niemand länger als höchstens zwei Jahre nach Hause geschickt wird, damit die beruflichen Qualifikationen nicht verloren gehen.

Selbstorganisation?

Die Akzeptanz solcher Maßnahmen ist sehr unterschiedlich. Was für die einen selbstverständlich ist, denn schließlich handelt es sich um das eigene Unternehmen, ist für andere eine Zumutung, und sie beklagen, dass sie nicht die Rechte haben, die Beschäftigten in anderen Unternehmen zustehen. In den Genossenschaften gibt es keine Gewerkschaften und es herrscht Streikverbot - wozu auch sich selbst bestreiken? Allerdings empfinden sich nicht alle Mitglieder als wirklich mitgestaltende MitinhaberInnen, und gerade in der zweiten Generation überwiegt vielleicht sogar die ArbeitnehmerInnen-Mentalität. Es reicht aus, einen sicheren und anständig bezahlten Arbeitsplatz zu haben, aber genossenschaftliche Werte und unternehmerische Mitverantwortung?

Lageplan der auf einem Berg gelegenen Zentrale von Mondragón — Foto: Elisabeth Voß

Aktuell hat zum Beispiel Fagor Electrodomésticos, eine Genossenschaft, die Haushaltsgeräte herstellt, heftig unter der Krise zu leiden. Das ist besonders tragisch, weil dies die Urgenossenschaft ist, die als erste gegründet wurde, damals unter dem Namen Ulgor. Sie hat einen großen symbolischen Wert für den ganzen Verbund. Bisher sind in der Geschichte von Mondragón nur zwei Genossenschaften gescheitert. Wenn in der Krise eine Genossenschaft den Betrieb einstellen müsste, könnte das auf den Genossenschaftsgedanken an sich zurückfallen, so fürchten einige. Andere kritisieren den Umgang mit den Krisenerscheinungen. Sie werfen dem Vorstand von Fagor Electrodomésticos vor, die GenossInnen nicht rechtzeitig und nicht ausreichend umfassend über den Umfang der wirtschaftlichen Schwierigkeiten informiert zu haben. Mittlerweile wurde ein mit 70 Millionen Euro ausgestatteter Rettungsfonds eingerichtet, um das Unternehmen an die globalen Marktfordernisse anzupassen.

Nach einer langen Zeit der vorrangigen Orientierung auf wirtschaftliches Wachstum und auf ökonomische Erfolge kam vor einigen Jahren, bereits kurz vor Ausbruch der Krise, eine Wertedebatte auf. Jetzt werden für neue Mitglieder Kurse angeboten, in denen ihnen genossenschaftliche Werte und Prinzipien vermittelt werden. Die Stiftung Mundikide wurde gegründet, um weltweit solidarische Projekte durchzuführen. Zum Beispiel unterstützt sie Landlose der MST in Brasilien beim Aufbau von Genossenschaften. Die Arbeit wird von Mitgliedern ehrenamtlich in ihrer Freizeit übernommen, die Kosten trägt die Stiftung. Zur Vernetzung mit sozialen Bewegungen und für regionale Projekte wurde der Verein Bagara gegründet.

Ein neues Managementmodell ist in Arbeit, das die formalen Wege der Partizipation verbessern soll. So krankt zum Beispiel die betriebliche Mitgestaltung schon lange daran, dass die Mitglieder der Sozialräte (vergleichbar mit Betriebsräten) keine Zeitbudgets haben, um ihre Arbeit zu machen. Während BetriebsrätInnen ein Recht auf (teilweise) Freistellung haben, müssen die SozialrätInnen sich selbst darum kümmern, dass ihre KollegInnen ihre Arbeit miterledigen. Wenn ihnen dann auch noch zum Beispiel wichtige Unterlagen zur Beschlussfassung erst kurzfristig vor Sitzungsbeginn übergeben werden, sind sie nicht in der Lage, gleichberechtigt mit der Unternehmensleitung zu diskutieren und die Interessen der Belegschaft zu vertreten.

Solidarität?

In Krisenzeiten zeigt sich, wie tragfähig die genossenschaftliche Solidarität ist. So kommt es immer wieder vor, dass eine Genossenschaft beschließt, die eigenen Arbeitsentgelte abzusenken, um mit dem eingesparten Geld eine andere Genossenschaft zu unterstützen. Allerdings gibt es auch die Sorge, dass diese Solidarität abnehmen könnte. Denn früher wurden solche Beschlüsse ganz selbstverständlich fast ohne Gegenstimmen gefasst, heute stimmen mitunter nur noch 60 oder 70 Prozent dafür. Die Entgeltsenkung betrifft dann alle - aber wann wird die Zustimmung unter 50 Prozent fallen und damit die Solidarität versagt werden? Es gibt aber auch die Hoffnung, dass die Erfahrung der Krise auch die Einsicht in die Notwendigkeit von Solidarität verstärken, und dem Genossenschaftsgedanken Aufwind verschaffen könnte.

Die Erfahrungen aus fast 60 Jahren genossenschaftlichem Wirtschaften jenseits alternativer Nischen sind sehr komplex, und jede der 120 Genossenschaften ist - trotz einer Reihe allgemeiner Regelungen - ein kleiner Kosmos für sich, mit eigenen Gepflogenheiten und eigener Ausgestaltung des genossenschaftlichen Alltags. Welchen Beitrag diese Erfahrungen für solidarische Ökonomien und für eine gesellschaftliche Transformation leisten können, werden wahrscheinlich erst spätere Generationen in vollem Umfang einschätzen können. Ich möchte hier jedenfalls kein schnelles Urteil fällen. »Es ist was es ist« (Erich Fried) und es ist spannend, an diesen Erfahrungen teilhaben zu können. ●

Veranstaltung

Vortrag & Diskussion von und mit Elisabeth Voß

Der Genossenschaftsverbund Mondragón – Ein selbstverwalteter Konzern?

am Dienstag, 18. Juni 19:00 Uhr
im Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
(Tram M4, Station: Am Friedrichshain)

In Diskussionen um anderes, alternatives, solidarisches Wirtschaften geht es meist um kleine Projekte, die mit hohen Ansprüchen in Nischen mühsam über die Runden kommen. Als internationaler Konzern scheint Mondragón der Krise bisher erfolgreich zu trotzen – aber wie können genossenschaftliche Werte und wirtschaftlicher Erfolg zusammen gehen und welche Abstriche fordert der Erfolg?

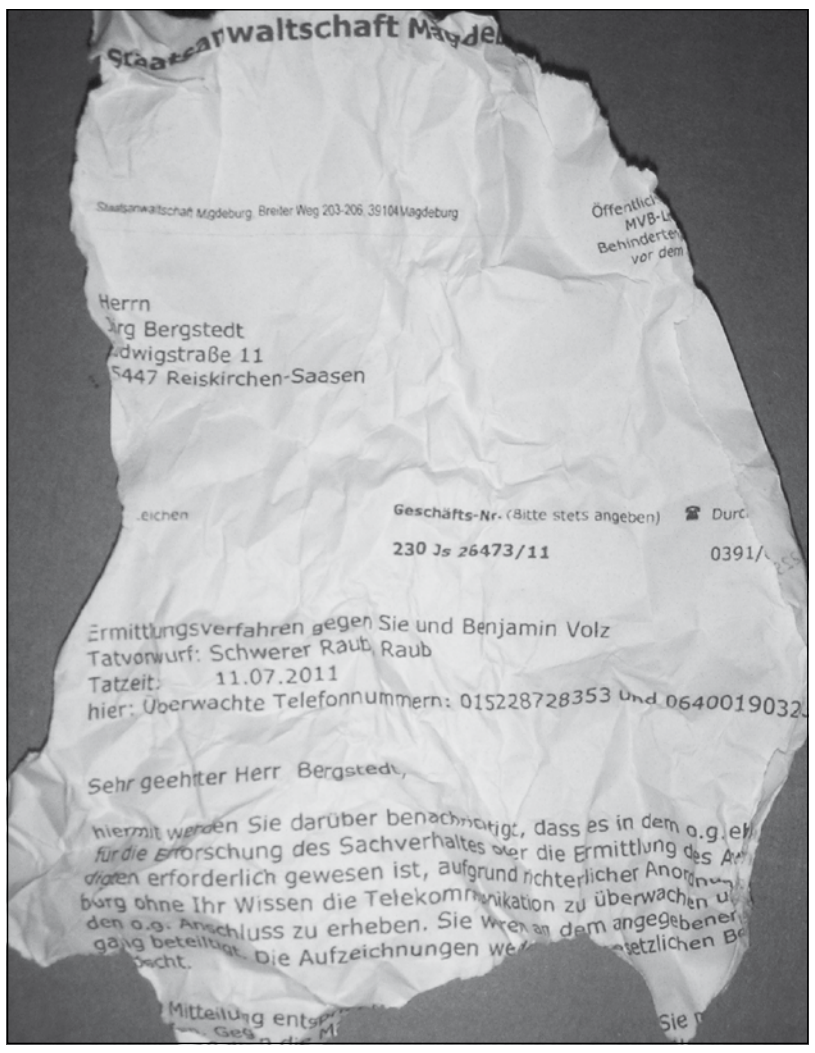
GENTECHNIKLOBBY BESTELLT POLIZEIAKTIONEN GEGEN KRITIKERINNEN

Abgehört und überwacht

Zwei gentechnikkritische Journalisten wurden überwacht, abgehört und ihre Emails gelesen.

Von Robin Wut* ● Der eine, Benjamin Volz, arbeitet für die Zeitschrift »Ökologie&Landbau« und ist politisch aktiv in bäuerlichen Organisationen. Ihm wurde zum Verhängnis, auf einer Bauerndemo Trecker gefahren und mit Nachfragen etwas zu kritisch gewesen zu sein. Der Andere, Jörg Bergstedt, ist Autor von »Monsanto auf Deutsch« und »Organisierte Unverantwortlichkeit«, Schreiberling in verschiedenen Fachzeitschriften, unter anderem der CONTRASTE. Er wurde auf Vorschlag des Gentechniklobbyisten Horst Rehberger Tatverdächtiger zweier spektakulärer Überfälle auf Gentechnik-Versuchsfelder im Juli 2011 (http://linksunten.indymedia.org/de/node/43272 und www.gen-ethisches-netzwerk.de/gid/208/interview-aktivistinnen/sand-getriebe). Auch Telefonate weiterer GentechnikkritikerInnen einschließlich der Kontakte zu fünf AnwältInnen und einer Landtagsabgeordneten, Gespräche zwischen Angeklagten und ihren Verteidigern sowie mit fast zehn JournalistInnen wurden mitgeschnitten und ausgewertet. Nun regt sich Widerspruch - vor allem von denen, die an der anderen Seite der Telefonleitung saßen, als sie mit der Projektwerkstatt oder weiteren überwachten Anschlüssen verbunden waren. Die Gesamtstory liest sich wie ein Krimi – siehe http://de.indymedia.org/2013/03/342340.shtml).

Bekannt ist das alles erst seit Kurzem, denn Anfang Februar 2013 teilte die Staatsanwaltschaft Magdeburg mit, dass alle Telefonnummern der Projektwerkstatt in Saasen, eines zweiten Verdächtigen und weiterer Personen überwacht worden seien. Als Grund für die Ermittlungen war angegeben: Schwerer Raub, räuberische Erpressung usw. Inzwischen liegt die Akte vor – und die vermittelt ein etwas anderes Bild. Hintergrund des Ganzen sind Überfälle auf Genversuchsfelder im Juli 2011. Fraglos zeigten die eine bemerkenswerte Organisierung der unbekannten FeldbefreierInnen. Überwachungseinrichtungen wurden ausgeschaltet, die Wachschützer festgesetzt und jede Kommunikation nach außen unterbunden. Woher aber kommt der Tatverdacht? Der entstand nicht durch Ermittlungen, sondern auf Bitte der Gentechnikseilschaften selbst.


Staatsanwaltschaft Magdeburg, Breiter Weg 203-206, 39104 Magdeburg

Herrn
Jörg Bergstedt
Ludwigstraße 11
35447 Reiskirchen-Saasen

Geschäfts-Nr. (Bitte stets angeben) 230 Js 26473/11

Ermittlungsverfahren gegen Sie und Benjamin Volz
Tatvorwurf: Schwerer Raub, Raub
Tatzeit: 11.07.2011
hier: Überwachte Telefonnummern: 015228728353 und 0640019032

Sehr geehrter Herr Bergstedt,

hiermit werden Sie darüber benachrichtigt, dass es in dem o.g. Ermittlungsverfahren für die Erforschung des Sachverhaltes über die Ermittlung des Aufenthaltsortes erforderlich gewesen ist, aufgrund richterlicher Anordnung ... burg ohne Ihr Wissen die Telekommunikation zu überwachen und aufzuzeichnen. ... den o.g. Anschluss zu erheben. Sie werden an dem angegebenen Tag ... gängig beteiligt. Die Aufzeichnungen werden ... gesetzlichen Bestimmungen ... dacht.

Die Frankfurter Rundschau beschrieb das am 13.03.2013 so: »Aus den Akten des Verfahrens geht hervor, wie die Staatsanwaltschaft darauf kam, den Reiskirchener Anarchisten Bergstedt zu verdächtigen. Der Hinweis stammte von einem schillernden Gentechnik-Lobbyisten: Horst Rehberger. Der FDP-Politiker war zunächst Wirtschaftsminister im Saarland und später zweimal in Sachsen-Anhalt, wo er sich für die Ansiedlung von Gentechnik-Betrieben stark machte. Bis heute amtiert Rehberger als Beiratsvorsitzender beim Pflanzenzucht-Lobbyverband Innoplanta, der seinen Sitz in Gatersleben hat.« Das reichte, denn in Sachsen-Anhalt ist seit vielen Jahren jeder Wunsch der Gentechniklobby Befehl. Die Folge in diesem Fall: Gerichtliche Beschlüsse zur Telefon- und Emailüberwachung und Rund-um-die-Uhr-Observation. Gründe dafür gab es jedoch wenig. Nochmal die FR: »Bergstedt ist eine bekannte Größe der Gentechnik-Gegner. Für eine Feldzerstörung in Gießen musste er sechs Monate lang in Haft - die härteste Strafe, die jemals für ein derartiges Vergehen verhängt wurde. Rehbergers Hinweise gehen jedoch nicht über diese Vorgeschichte des Aktivisten hinaus. Über mehrere Seiten führt der Lobbyist angebliche Indizien auf: Bergstedt gebe ‚Revolutionär' als Beruf an, spiele in der Szene der Feldzerstörer ‚eine führende Rolle', sei ‚einschlägig vorbestraft' und habe eine ‚fanatische, mit üblen Beleidigungen, Unterstellungen und Verleumdungen' gespickte Kampagne gegen den Schaugarten betrieben. Einen konkreten Verdacht wegen der nächtlichen Feldzerstörung kann Rehberger nicht belegen.«

Einen anderen Gentechnikkritiker traf es kurz danach. Sein Vergehen: An einer Demo teilgenommen, unbequeme Fragen gestellt und auf einem Foto ein paar Meter neben dem ersten Tatverdächtigen gestanden zu haben. Der Rest ist noch skurriler: Ein drittes Telefon wurde abgehört, weil der Besitzer den DSL-Anschluss der Projektwerkstatt in Saasen bestellt haben sollte. Dass die Projektwerkstatt gar keinen DSL-Anschluss hat und das ganze Dorf noch immer DSL-frei ist, irritierte die Ermittler dabei nicht. Freizügig durften zudem die mafiösen Gentechnikkader in der wachsenden Akte mitlesen – neben dem inzwischen wieder in Saarbrücken als FDP-Größe aktiven Rehberger sprangen noch Monsanto mit seinem Düsseldorfer Anwalt Hartwig Stiebler und die Uni Rostock der Geschichte bei. Genützt hat es allerdings wenig: Alles wurde ergebnislos eingestellt. Keine Spuren, keine verwertbaren Materialien, aber allerlei mysteriöse Vorgänge füllen die Akte. Höhepunkt war im Frühjahr und Sommer 2012 ein angebliches Kartoffelversuchsfeld von BASF in Gatersleben. Laut Akte war es als Falle angelegt, um endlich diese unsichtbar scheinenden FeldbefreierInnen zu fangen. Die wurden ihrer Rolle aber gerecht: Sie zerstörten das Feld, alle Fallen funktionierten nicht- hollywoodreif. Links zu Hintergründen, Presseberichten, Stellungnahmen von Parteien usw. finden sich auf www.projektwerkstatt.de/abhoeren2011. ●

* Der Autor schreibt unter Pseudonym, der Name ist der Redaktion bekannt.

Anzeige

Anzeige

TICKER REPRESSION UND RECHTSFÄLLE

Übersicht zum Stand der Repression vor, während und nach den M31- und Blockupy-Protesten 2012
Die Rote-Hilfe-Ortsgruppe Frankfurt hat einige Analyse und Auswertungen zu den Protesten in Frankfurt zusammengestellt und veröffentlicht. Es geht allgemein um den Stand der Ermittlungen, um Vorladungen zum Vorwurf des versuchten Totschlags, Hausdurchsuchungen u.a. bei JournalistInnen und versammlungsrechtliche Fragen.
Der Bericht steht auf http://de.indymedia.org/2013/03/342543.shtml.

Gericht klärt: Dauerüberwachung von Ex-Sicherungsverwahrten illegal
Wie das Verwaltungsgericht Freiburg (www.vgfreiburg.de) am 22.02.2013 entschied, ist die polizeiliche Dauerbewachung eines ehemaligen Sicherungsverwahrten illegal. Es untersagte der Polizei, einen ehemals inhaftierten und dann lange sicherungsverwahrten Menschen permanent zu überwachen. Zum einen, so die Kammer, fehle es an einer gesetzlichen Grundlage für solch eine gravierend in die Grundrechtspositionen des Klägers eingreifende Maßnahme. Zum anderen lägen keine Anhaltspunkte für eine »Gefährlichkeit« vor. Hier nutzte der Polizei auch nicht ein etwas weinerlich klingender Vortrag des Vertreters des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg. Dieser hatte sich darüber mokiert, dass S. keine Bereitschaft zur »Kooperation« mit den ihn bewachenden Polizeibeamten gezeigt habe. Vielmehr sei S. sogar »launisch« gewesen, was sich daran zeige, dass S. es gewagt habe, früh am Morgen oder sogar bei Regen »urplötzlich Ausflüge mit dem Fahrrad« zu unternehmen. Das Gericht wies die Polizei darauf hin, dass S. ein freier Mann sei, der tun und lassen könne, was ihm gefalle. Keinesfalls hätte S. eine Pflicht getroffen, »für das Gelingen der Observation Sorge zu tragen«, so das Gericht. **Genauer auf http://de.indymedia.org/2013/03/342060.shtml.**

Nachträgliche Sicherungsverwahrung bleibt möglich
Ob unter Gefangenen oder in Medienberichten, allerorten heißt es, die nachträgliche Sicherungsverwahrung (SV) sei abgeschafft; dies stimmt so jedoch nicht. Unter engen Voraussetzungen kann weiterhin die Sicherungsverwahrung, also die potentiell unbegrenzte Freiheitsentziehung, auch noch kurz vor Haftende beantragt werden, zumindest wenn die Betroffenen ihre Tat vor dem 1.1.2011 begangen haben. Das betrifft die Mehrzahl jener zur Zeit in den Gefängnissen einsitzenden Männer und Frauen. Tatsächlich beantragt wird die nachträgliche SV jedoch nur selten. Thomas Meyer-Falk, selbst inhaftiert und von der Sicherungsverwahrung bedroht, beschrieb den Fall von Uwe O., der kürzlich zur nachträglichen SV verurteilt wurde. siehe **http://de.indymedia.org/2013/03/342812.shtml**

Überdurchschnittlich viele Erfolge durch offensive Prozessführung
Nach wie vor verteidigen sich nur wenige Angeklagte offensiv und ohne Bevormundung durch bezahlte RechtsexpertInnen – also selbst, in gleichberechtigter Kooperation mit AnwältInnen (selten, aber es geht!) oder mit anderen politisch Aktiven als Rechtsbeistand (Laienverteidigung). Die Gründe dafür sind mangelndes Wissen, wenig Fortbildung, Wissensweitergabe und Trainings in politischen Zusammenhängen sowie eine eher anti-emanzipatorisch, weil bevormundend daherkommende Abwehrhaltung zentraler Apparate in vielen Organisationen. Dabei zeigt ein Blick auf die Ergebnisse verschiedener Verteidigungsstrategien, dass eine offensive Kultur der Auseinandersetzung mit Polizei und Justiz nicht nur politisch mehr vermitteln kann, sondern in vielen Fällen zu Einstellungen führt – vielfach sogar auf Staatskosten. Zwar gibt es bei keiner Strategie irgendwelche Garantien, aber die Tendenz ist eindeutig. So gab es bei mehreren Prozessen gegen GentechnikkritikerInnen in Sachsen-Anhalt Einstellungen auf Staatskosten. Andere Verfahren z.B. wegen Castorblockaden (z.B. zur Aktion in Dalle siehe https://linksunten.indymedia.org/en/node/82146), sog. »Schwarzfahren« oder Containern konnten zum Abbruch gebracht oder zumindest für die Justiz sehr anstrengend gestaltet werden. Tipps und Beispiele unter www.prozesstipps.de.vu!

»Deal« im Strafprozess machen Strafen effizienter
Anfang März bestätigte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die grundsätzliche Rechtmäßigkeit der sog. »Deals« zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung, was die Frankfurter Rundschau zu der Feststellung veranlasste: »Der Niedergang des guten alten Strafprozesses ist nicht aufzuhalten – das Bundesverfassungsgericht sorgt nur dafür, dass sich der Abstieg in geordneten Bahnen vollzieht.« Auch wenn die FR damit die sonstigen Probleme des Strafjustiz verharmloste – richtig bleibt, dass die nebenprozessoralen Absprachen der Willkür noch weiter die Tür öffnen. Vor allem bieten sie die Möglichkeit, mehr Menschen in kürzerer Zeit und mit geringerem Aufwand zu bestrafen. Letztlich ist das Angebot, eine mildere Strafe für ein Geständnis zu bekommen, formal schlicht Aussageerpressung (im Volksmund: Folter). Verbunden mit der Privatisierung von Gefängnissen steigt die Profitabilität der im durch Strafvollzug ermöglichten Zwangsarbeit.
Längerer Text unter http://de.indymedia.org/2013/03/342735.shtml.

Passend dazu das Buch »Unrecht im Namen des Volkes«
Es gibt etliche Bücher über Justizskandale und –irrtümer. Viele davon sind gut, können aber oft nicht vermeiden, ihre Enthüllungen skandalträchtig zu überhöhen. Dann aber wird die Justiz im Allgemeinen reingewaschen, wenn Einzelfälle als Skandale beschrieben werden. Das hier vorliegende Buch von Sabine Rückert (2007, Hoffmann und Campe in Hamburg, 287 S., 19,95 EUR) toppt diese Qualitätseinbußen um Längen: Hier werden Fallbeispiele ausgewählt, um bestimmte TäterInnengruppen reinzuwaschen. Hauptfall sind Vergewaltigungen, die ausgedacht oder zumindest ohne ausreichende Beweise verurteilt wurden. In am Rande geschilderten weiteren Fällen werden KZ-Regime, Nazis usw. reingewaschen. Überall mag etwas dran sein, aber ist diese Auswahl Zufall? Der üble Verdacht rechter Propaganda durchzieht das ganze Werk. Zudem zeigt die Autorin die gleiche Neigung zu vorschnellen Feststellung wie die von ihr kritisierten Gerichte – und wie es die Justiz als Kultur des Fließbandurteilens fast durchgängig macht. Eine grundlegende Kritik aber kommt in dem Buch gar nicht vor. ●

Jörg Bergstedt

PARECON VERSUS PEER-PRODUKTION TEIL 2

»Einkommensgerechtigkeit« meets »Wertkritik«

Michael Albert, der Begründer des Konzepts »Participatory Economy«, kurz Parecon, und Christian Siefkes, Vertreter der Peer-Produktion, diskutieren online ihre Ideen. Contraste bringt in vier Folgen eine gekürzte deutsche Übersetzung der Diskussion. Der erste Teil erschien in CONTRASTE Nr. 342 / März 2013.

Die Peer-Produktion zweifelt an Parecon?

Michael Albert: Du bist irritiert, Christian, dass sich in Parecon alles um bezahlte Arbeit dreht, und fragst, warum »alle gezwungen werden, für Geld zu arbeiten, um die Dinge zu kaufen, die sie zum Leben brauchen«. Stimmen wir darüber überein, dass es so etwas wie gerechte und ungerechte Verteilung in dem Sinne gibt, dass eine Person zu viel oder zu wenig des Sozialproduktes im Verhältnis zu ihrer Leistung bekommt, und dass in einer gute Ökonomie Arbeit und Freizeit auf alle gleich verteilt werden sollten?

Um Gerechtigkeit herzustellen und Informationen über die Bedürfnisse der Menschen zu bekommen, schlägt Parecon vor, dass die Dauer, Intensität und Beschwerlichkeit ihrer sozial wertvollen Arbeit den Anteil am Sozialprodukt einer Person bestimmen und zwar durch partizipatorische Planung und selbstorganisierte Entscheidungen von Arbeiter- und Konsumentenräten. Du meinst deshalb, ich würde denken, »alle sind ein wenig zu faul und ein wenig zu gierig für eine Gesellschaft ohne Zwang«. Aber ich habe bereits gesagt, dass dem nicht so ist, sondern dass die Menschen einfach nicht wissen können, was verantwortungsvoll und moralisch ist. Du nennst es Zwang, ich nenne es Herstellung von Gerechtigkeit. Parecon sagt den Konsumenten, wieviel Arbeit für das, was sie haben wollen, notwendig ist. Es »zwingt« nur Menschen, die mehr haben wollen, als ihnen für ihre Anstrengung zusteht.

Du bezeichnest »Einkommen« als kapitalistisches Konzept. Im Kapitalismus hängt das Einkommen von der Verhandlungsmacht und/oder von Eigentum ab und nur zu einem geringen Teil von der eigenen Leistung. In Parecon bestimmt keiner dieser Faktoren das Einkommen, sondern nur die gesellschaftlich wertvolle Arbeit. Inwiefern ähnelt Parecon da nur annähernd dem »kapitalistischen Konzept von Einkommen«? Und warum soll es kapitalistisch sein, die Dauer und die Belastung durch gesellschaftlich notwendige Arbeit als Maß für das Einkommen zu nehmen? Denkst du, es ist nicht gerecht? Schafft es Klassenspaltung, zerstört es Solidarität, oder verhindert es Selbstverwaltung?

Eines deiner Bedenken war, dass es wenig bringe, wenn Menschen Dinge tun müssen, die sie nicht gut können. Das sollte in Parecon nicht passieren. Denn Einkommen gibt es nur für sozial wertvolle Arbeit. Ich kann nicht Löcher graben und wieder anfüllen und dafür ein Einkommen verlangen, egal wie lange ich das tue und wie schwierig es ist, weil diese Arbeit niemandem nützt. Nach der gleichen Logik kann ich nicht zehn Stunden mit einer Tätigkeit verbringen, für die ein kompetenter Arbeiter nur fünf braucht und dann verlangen, für zehn Stunden bezahlt zu werden, weil nur fünf Stunden als sozial wertvoll gelten würden. Es gibt also ausreichend Anreize, keine Dinge zu tun, für die ich nicht gut ausgebildet bin.

Wenn Vollbeschäftigung gesichert ist, und das tut Parecon, und wenn die Einkommen gerecht sind, und auch das garantiert Parecon, dann soll ein Unternehmen, dass Dinge nicht zu Preisen herstellen kann, die die Menschen akzeptabel finden, aufhören zu produzieren. Wir sollten nicht wertvolle Ressourcen verschwenden für unerhebliche Ergebnisse. Ich denke, diesbezüglich stimmen wir überein.

Als nächstes wendest du dich den »ausgewogenen Arbeitspaketen« zu und fragst, warum die Arbeitsteilung innerhalb des Unternehmens zu Einkommensungleichheit führt. Das habe ich vielleicht zu wenig ausgeführt. Wenn wir die übliche Arbeitsteilung eines Unternehmens beibehalten, dann tun 20% all die ermächtigende Arbeit und 80% all die eintönige und ermüdende. Dann fühlen sich die 20% zunehmend klüger und wichtiger. Sie bestimmen, was zu tun ist, weil die Umstände ihnen das Wissen, die Werkzeuge, die Beziehungen und die Positionen dazu geben, während diese den anderen vorenthalten werden. Die 80% werden es zunehmend müde, an Treffen teilzunehmen, nur um zuzuschauen, wie andere über ihr Leben bestimmen. Sie sind erschöpft. Sie hören auf, die Meetings zu besuchen. Schließlich beschließen die 20%, die nun fast unter sich sind, ihr Einkommen zu erhöhen. Das ist keine bloße Annahme, sondern geschieht immer wieder. Nicht aus bösem Willen, sondern als natürliche Folge der unternehmensinternen Arbeitsteilung auf das Verhalten und Denken der Menschen. Deshalb sind wir für ausgewogene Arbeitspakete.

Du fragst, warum Menschen zu Tätigkeiten gezwungen werden sollen, die sie nicht tun wollen, auch wenn andere sie gerne tun würden. Wenn eine Wirtschaft so organisiert ist, dass jeder Job ein angemessenes Maß an Empowerment bietet, warum sollten wir Menschen zwingen müssen, Arbeiten zu tun, die sie nicht wollen? Denkst du, es gibt so viele Arbeiten, die Menschen nicht gern tun, dass jedes Arbeitspaket voll mit solchen Aufgaben ist – dass du keines finden kannst, das dir gefällt? Und denkst du, dass es notwendig sein wird, Menschen zur Arbeit zu zwingen, wenn diese unbeliebten Arbeiten, wie viele es auch sein mögen, fair verteilt sind, die Bezahlung dafür fair ist und sie Einfluss auf die Entscheidungen haben?

Wenn du das denkst, wie kannst du dann gleichzeitig denken, dass diese Arbeiten, die niemand tun will, erledigt werden würden, wenn jeder tun könnte, was er will, niemand tun müsste, was er nicht will, es keine Anforderungen und nur wenig Information gäbe? Denkst du, dass die Menschen so unterschiedlich sind, dass vier von fünf – wenn alle die gleiche Ausbildung haben, das gleiche Selbstvertrauen – freudig all die langweiligen und entmächtigenden Arbeiten tun würden, während nur einer davon die ermächtigenden tun möchte und alle gleichermaßen zufrieden damit sind und mit gleicher Macht ausgestattet?

Foto: Giovanni Lo Curto

Warum ich immer noch Zweifel habe

Christian Siefkes: Wie der Kapitalismus basiert Parecon auf Lohnarbeit, offensichtlich aufgrund der Annahme, dass die Menschen sonst nicht genug arbeiten würden. Michael, du scheinst Geld als bloße Information zu betrachten und dabei von einem sehr reduzierten Modell sozialer Interaktion auszugehen, wo keinerlei andere Informationen zur Verfügung stehen. Es müsste eine sehr traurige Gesellschaft sein, wenn Geld das einzige ist, das Menschen »verantwortungsvoll und moralisch« handeln lässt. Das ist nicht die Gesellschaft, die ich mir wünsche.

Du fragst, ob wir übereinstimmen, dass es gerecht ist, wenn eine Person nur entsprechend ihrer Leistung am Sozialprodukt teilhaben kann und dass eine gute Wirtschaft ein faires Gleichgewicht zwischen Arbeit und Freizeit für alle ermöglichen soll. Nein, da stimmen wir nicht überein. Offensichtlich siehst du die Beiträge, die jemand leistet, als grundsätzlich negativ, als eine Art Opfer, das den anderen nützt, einem selber aber schadet. Daher müssen alle für ihre Beiträge belohnt, und wenn sie nicht genug beitragen, bestraft werden.

Beitragen als Opfer zu sehen mag heute angemessen sein, aber eine Gesellschaft, die den Kapitalismus überwinden will, sollte es besser machen. Dein »Gleichgewicht« erinnert mich an das moderne Konzept der »work-life-balance«, wo Arbeit als grundsätzlich vom Leben getrennt wahrgenommen wird. Wenn du dein Leben versäumst, während du arbeitest, ist es klar, dass du dafür entschädigt werden musst!

Aber muss es so sein? Können wir nicht unsere Arbeit, unsere Beiträge, zu einem Teil des Lebens machen, so dass sie aus sich selbst befriedigend sind und keine zusätzliche Belohnung brauchen? Ich glaube wir können und sollten das tun.

In deinem ganzen Text verwehrst du dich dagegen, dass ich das Wort »Zwang« benutze, weil du Geld als bloße Information verstehst. Das trifft aber nicht zu. Informationen ermöglichen Menschen Entscheidungen, aber Geldmangel (und die daraus folgende Notwendigkeit, es zu verdienen) zwingt sie dazu. Und das Geld zwingt die Menschen nicht nur, es setzt sie auch in Konfliktbeziehungen zueinander. Etwa Verkäufer und Käufer – je mehr Geld der Verkäufer bekommt, umso weniger bleibt dem Käufer, um andere Dinge zu kaufen; oder die Verkäufer ähnlicher Güter: wenn ein Käufer sich für einen Verkäufer entscheidet, verdienen die anderen kein Geld. Diese antagonistischen Beziehungen werden den Menschen durch Geld aufgezwungen, nicht nur im Kapitalismus, sondern wohl auch in Parecon.

Du scheinst die selbe Auffassung von Wert zu haben, die dem Kapitalismus zugrunde liegt: Der Wert eines Gutes entspricht dem durchschnittlichen Arbeitsaufwand für seine Produktion, wobei gut geschulte Arbeitskräfte und die bestmögliche Technik vorausgesetzt werden. Offensichtlich willst du nicht nur, dass Arbeiter zueinander in Konkurrenz stehen, so dass die weniger geschickten auf der Strecke bleiben, sondern auch dass Unternehmen miteinander konkurrieren, da du meinst, Unternehmen, die nicht zu akzeptablen Kosten produzieren können, sollten schließen. Auch in Parecon gewinnt der Anbieter mit dem günstigsten Preis.

In diesem Szenario wird auch das Versprechen der »Vollbeschäftigung« zweifelhaft. Was geschieht mit Firmen, die nicht wettbewerbsfähig sind? Theoretisch müssen die dort arbeitenden Menschen »nur« eine andere Arbeit finden (wobei sie anderswo den Wettbewerb verschärfen). In der Praxis ist das alles andere als einfach. Dass jeder irgendwo einen Job finden könnte, klingt genau so unglaubwürdig wie im Kapitalismus.

Je genauer man Parecon anschaut, desto mehr ähnelt es dem Kapitalismus. Zwar finden die Verhandlungen zwischen potenziellen Zahlern und potenziellen Produzenten schon vor der Produktion statt. Doch das dürfte kaum ein signifikanter Unterschied sein und Märkte, auf denen im Voraus verhandelt wird, gibt es auch im Kapitalismus.

Du sagst, alle »sozial wertvolle Arbeit« soll belohnt werden. Die Bezahlung folgt der Effizienzlogik: wie jeder guter Manager willst du nicht Person A für zehn Stunden bezahlen, wenn Person B die gleiche Arbeit in fünf Stunden machen kann. Für andere Aktivitäten würde diese Argumentation allerdings kaum jemand akzeptieren. »Du hast drei Wochen gebraucht, um den Roman zu lesen, während jemand anderes das in einer Woche geschafft hätte!« – »Warum hast du mit X anstatt mit Y geschlafen? Du hättest nur halb so lang zum Orgasmus gebraucht!« Wenn jemand etwas gerne tut, gibt es keinen Grund die Zeit, die er damit verbringt zu minimieren. Aber du scheinst nicht zu begreifen, dass »gesellschaftlich wertvolle Arbeit« etwas anderes sein kann als ein Opfer.

Nicht einmal der Kapitalismus könnte existieren, wenn alle »gesellschaftlich wertvolle Arbeit« der Effizienzlogik unterworfen würde. Viele nützliche Arbeiten sind mit dieser Logik unvereinbar. Menschen, die die geringstmögliche Zeit mit ihren Kindern verbringen, sind wohl kaum die besten Eltern. Kranken und alten Menschen geht es nicht besser, wenn Pfleger und Ärzte sich so kurz wie möglich mit ihnen beschäftigen.

Solche »Care«-Tätigkeiten sind die unsichtbare Kehrseite des Kapitalismus. Er braucht sie, doch sie sind meist unbezahlt und ein Großteil wird von Frauen erledigt. Werden sie in die Marktsphäre hineingeholt, ist das für die Betreuten oft von Nachteil. In diesem Bereich ist die kapitalistische Logik, »den Job möglichst schnell erledigen«, noch absurder als anderswo.

Was bedeutet es, wenn Parecon alle »gesellschaftlich nützliche Arbeit« nach der Effizienzlogik organisiseren will? Entweder gelten viele Pflegetätigkeiten nicht als »gesellschaftlich nützliche Arbeit« und bleiben außerhalb des Bereiches, der durch partizipatorische Planung neu organisiert werden soll. Sie blieben weiterhin unbezahlt und würden wahrscheinlich großteils an Frauen hängen bleiben. Die geschlechtliche Arbeitsteilung des Kapitalismus würde ihn so überdauern. Oder Parecon fasst tatsächlich alle Pflegearbeit unter die Effizienzlogik. Das Ergebnis wäre wenig erfreulich.

Zuletzt zur Frage, wie die soziale Produktion so organisiert werden kann, dass jedes Unternehmen etwas produziert, das für jemanden nützlich ist und alle Bedürfnisse erfüllt werden können. Der Markt erreicht das, allerdings nur für zahlungsfähige Teilnehmer. Mir war unklar, wie Parecon das erreichen will. Nun scheint es, dass auch die Planungsprozesse in Parecon auf Wettbewerb aufbauen und daher möglicherweise Ähnliches erreichen können. Allerdings zum gleichen Preis: sie zwingen in Konkurrenz zueinander und schließen die aus, die nicht zahlen können. Das beantwortet meine Frage, aber nicht auf eine Weise, die mir gefällt. ●

Die Diskussion in voller Länge auf Englisch ist hier nachzulesen:
www.zcommunications.org/znet/zdebatealbsiefkes.htm

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
❍ Jahresabo zu € 58,- (Ausland € 94,-)
❍ Halbjahresabo zu € 32,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

Lohnarbeit ist auch keine Lösung

Der breite Zugang von Frauen zur Lohnarbeit hat bisher nicht zur vollständigen Gleichstellung von Frauen und Männern geführt. In der Regel wird dieser Umstand damit erklärt, dass derartige Umbrüche Zeit benötigen. Dann folgt meist ein leicht rechtfertigend anmutender Verweis auf die immensen Fortschritte der letzten Jahrzehnte. Politik, Wissenschaft und die öffentliche Meinung sehen das Bemühen, Frauen in Arbeit zu bringen, nach wie vor als Königsweg zur Gleichstellung der Frau. Dafür sollen Frauen inzwischen nicht mehr einfach nur arbeiten, sondern dies gefälligst auch in Führungspositionen und in den Naturwissenschaften tun.

Silvia Federici, New Yorker feministische Aktivistin und emeritierte Professorin für politische Philosophie, liefert mit dem schmalen Band »Aufstand aus der Küche« eine andere Perspektive. Der Band enthält drei erstmals auf Deutsch erschienene Essays der marxistisch geprägten Feministin. Sie erläutert darin, warum die eingangs skizzierte Strategie grundsätzlich zu kurz greift.

Federicis Ausgangspunkt ist die marxsche Unterscheidung zwischen Reproduktions- und Produktionsarbeit. Produktionsarbeit ist das, was wir gewöhnlich unter Arbeit verstehen. Reproduktionsarbeit hingegen ist die – meist unbezahlte – Arbeit, die zur Herstellung und Wiederherstellung von Arbeitskraft benötigt wird. Dazu zählt Hausarbeit, Kindererziehung, sowie in Federicis Worten »die physische, emotionale und sexuelle Wartung der Lohnverdiener«.

Global betrachtet wird Reproduktionsarbeit nach wie vor hauptsächlich von Frauen geleistet. In fast allen Fällen wird diese nicht oder sehr schlecht bezahlt. Dieser Zustand erscheint legitim, weil Reproduktionsarbeit als »Arbeit aus Liebe« und naturgegebene Frauenarbeit mystifiziert wird. Doch das ist nicht alles: Durch die ausbleibende Entlohnung der Reproduktionsarbeit wird ihr Ausmaß und ihre Wichtigkeit für die Stabilität der bestehenden Gesellschaftsordnung unsichtbar. Federici zufolge ist die Trennung der beiden Arbeitsformen jedoch konstitutiv für die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Die Akkumulation, also Vermehrung von Kapital, ist auf die ihr zugrunde liegende unbezahlte Arbeit angewiesen. Erst durch diese lohnt sich das kapitalistische Wirtschaften überhaupt richtig. Die sexistische Ideologie, Reproduktionsarbeit als natürliche Aufgabe der Frau anzusehen, stützt also unser Wirtschaftsmodell.

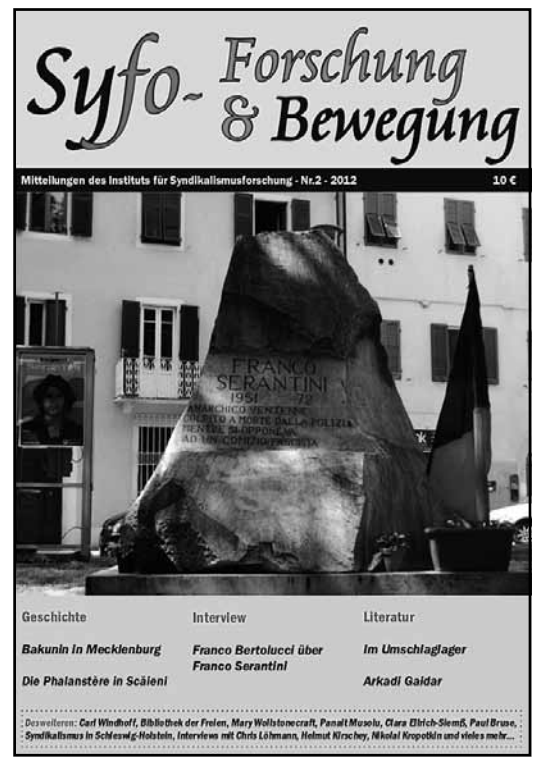
Federici bleibt in ihren Essays nicht bei der Kritik und beim Aufzeigen von Diskriminierungsmechanismen gegenüber Frauen stehen. Sie ordnet Sexismus in eine umfassendere antikapitalistische und globalisierungskritische Perspektive ein. Sie schafft damit eine fruchtbare Verbindung von linker Kapitalismuskritik und feministischer Theorie. Es werden wichtige Zusammenhänge deutlich und Perspektiven für linksfeministische Alternativen zur bestehenden Gesellschaftsordnung aufgezeigt. Eine klare Leseempfehlung für alle, die die bestehende globale Gesellschaftsordnung mit ihren Hierarchien zwischen Geschlechtern, Klassen und Ethnien und die wirtschaftlichen Hintergründe besser verstehen wollen. Und – last but not least – für alle Frauen, die trotz 40 Stunden-Woche den Haushalt immer noch allein schmeißen. ●

Rahel Wusterack

Silvia Federici: Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution, Edition Assemblage, Münster 2012, 128 Seiten, 9,80 EUR.

Jahrbuch für Syndikalismusforschung 2011 und 2012

Das vor einigen Jahren gegründete »Institut für Syndikalismusforschung« hat 2012 sein zweites Jahrbuch »Syfo – Forschung & Bewegung« vorgelegt. Wie das erste 2011 gibt es einen sachlich-kritischen Überblick als bunte Mischung aus historischen Dokumenten, Interviews, Archivberichten, Länderberichten mit einem Schwerpunkt auf Rumänien, Rezensionen und vielem mehr. Es werden unbekannte, meist historische Ecken ausgeleuchtet. Einlesen muss man sich, um sich die Materie »Syndikalismus« zu erschließen. Erleichtert würde dieser Prozess, wenn die Herausgeber von »Syfo« dem jeweiligen Band eine Syndikalismusdefinition vorangestellt hätten.



In den »Syfo-Mitteilungen« sollen unter anderem, so die Herausgeber, »in origineller Weise neueste Forschungsergebnisse vorgestellt und internationale Reportagen, Zeitzeugenberichte, seltene Fundstücke, Exklusivübersetzungen, Buch- und Filmbesprechungen, weitere Forschungsinitiativen sowie literarische Beiträge präsentiert« werden. Die vorliegenden »Syfo«-Bände erfüllen diese selbst gestellten Vorgaben.

Erfrischend und wohltuend: Die Jahrbücher sind keine akademische Veranstaltung. Deshalb geht wohl auch die Absicht der Macher besser auf: sich einen Leserkreis zu erschließen, der sich nicht nur aus Eingeweihten zusammensetzt.

Hier ist nur Platz, um einen schematischen Inhaltsüberblick zu geben. Das Jahrbuch 2011 bringt drei Interviews: mit dem Anarchosyndikalisten Otto Wolf, mit Walter Ruge über seine Erinnerungen an Zensl Mühsam, und mit dem spanischen Anarchosyndikalisten Abel Paz. Es bringt mehrere historische Dokumente, zum Beispiel über den ersten Syndikalistenkongress in London 1913, oder den Beitrag von Peter Kropotkin über das Scheitern kleiner kommunistischer Gemeinschaften. Es enthält einen Landesbeitrag über Rumänien, Erinnerungen an den Libertären Kurt Wafner, sowie Beiträge über das Leben und die Tätigkeit des Freischärlers Max Hoelz und über das Verhältnis von Georges Sorel zum Syndikalismus. Es folgen Rezensionen. Über diverse Archive wird berichtet. Wichtig sind auch die Zusammenfassungen und Inhaltsangaben der bisherigen Veröffentlichungen des »Syfo«-Archivs.

Wie schon 2011 zeigt auch das Jahrbuch 2012 den typischen Querschnitt der Beiträge: Ein Schwerpunkt ist der Syndikalismus in der »Provinz« - Schleswig-Holstein und Mecklenburg. Mit dem Beitrag »Bakunin in Mecklenburg« wird wohl eine Lücke in der Bakunin-Forschung geschlossen. Mit vier Beiträgen über Rumänien ist auch hier wieder der Schwerpunkt gesetzt. Die Interviews mit dem Anarchosyndikalisten Helmut Kirchey und mit Nikolai Kropotkin – dem »letzten Kropotkin« – sind hervorzuheben. Ebenso die Rezension zu »Bakunins ausgewählten Schriften«, die den »Konflikt mit Marx« thematisiert.

Die Fülle des Dargebotenen macht mitnichten die Qualität der Jahrbücher aus. Es ist das Kenntnisreiche und damit Fundierte. Die Leser/innen kommen jedenfalls auf ihre Kosten. Wunsch für die nächsten »Syfo«-Ausgaben: mehr aktuelle Theoriediskussionen um den Syndikalismus und aktuelle Berichte aus den gegenwärtigen syndikalistischen Bewegungen. ●

Hans Jürgen Degen

Institut für Syndikalismusforschung (Hg.): Syfo – Forschung & Bewegung. Mitteilungen des Instituts für Syndikalismusforschung. Verlag Edition AV, Lich/Hessen 2011 (Bd. 1); 2012 (Bd. 2), jeweils 120 Seiten, jeweils 10,00 EUR.

Opposition in der DDR

Das Buch »Das Begehren anders zu sein« enthält 20 Artikel und Interviews. Die Autorinnen und Autoren stammen fast alle aus der DDR-Opposition, aus dem sich damals als freiheitlich-sozialistisch definierenden Flügel, und engagieren sich auch heute

als Opposition gegen die neuen Verhältnisse. Der Band ist in vier Abschnitte gegliedert: Politische Dissidenz, kulturelle Dissidenz, Eigensinn in der Arbeitswelt und Erfahrungen von »ausländischen« VertragsarbeiterInnen.

Viele Beiträge handeln von Themen, die bislang relativ unterbelichtet sind. Dirk Moldt berichtet über selbstbestimmte Arbeitsbiografien in der DDR, über Menschen, die sich als im weitesten Sinne »kulturelle KleinstproduzentInnen« dem Normierungsdruck der arbeiterlichen Gesellschaft verweigerten. Sven Korzilius schildert, wie Oppositionelle mit dem sogenannten Asozialenparagraph verfolgt wurden, der Arbeitsverweigerung unter Strafandrohung stellte. Renate Hürtgen und Bernd Gehrke stellen vor, wie die soziale Zusammensetzung der Demonstrationen des Herbstes 1989 aussah: Die Köpfe, die auch die mediale Wahrnehmung prägten, stammten zwar aus einem sozialen Milieu, das im Westen als jenes der Neuen Sozialen Bewegungen bezeichnet wurde, die Menge bestand aber aus ArbeiterInnen und Angestellten – und nur dies kann die Geschwindigkeit, wie das Ausmaß der Proteste erklären. Mehrere Beiträge widmen sich dissidenten Jugendkulturen, etwa Punks, oder den Bluesmessen, die in Berlin von 1979 bis 1986 unter dem Dach der Kirche stattfanden und jedes Mal mehrere tausend TeilnehmerInnen anzogen.

Bereits von Liberalen oder Konservativen gut erforschte Themenstellungen werden hier aus einem »linkssozialistischen« oder »kulturell-dissidenten« Blickwinkel betrachtet. Die Herausgeberin Anne Seeck thematisiert »Alltag und Repression in der DDR« und schildert die DDR als militarisierte, kulturell kleinkarierte und strukturell stark verstaatlichte Gesellschaft, mit Arbeitspflicht und ohne Meinungsfreiheit. Der Beitrag von Thomas Klein hat »Die Opposition in der DDR während der achtziger Jahre« zum Thema. Er weist nach, dass viele oppositionelle Gruppen einen freiheitlichen Sozialismus anstrebten. Sein Beitrag illustriert die These, es sei die SED gewesen, die die Idee des Sozialismus in der DDR völlig ruiniert habe. Bernd Gehrke berichtet schließlich über die 1968er Proteste in der DDR, hier vor allem über die Proteste gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings. Aus etlichen Beiträgen wird im Vergleich deutlich, dass eine Kooperation zwischen den dissidenten und minoritären Jugendkulturen und den Resten der Arbeiterbewegung nicht zustande kam.

»Das Begehren anders zu sein« ist ein dichtes, lesens wertes Buch, das einen sympathisch-widerständigen Blick auf die Vergangenheit wirft. Es deckt ein breites Themenspektrum ab und wendet sich implizit gegen eine Re-Idealisierung der DDR, wie sie generationsübergreifend in der Linken vor dem Hintergrund der derzeitigen immensen sozialen Spaltung und Krisenhaftigkeit des Kapitalismus wieder vermehrt zu beobachten ist. ●

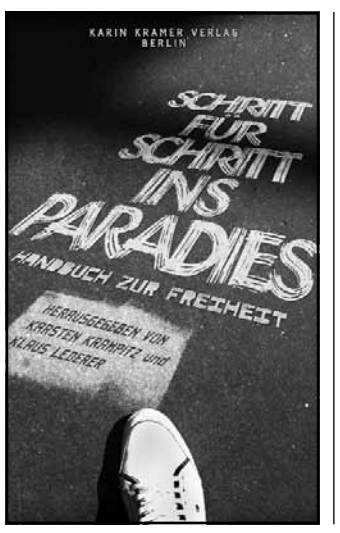
Bernd Hüttner

Anne Seeck: Das Begehren anders zu sein. Politische und kulturelle Dissidenz von 68 bis zum Scheitern der DDR; unrast Verlag, Münster 2012, 304 Seiten, 18,00 EUR.

Anarchismus heute

Der Anarchismus, speziell der Anarcho-Syndikalismus, gehört zur historischen Arbeiterbewegung und insofern zum Kanon der Linken. Ein Wert, den der Anarchismus, und speziell der kulturelle und der Individualanarchismus stark macht, ist die Freiheit – während die traditionelle Arbeiterbewegung Gerechtigkeit und Solidarität stärker betonte.

Die Herausgeber des vorliegenden Bandes - Kulturproduzent Karsten Krampitz und Klaus Lederer, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der LINKEN - eint die Ansicht, dass sich Freiheit und Gerechtigkeit gegenseitig bedingen und die Linke sich eine höhere Wertschätzung für individuelle Freiheiten zu eigen machen müsse.



Die beiden haben eine sehr bunte Schar versammelt. Sie besteht aus vier »weiblich« und 25 »männlich« sozialisierten AutorInnen - vom Journalisten Robert Misik, dem Dietz-Verleger Jörn Schütrumpf und dem polar-Mitherausgeber Robin Celikates über den bekannten Berliner Altanarchisten Jochen Koblauch und die Anarchistin Emma Goldman bis zum Linken-Bundestagsabgeordneten und (ehemaligen?) Kriminalpolizisten Frank Tempel.

Der erste, von Knoblauch stammende Beitrag, enttäuscht, da er zum Beispiel behauptet »je größer eine politische Einheit, desto willkürlicher werden die Normen«. Dann müsste die Schweiz ein Hort der Liberalität sein. Misik zeigt in seinem Text, der auf seinem Buch »Halbierte Freiheit« beruht, wie die politische Rechte der Linken den Freiheitsbegriff entwendete. Ebenso wie Lederer legt er dar, dass Linke ihre Schwierigkeiten mit der Autonomie des Individuums haben und ihnen eine nur kollektiv denkbare Gerechtigkeit dann doch wichtiger sei.

Konstanze Kriese lässt die Erinnerung an Emma Goldman (1869-1940) aufleben und kritisiert unter Berufung auf den heute leider vergessenen Arbeiterhistoriker Erhard Lucas die männerbündlerischen Seiten der historischen Arbeiterbewegung einschließlich des Anarchismus. Kriese weist im Rückgriff auf Goldman darauf hin, dass sich politische Ideen nur als Kultur- und Wertedebatten weiterentwickeln lassen. Schütrumpf schlägt in gewohnter Schärfe in eine ähnliche Kerbe: Schon Rosa Luxemburg, hinter die eine Linke heute keinesfalls zurückfallen dürfe, habe Bildung als Hilfe zur Selbsthilfe angesehen, und darauf hingewiesen, dass Emanzipation nicht mit antiemanzipatorischen Mitteln vonstatten gehen könne.

Tempel fordert in seinem soliden Beitrag eine Wende in der Drogenpolitik. Danach plädiert der sonst eher antiimperialistisch denkende Peter Schäfer unwillentlich postmodern gegen einen universalistischen Emanzipationsbegriff. Sein Beitrag zeigt, dass die Debatte um Eurozentrismus und dementsprechende Befreiungsvorstellungen dringend weitergeführt werden muss.

Carlo Jordan schreibt über die DDR-Opposition am Beispiel Rudolf Mucke, eines DDR-Oppositionellen, der 1995 Suizid beging. Wolfgang Seidel, Mitbegründer der Band »Ton, Steine, Scherben« schreibt über Rock und Pop im Kapitalismus. Heute habe Popmusik die Funktion, die früher die Wehrpflicht hatte, sie sei nun die Schule der Nation, so Seidels These.

Markus Liske kritisiert den habituellen und politischen Konservativismus der Berliner Anarcho-Szenen. Diese seien von Vereinsmeierei geprägt und produzierten Kitsch, statt eine Gegenkultur anzugehen. Weitere Beiträge behandeln Pierre-Joseph Proudhon, die sexuelle Selbstbestimmung von als behindert angesehenen Menschen oder berichten über Barrierefreiheit in Bordellen.

An dem Buch, das insgesamt 29 Artikel enthält, werden viele Kritik üben. Den ParteianhängerInnen dürfte es zu anarchistisch, zu kritisch und frech gegenüber der Partei sein. Den AnarchistInnen werden zu viele Parteifunktionäre dabei sein. Dennoch ist es ein Buch, das sehr viele lesenswerte Beiträge enthält, auch zu Themen, die sonst nicht im Fokus der Linken stehen. Es gilt, wie immer: Nur wer zwischen den Stühlen sitzt, ist wirklich frei, kann lebendig bleiben und sich weiterentwickeln. ●

Bernd Hüttner

Karsten Krampitz/Klaus Lederer (Hrsg.): Schritt für Schritt ins Paradies. Handbuch zur Freiheit, Verlag Karin Kramer. Berlin 2013, 252 Seiten, 19,00 EUR.

EMPIRISCHER ÜBERBLICK

Mehrgenerationen-Wohnen

Die Zukunft hat schon begonnen

Mehrgenerationen-Wohnen in Genossenschaften

Die Genossenschaft wird von vielen Wohnprojekten als Trägerform gewählt, weil sie in besonderer Weise eine gemeinschaftliche Projektidee rechtlich verankert. In einer Untersuchung im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) aus dem Jahre 2012 wurde die quantitative Relevanz dieser Rechtsform für gemeinschaftliche Wohnprojekte untersucht.

Von Micha Fedrowitz, Redaktion Genossenschaften ● Das gemeinschaftliche Wohnen mit stärkerer gegenseitiger Unterstützung und einem gemeinschaftlichen Leben in unterschiedlicher Ausprägung wird zusehends bekannter, und für immer mehr Menschen ist dies eine interessante Wohnalternative. Dies lässt sich insbesondere an den zahlreichen Artikeln und Beiträgen in der lokalen und überregionalen Presse ablesen. Die empirische Datenlage ist gleichwohl immer noch lückenhaft: Wie viele Projekte und Initiativen es in Deutschland gibt, kann nur geschätzt werden.

Drei unterschiedliche Ansätze

Das Bundesbauministerium und das BBSR haben daher 2011/2012 eine Studie durchführen lassen, um zumindest für einen Teil dieser Projekte eine validere Datenbasis zu bekommen: die Mehrgenerationen-Wohnprojekte in der Rechtsform der Genossenschaft. Unter Mehrgenerationen-Wohnprojekte werden Projekte gefasst, in denen Bewohner mindestens dreier Generationen zusammenleben, die nicht unbedingt miteinander verwandt sein müssen. In der Studie stehen sowohl die Potenziale von Genossenschaften für das gemeinschaftliche Wohnen und die spezifische Qualität dieser Wohnform für ältere Menschen im Blickpunkt als auch die spezifischen Hindernisse bei der Gründung neuer Genossenschaften.

Für die Erhebung sind drei Projekt-Typen abgegrenzt, die sich hinsichtlich ihrer Ausgangslage und der Rahmenbedingungen der Projekt-Organisation unterscheiden:

- neu gegründete Einzel-Genossenschaften,
- Projekte als Teil von sogenannten Dachgenossenschaften, sowie
- Projekte, die durch bestehende (traditionelle) Genossenschaften realisiert worden sind.

Die Recherche erfolgte sowohl bei den genossenschaftlichen Prüfungsverbänden als auch bei zentralen Akteuren der Wohnprojekte-Szene. Erhoben wurden Projekte mit einem Realisierungsjahr zwischen 2000 und 2011. Ergänzend werden vier Projekte im Rahmen von Fallstudien hinsichtlich der Umsetzungsbedingungen und Potenziale genauer dargestellt.
Aktuelle Bestandsaufnahme

Aktuelle Bestandsaufnahme

Für den Erhebungszeitraum sind 106 genossenschaftliche Wohnprojekte erfasst. 57 dieser Projekte verfolgen einen Mehrgenerationen-Ansatz. Aus den abgefragten Einzugsterminen konnte eine Zunahme an realisierten genossenschaftlichen Wohnprojekten nachgezeichnet werden.

So wurden zwischen 2000 bis 2006 jährlich 5 bis 8 Projekte bezogen, zwischen 2007 und 2011 waren es schon zwischen 10 und 13 Projekte pro Jahr. Dieser Befund deckt sich mit anderen Erhebungen, die die Szene gemeinschaftlicher Wohnprojekte insgesamt betrachten. Auch der Anteil von Projekten mit dem konzeptionellen Fokus auf das Mehrgenerationen-Wohnen hat über die Zeit zugenommen. Die erhobenen Wohnprojekte liegen bei der Größe überwiegend zwischen 21 und 50 Wohneinheiten, gefolgt von den Projekten mit 11 bis 20 Wohneinheiten. Kleinere oder größere Projekte werden deutlich seltener realisiert. Die deutliche Mehrheit der erhobenen Projekte entstand im Neubau. Ein Grund dafür dürfte der spezifische Fokus der Untersuchung auf Mehrgenerationen-Wohnprojekte sein, die in der Regel barrierefrei sein sollen, was im Bestand deutlich schwerer umzusetzen ist.

Regionale Differenzierungen

Bei der Zahl der genossenschaftlichen Wohnprojekte lassen sich regionale Unterschiede feststellen. Ein Schwerpunkt liegt in den Stadtstaaten Hamburg mit 27 Projekten und Berlin mit 11 Projekten. Damit ist hier auch der Anteil an genossenschaftlichen Wohnprojekten pro Einwohner besonders hoch. Bei den Flächenländern gibt es insbesondere in Hessen (13), Nordrhein-Westfalen (13) und Bayern (11, mit Schwerpunkt in München) sowie in Baden-Württemberg (9) eine große Zahl genossenschaftlicher Wohnprojekte. Bei der Betrachtung des Verhältnisses der Zahl genossenschaftlicher Wohnprojekte zur Einwohnerzahl hebt sich insbesondere Schleswig-Holstein heraus. Hier sind trotz der geringeren Einwohnerzahl 8 Projekte realisiert worden.

Eine besondere Bedeutung für die Realisierung gemeinschaftlicher Wohnprojekte haben neu gegründete Genossenschaften mit insgesamt 41 Projekten. Diese sind im Erhebungszeitraum am häufigsten in Schleswig-Holstein (7) und Hessen (5), gefolgt von Bayern, Berlin und Hamburg (je 4), umgesetzt worden. Auch Dachgenossenschaften, bei denen unter einem Dach mehrere Projekte realisiert werden, sind mit 39 Projekten von insgesamt 14 Trägern wichtige Akteure für das gemeinschaftliche Wohnen. Die Zahl der durch Dachgenossenschaften realisierten Projekte liegt in Hamburg (9 Projekte von 4 Trägern) und Baden-Württemberg (9 Projekte eines Trägers) am höchsten, gefolgt von Berlin (7 Projekte von 3 Trägern) und Bayern (7 Projekte von 2 Trägern). Dachgenossenschaften können insgesamt als wichtiges Element für die Realisierung neuer Projekte gesehen werden. Nicht alle der im Rahmen des Forschungsvorhabens als Dachgenossenschaft erfassten Träger streben jedoch dauerhaft eine Erweiterung an.

Eine geringere Bedeutung kommt mit 26 Projekten den mit bestehenden »traditionellen« Genossenschaften realisierten Projekten zu. Bestehende Genossenschaften als Träger von Wohnprojekten sind insbesondere in Hamburg (6 Träger mit 14 Projekten) und Nordrhein-Westfalen (6 Träger mit 6 Projekten) aktiv. In Hamburg ist dabei bemerkenswert, dass einige Genossenschaften bereits zwei oder drei Projekte mit Wohnprojekt-Gruppen realisiert haben, während in Nordrhein-Westfalen die realisierten Projekte für die Wohnungsgenossenschaften bisher jeweils singuläre Projekte sind. Bundesweit ist in den letzten Jahren eine zunehmende Bedeutung dieser Trägerform zu verzeichnen.

Kooperation mit Bestandsgenossenschaften

Die Bestandserhebung zeigt die deutliche Relevanz gemeinschaftlicher Wohnprojekte in der Rechtsform der Genossenschaft insgesamt, und ihre Zunahme insbesondere seit 2007. Aus der laufenden Beobachtung kann auch für die Zukunft ein weiteres Anwachsen der Zahl gemeinschaftlicher Wohnprojekte in allen Rechtsformen abgeleitet werden; zusätzlich zu den realisierten Projekten wurden weitere 30 geplante Projekte ermittelt.
Unterstützende Strukturen

Als Vorteil der Rechtsform der Genossenschaft kann aus den Fallstudien insbesondere die Abbildung des gemeinschaftlichen und nachbarschaftlichen Ansatzes und die Möglichkeit der Einbeziehung solidarischer Finanzierungsmodelle hervorgehoben werden. Ebenso ist der - im Vergleich zum Eigentum - einfachere Ein- und Austritt bzw. Wohnungswechsel hervorzuheben. Dem stehen der Aufwand bei der Gründung und die Organisation des laufenden Betriebs gegenüber. Als Ergebnis der Untersuchung lässt sich insofern festhalten, dass den Unterstützungsstrukturen eine besondere Bedeutung zukommt. Eine ergänzende Förderung in der Phase der Projektentwicklung hat hier einen großen Effekt auf die Realisierung von Wohnprojekten.

Die Gründung neuer Projekte kann darüber hinaus durch vorhandene Träger befördert werden. Hervorzuheben sind hier insbesondere Dachgenossenschaften. Besonders beachtet werden muss dabei die Risikoverteilung für die vorhandenen Projekte innerhalb der Genossenschaft. ●

Vertiefende Informationen

- Fedrowitz, Micha (2011): Gemeinschaftliches Wohnen in Deutschland. In: Nationalatlas aktuell 9 (09/2011) [21.09.2011]. Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL). Download: http://aktuell.nationalatlas.de/Gemeinschaftliches_Wohnen.9_09-2011.0.html
- Website Wohnprojekte-Portal: www.wohnprojekte-portal.de - Projekt-Datenbank und Informationen zur Projektgründung
- Website von WohnBund-Beratung NRW: www.wbb-nrw.de

GLOSSAR

Bestandsfähigkeit heißt, dass ein Unternehmen oder Projekt wirtschaftlich und sozial so stabil ist, dass es nicht nach einer kurzen Aufbau- und Euphoriephase wieder verschwindet (ein sehr verbreitetes Phänomen in der solidarischen und alternativen Ökonomie).

Bestandsgenossenschaft ist der die Bezeichnung für traditionelle Wohnungsbaugenossenschaften, die schon länger bestehen im Unterschied zu den Neugründungen seit Mitte der 1990er Jahre und noch jünger.

eG - eingetragene Genossenschaft

e.V. - eingetragener Verein

GmbH - Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Schufa - Privatwirtschaftliche Wirtschaftsauskunftei in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft (früher SCHUFA e.V., Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung).

UG - Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt); kleine Variante einer GmbH.

WOHNPROJEKT GAGA, STADE

So unterschiedlich wie die Bewohner von GaGa sind die Stühle im Gemeinschaftsraum: Alle haben ihre ganz eigene Individualität.

Offenheit für neue Wege

Bestandsgenossenschaft als Partnerin eigenständiger Wohnprojekte

Nach einer großen – über die regionalen Zeitungen angekündigten Auftaktveranstaltung zum Thema »Gemeinschaftliches Wohnen im Alter« – fand sich in Stade eine Gruppe von 20 Interessierten. Sie arbeitete ab November 2006 in monatlichen Treffen an der Verwirklichung eines gemeinschaftlichen Wohnprojekts. Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren Menschen im Alter ab 50 Jahren. Sie verfolgten das Ziel, eine verbindliche Nachbarschaft zu schaffen, indem sich jeder nach eigenen Fähigkeiten und Kräften einbringt. Das Motto lautete »Ganz Anders Gemeinsam Altern« - so entstand auch der Name des Wohnprojekts: GaGa.

Von Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Interessierten an einem Seniorenwohnprojekt gelang es, die Stader Wohnungsbaugenossenschaft Wohnstätte Stade eG von ihrem Konzept gemeinschaftlichen Wohnens zu überzeugen. Diese erklärte sich bereit, ohne komplizierte Auflagen auf die Wünsche und Vorstellungen der Gruppe einzugehen. Baubeginn war 2010. In guter Zusammenarbeit entstand die dreigeschossige, architektonisch interessante Wohnanlage mit 18 Wohneinheiten. Darunter befinden sich zwei Gästeappartements. Die Wohnungen sind individuell geschnitten und mit sonnigen Balkonen und Terrassen ausgestattet. Die Größe variiert zwischen gut 50 und 90 qm. Alle Wohnungen wurden seniorengerecht gestaltet. Im Dezember 2011 zogen die ersten GaGas ein, bis März 2012 waren alle Wohnungen bezogen.

Gemeinsame Aktivitäten

Gebaut wurde auf einem 2.500 qm großen Grundstück der Wohnstätte Stade eG. Nach Durchführung eines beschränkten Architektenwettbewerbs erfolgte die Umsetzung nach Plänen des Hamburger Architekturbüros Fuhl und Kirsch: zwei parallel zueinanderstehende, verklinkerte Gebäuderiegel, verbunden durch ein gläsernes Foyer. Die Architektur ist modern, orientiert sich

Fortsetzung auf Seite 12

VILLA EMMA, BONN

Mehrgenerationen-Wohnen

Wie wollen wir zukünftig wohnen?

Eine Ein-Projekt-Genossenschaft für Menschen mit und ohne Unterstützungsbedarf

Das im November 2011 fertiggestellte Haus der Villa Emma eG ist ein neues Wohnmodell, das ein individuelles und selbstbestimmtes Leben für Junge und Alte sowie für Menschen mit und auch ohne Pflegebedarf im vertrauten Quartier ermöglicht. Das integrative Mehrgenerationenwohnhaus besteht aus elf barrierefreien Wohnungen, Gemeinschaftsräumen und einem Gästeappartement. Es ist vermutlich die kleinste Wohnungsbaugenossenschaft in Deutschland.

Von Gerd Hönscheid-Gross, Redaktion Genossenschaften ●
Voraussetzung für das Wohnen im Haus der Villa Emma eG ist die Mitgliedschaft in der Genossenschaft. Sie wurde im Jahr 2009 von Bewohner*innen der im gleichen Viertel angesiedelten Amaryllis eG und anderen engagierten Menschen aus dem Umfeld gegründet. Die Genossenschaft umfasst heute 23 Mitglieder, von denen 13 in der Villa Emma wohnen. Es wird ein Eintrittsgeld in Höhe von 300 Euro und pro qm eigener Wohnfläche eine Pflichteinlage von 400 Euro (Sozialwohnungen: 150 Euro) fällig. Für die zu beziehende Wohnung wird ein Nutzungsvertrag unterzeichnet.
Die Genossenschaft leitet ein ehrenamtlich tätiger Vorstand und Aufsichtsrat, der hauptsächlich aus Mitgliedern besteht, die nicht in der Villa Emma wohnen. Zur Stärkung des Eigenkapitals der Genossenschaft haben einige Bewohner*innen und weitere Unterstützer*innen freiwillige Einlagen geleistet und sind Beteiligungen in Form von Genussrechten eingegangen. Zusätzlich haben sich die Stadt Bonn, das Land NRW und das Bundesfamilienministerium durch Zuschüsse an der Finanzierung des Projekts beteiligt. Damit wurde die Eigenkapitalquote und somit die Wirtschaftlichkeit des Projekts deutlich gestärkt.

Selbstbestimmt leben

Das Haus wurde nach hohen energie-effizienten Standards errichtet. Dafür gewann Villa Emma kürzlich den 1. Platz im Energie-Effizienz-Wettbewerb der Stadt Bonn. Drei der Wohnungen sind speziell für Rollstuhlfahrer*innen konzipiert. Sechs Wohnungen sind frei finanziert, fünf mit Mitteln aus dem sozialen Wohnungsbau gefördert, wodurch Villa Emma auch für Menschen mit geringeren Einkommen neue Lebens- und Wohnformen eröffnet.

Dieses Wohnmodell eignet sich für viele verschiedene Bevölkerungsgruppen: junge und alte Menschen, Menschen mit Pflegebedarf und Menschen ohne Pflegebedarf, Menschen, die alleine oder als Paar leben. Villa Emma bietet somit eine Wohnalternative für Personen, die in der eigenen Wohnung selbständig leben und sich zugleich im Rahmen ihrer Möglichkeiten in eine Gemeinschaft einbringen und sich gegenseitig unterstützen wollen.

Derzeit wohnen in Villa Emma 5 Männer und 8 Frauen, darunter 3 Rollstuhlfahrer*innen und 2 Paare, im Alter von 24 bis 91 Jahren. Die gegenwärtige Bewohnerschaft setzt sich wie folgt zusammen:

- 3 Personen von 24 – 61 Jahren, mit Behinderung und hohem Pflege- und Unterstützungsbedarf,
- 3 Personen von 48 – 83 Jahren, die krankheitsbedingt Pflege oder Unterstützungsbedarf haben,
- 7 Personen zwischen 62 und 91 Jahren, die keinen Pflege- oder Unterstützungsbedarf haben.

Sorgemix-Szenarium

Villa Emma setzt auf ein selbstorganisiertes »Sorgemix-Szenarium«. Unter Wahrung der Selbstbestimmung und Wahlfreiheit wird eine umfassende pflegerische Versorgung pflegebedürftiger Bewohner*innen gewährleistet. Durch die Kooperation mit einem in der Villa Emma angesiedelten ambulanten Pflegedienst ist die zeitnahe Versorgung der Bewohner*innen sowie der Nachbarschaft im Quartier sichergestellt – auch nachts. Voraussetzung dafür ist die Beauftragung des Pflegedienstes.

Villa Emma ist nicht nur eine der kleinsten, sondern auch der anspruchsvollsten Wohnungsbaugenossenschaften: Etwa die Hälfte der Bewohner/innen haben eine Behinderung oder benötigen krankheitsbedingt Pflege.

Gleichzeitig baut das Konzept der gegenseitigen Unterstützung auf die Bereitschaft der Bewohner*innen von Villa Emma, als Hausgemeinschaft einander bei kleineren alltäglichen Verrichtungen behilflich zu sein. Schließlich trägt das große Engagement von Angehörigen, Freunden, Nachbarn und bürgerschaftlich Engagierten aus dem Quartier dazu bei, die Bewohner*innen zu unterstützen. Beispiele hierfür sind das täglich im Gemeinschaftsraum frisch gekochte Mittagessen, das auch Menschen aus der Nachbarschaft in Anspruch nehmen, der in der Nähe wohnende »Hausmeister Krause«, die Reinigung der Gemeinschaftsräume, vielfältige Aktivitäten im Kreativraum oder die Unterstützung und Mitarbeit im benachbarten Gemeinschaftsgarten des Quartiers.

Gemeinsame Lebensqualität

Primäre Ziele des inklusiven Wohnmodells sind der Erhalt und die Steigerung der Selbstständigkeit und der Lebensqualität der Bewohner*innen von Villa Emma. Die Lebensformen im Alter ändern sich heute rapide. Der familiäre Wandel mit steigender Partner- und Kinderlosigkeit sowie die zunehmende räumliche Distanz zwischen den erwachsenen Kindern und den älter werdenden Eltern stellt die Unterstützungs- und Kontaktmöglichkeiten der Einzelnen im Familienverband vermehrt in Frage, was einen verstärkten Bedarf an außerfamiliären Hilfe- und Pflegeleistungen mit sich bringt. Villa Emma ist ein mögliche Antwort darauf: Die soziale Gemeinschaft, der Zugriff auf professionelle und ehrenamtliche Unterstützungsleistungen nach Bedarf sowie das altersgemischte Wohnen mitten im vertrauten Quartier bieten größtmögliche Chancen der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. ●

Für weitere Informationen:
www.villa-emma-bonn.de.

Wohnprojekte wie Villa Emma funktionieren nur, wenn sich viele Unterstützer engagiert einbringen.

WOHNPROJEKT GAGA, STADE

Fortsetzung von Seite 11

aber in Bauform und Volumen an den benachbarten Mehrfamilienhäusern. Die Erschließung der Wohnungen erfolgt über Laubengänge. Nach Süden öffnet sich das Haus zum gemeinsamen Garten und zur Dachterrasse. Der Vorplatz kann als »halböffentlicher Quartiersplatz« genutzt werden. Hier bietet die Gaga-Gruppe auch Veranstaltungen für die Nachbarschaft an.

Aus den vielfältigen Interessen der Gruppenmitglieder ergeben sich spontan oder regelmäßig gemeinschaftliche Aktionen. Eine monatliche Hausversammlung sorgt für das weitgehend stressfreie Miteinander im Alltag. Gemeinschaftlich organisieren die GaGas Carsharing, Waschmaschine, Einkäufe, Zeitungsabos etc. Praktiziert wird eine aufmerksame Nachbarschaft. Regelmäßige Nähtreffs, Tischtennisnachmittage und vieles andere haben sich etabliert. Dazu gehört auch die gegenseitige Unterstützung bei Erkrankung und Schwäche. Bei Pflegebedarf holt sich die Gruppe Hilfe externer Dienste. Auch außerhalb des Projektes sind alle Beteiligten an guter Nachbarschaft interessiert und öffnen ihr Haus zu verschiedenen Anlässen.

Genossenschaftliche Kooperation

Frank Wilshusen, Geschäftsführer der Stader Wohnstätte eG, ist regelrecht begeistert von dem GaGa-Projekt. Eine Wohnungsbaugenossenschaft müsse sich den Herausforderungen des demographischen Wandels ebenso stellen wie den energetischen Neuerungen. Das Gebäude »GaGahausen«, so benennt Wilshusen das Projekt, erfülle alle heutigen Anforderungen: Es ist altengerecht und so gut wie barrierefrei. Es ist zudem ein Niedrig-Energie-Haus mit eigenem Blockheizkraftwerk und einer Photovoltaik-Anlage. GaGahausen verfügt über 18 Wohnungen, die über fast 1.200 qm Wohnfläche verteilt seien plus 1.000 qm Nutzfläche. Dazu gehört auch der großzügige Gemeinschaftsraum. Der Preis des GaGa-Gebäudes liege bei ungefähr 3,1 Millionen Euro.

Das Besondere an dieser Wohnform unter dem Dach einer etablierten Wohnungsbaugenossenschaft: Die Mieter suchen sich ihre Nachbarn selber aus und

Die Bewohner von GaGa organisieren Freizeit und Unterstützung möglichst gemeinsam.

übernehmen einen Teil der Verwaltung. Mit ihren Vorstellungen liefen sie beim Geschäftsführer der Wohnstätte Stade offene Türen ein. »Etwas Besseres kann uns nicht passieren«, betont dieser. Mit Harmonie in der Wohnanlage rechnet er, weil die Hausgemeinschaft intensiv mitplant und mitentscheidet. Größtmögliche Freiheiten werden ihnen bei der Gestaltung eingeräumt, »denn letztlich zahlen sie es auch«. Im Schnitt müssen fünf Genossenschaftsanteile zu je 360 Euro übernommen werden. Zwei Anteile sind Pflichtanteile für die Mitgliedschaft und die weiteren Anteile müssen wohnungsbezogen gezeichnet werden.
Wertegebundener Hintergrund

Auf die Frage, weshalb sich eine traditionelle Bestandsgenossenschaft auf ein solches Projekt einlasse, betont Wilshusen: »Die Genossenschaft empfindet hohe Verantwortung gegenüber den Senioren. Wenn die Senioren nicht gewesen wären, gäbe es die heutige Gesellschaft nicht. Sie wurde von diesen aufgebaut. Die Genossenschaft ist seit ihrer Gründung 1924 kontinuierlich von der heutigen älteren Generation weiterentwickelt worden. Deshalb ist die Genossenschaft auch bereit, für die Senioren mehr zu tun als sonst üblich.«

Grundsätzlich wendet sich Wilshusen gegen eine Gettoisierung der Senioren. Er spricht sich deshalb auch gegen Seniorenwohnanlagen aus. Nach seiner Auffassung sollten ältere Menschen möglichst in den Quartieren mit allen anderen Generationen zusammenleben. Er plädiert für Lebenszeitenhäuser. Die Menschen sollen in diesen während ihrer gesamten Lebenszeiten von A bis Z leben können. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen war der Geschäftsführer gegenüber dem Anliegen von GaGa anfangs eher skeptisch. Eine relativ homogen organisierte Gruppe entspricht nicht seiner Wunschvorstellung. Diese Skepsis ist mittlerweile völlig verschwunden. In den von ihm initiierten Lebenszeitenhäusern ist die Altersstruktur teilweise höher als bei GaGa. Auch wenn dort Menschen über 65 dabei sind, liegt dort der Altersdurchschnitt doch niedriger als erwartet.

Wünsche kosten

Das Bauen für GaGa war nicht teurer als bei anderen Häusern der Genossenschaft. Auch in anderen Fällen gibt es einen Gemeinschaftsraum, meist kleiner, und Gästewohnungen. Und eine Mitwirkung ist bei den Lebenszeitenhäusern ebenfalls möglich. Die Mitplanung erwies sich nur begrenzt als Mehraufwand. Teilweise wurden zwar teurere Fliesen gewünscht. Die einfache Antwort darauf: »Ihr könnt alles haben, aber müsst dies dann auch selbst bezahlen.« Grundsätzlich wären eine völlige Selbstverwaltung und die zeitlich unbegrenzte Auswahl neuer Mitglieder von GaGa möglich. Dann läge aber ein größeres Risiko bei der Gruppe und damit bei den einzelnen Mitgliedern.

Sonderwünsche jedes/jeder Einzelnen bei der Planung werden berücksichtigt, aber von der Genossenschaft eingebaut. Der höhere Preis für Extras wie Glastür, besondere Ausstattungen beim Boden, den Kacheln oder Duschpanelen etc. muss direkt bezahlt werden. Auf den vorgesehenen Einheitspreis wird also der Mehrpreis errechnet. In einem Fall wurden von einem Mitglied 30.000 Euro zusätzlich investiert. Als das Mitglied unvorhergesehen ausziehen musste, ist dies von dem Nachmieter teilweise bezahlt worden. Normalerweise werden aber solche, auf besonderen Wunsch gestatteten Zusatzinvestitionen bei Auszug nicht erstattet.

Auswahl neuer Bewohner

Die Gruppe nimmt einen entscheidenden Einfluss auf die Auswahl neuer Mieter. Aber auch über diese wird, bevor eine Vermietung erfolgt, eine Schufa-Auskunft eingeholt. Die Bedingungen für die Vermietung sind so wie bei den übrigen Mitgliedern der Genossenschaft. Von deren Seite wird es grundsätzlich positiv gewertet, wenn die Mieter ihre eigenen Nachbarn vorschlagen. Es gibt sogar einen Anreiz dafür unter dem Stichwort »Mieter sucht Mieter«. Kommt es zu einem Vertragsabschluss, wird das mit 50 Euro vergolten. Wilshusen dazu: »Etwas Besseres kann uns gar nicht passieren, als wenn die Mitglieder von GaGa innerhalb eines Monats nach Auszug einen Nachmieter vorschlagen. Wir müssen uns grundsätzlich von anderen Wohnungsunternehmen absetzen, auch durch mehr Freundlichkeit, schließlich sind unsere Bewohner Eigentümer und Mieter.« ●

PRO…, STUTTGART

Mehrgenerationen-Wohnen

Abenteuer Gemeinschaft

Unterstützung für Initiativgruppen

Immer mehr Menschen, ob ältere und junge Singles, kleine und große Familien, suchen nach Wohnformen mit Wohlfühlfaktor, in denen Nachbarschaftshilfe gelebt wird und der Austausch zwischen Alt und Jung, zwischen verschiedenen Kulturen, zwischen Menschen mit und ohne Behinderung als Bereicherung gesehen wird. Dachgenossenschaften wie die Pro… in Stuttgart erleichtern die Umsetzung solcher Ansätze erheblich.

In der jährlichen Mitgliederversammlung werden Entscheidungen über die Strategie, aber auch über die Bilanz gefällt.

Von Caroline Aicher, Redaktion Genossenschaften ● Anonymität und Isolation sind Aspekte, mit denen sich nicht nur ältere Menschen zunehmend konfrontiert sehen - durch die Auflösung traditioneller Familienstrukturen wird eine Vereinsamung in allen Altersgruppen erkennbar. Durch diese Isolation der Generationen, aber auch die Abgrenzung der Kulturen und die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen geht unendlich viel menschliches Potenzial verloren. Generationsübergreifende Wohnprojekte helfen, dieser Isolation entgegen zu wirken.

In den letzten Jahren entstanden viele Initiativen für solche gemeinschaftliche Wohnformen. Weil die Gruppen die Planung und Ausführung der Projekte aus eigener Kraft meist nicht realisieren können, entstand die Idee einer Genossenschaft als Selbsthilfeorganisation. Denn durch gemeinschaftliches Eigentum und gesammelte Erfahrungen und Kompetenzen, gebildet von vielen Menschen, entsteht ein Potenzial, das die Verwirklichung gemeinschaftlicher Wohnprojekte erleichtert.

Vom Exoten zum must-have

Der Verein Wabe e.V. beschäftigt sich seit 1991 mit Fragen des gemeinschaftlichen und generationenübergreifenden Wohnens. Aus diesem heraus gründeten Menschen mit vielfältigen Erfahrungen und aus unterschiedlichen Berufen am 8. Mai 1999 die Genossenschaft pro... gemeinsam bauen und leben eG. Am 23. Dezember 1999 erfolgte die Eintragung in das Genossenschaftsregister. Damals konnten sich nur wenige Menschen etwas unter »gemeinschaftlichen Wohnprojekten« vorstellen. VertreterInnen von Städten und Gemeinden ahnten ungefähr, was die Initiatoren vorhatten, aber es war alles noch ein bisschen zu exotisch.

Dies hat sich in den letzten Jahren deutlich gewandelt: Immer mehr Städte und Gemeinden kommen von sich aus auf die Genossenschaft zu und wünschen sich auch so ein Projekt. Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen sind an den Projekten interessiert, bieten Forschungen und Vorlesungen zum Thema an. Inzwischen zählt die Genossenschaft über 250 Mitglieder und wächst langsam aber stetig weiter. Das MitarbeiterInnen-Team vergrößerte sich von nur drei ehrenamtlichen Vorständen im Jahr 1999 um vier Voll- und Teilzeitbeschäftigte und zwei freie Mitarbeiter. Im Jahr 2009 wurde die Tochtergesellschaft pro... plan UG gegründet, um die Planungsleistungen für die Projekte (Entwurf und Vorplanung) besser abwickeln zu können.

Gemeinsam beraten und entscheiden

Alle Genossenschaftsmitglieder sind in die demokratische Willensbildung der Genossenschaft eingebunden. In der Mitgliederversammlung wird über wichtige Belange der Genossenschaft entschieden. Unabhängig von der Höhe des eingelegten Kapitals hat jedes Mitglied das gleiche Stimmrecht. Wo gleiche Rechte für alle gelten, gibt es auch für alle die gleiche Verantwortung. Eine Genossenschaft funktioniert nur, wenn sich alle engagieren und ihre Kraft und Energie für das gemeinsame Ziel einsetzen.

Alle Mitglieder eines Wohnprojektes der pro... eG treten der Genossenschaft bei. Aus diesen Projektgruppen werden jeweils ein bis drei Mitglieder zu ProjektevertreterInnen ernannt, die sich ein- bis mehrmals pro Jahr bei pro... treffen, um die Vernetzung der Projekte untereinander zu gewährleisten und wichtige Themen der Genossenschaft gemeinsam zu beraten. Die Mitglieder der Projektgruppen selbst bestehen aus verschiedenen Generationen; Singles, Paare, Alleinerziehende und Familien; Menschen, die eine Wohnung mieten oder eine Eigentumswohnung bauen; aus unterschiedlichen Kulturen; Menschen mit und ohne Behinderungen. Jede/r hat der Gruppe etwas zu geben und jede/r kann von der Vielfältigkeit der Gruppe profitieren.

In Stuttgart und darüber hinaus

Die Projekte zeichnen sich alle durch umweltfreundliche Architektur aus. Das heißt, die Häuser werden in Niedrig-Energiebauweise und mit umweltfreundlichen Baustoffen erstellt. Für ein angenehmes Wohnklima sorgen begrünte Dächer sowie - meist gemeinschaftliche - Außenanlagen. Die meisten der gemeinschaftlichen Wohnprojekte bestehen sowohl aus abgeschlossenen Wohnungen (Miete und Eigentum), als auch aus Räumen, die gemeinschaftlich genutzt werden. Die Projektgruppen entscheiden selbst, wie ihre Gemeinschaftsräume genutzt werden sollen. Fast immer gibt es einen größeren Raum mit Küchenzeile, in dem die Hausgemeinschaft feiern und tagen kann. Je nach den Wünschen der Gruppe können auch Spielzimmer für Kinder, Gästeappartement, Werkstatt oder Sauna eingerichtet werden. Oft gehören noch eine Terrasse und ein gemeinschaftlich genutzter Garten dazu.

In Stuttgart hat pro... eG inzwischen drei gemeinschaftliche Wohnprojekte auf dem Burgholzhof realisiert (Wabe, Mobile und Mosaik). Weitere generationenübergreifende Projekte von pro... eG gibt es in Tübingen (solidarité), Schorndorf (Mühlbachhaus), Heidelberg (Prisma), Gerlingen (mikado), Ludwigsburg (querbeet) und Schwäbisch Hall (Heller Wohnen). Ein gemeinschaftliches Wohnprojekt in Esslingen (es+) befindet sich zurzeit im Bau, zwei weitere - in Winnenden (Mittendrin) und Waiblingen (Woge) - sind in Planung.

Die Genossenschaft pro... eG unterstützt Initiativgruppen für gemeinschaftliche Wohnprojekte durch Beratung und Konzeptentwicklung und hilft bei der Abstimmung mit Städten und Gemeinden bezüglich Grundstück und Planung.

Angebot an Initiativgruppen

In enger Zusammenarbeit mit der Projektgruppe wird das Wohnprojekt geplant und die Wünsche aller zukünftigen Mieter- und EigentümerInnen – sowohl für das gesamte Haus als auch individuell für die eigene Wohnung – werden in die Planung mit einbezogen. Die Realisierung des Baus erfolgt mit Generalunternehmern und wird von pro... eG begleitet. ●

Kontakt: pro... gemeinsam bauen und leben eG, Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart, Tel.: 0711 / 234 81 62, info@pro-wohngenossenschaft.de, www.pro-wohngenossenschaft.de

TAGUNG

Senioren(stützende)genossenschaften

Grundlegungen – Beispiele – Perspektiven

In Seniorengenossenschaften wird bürgerschaftliches Engagement in genossenschaftlicher Form der Hilfe auf Gegenseitigkeit gelebt. Ihre Geschäftsfelder ergänzen in der Regel vorhandene soziale Dienstleistungen durch Angebote, die nicht oder nicht ausreichend vorhanden sind. Auf der Tagung Senioren(stützende)Genossenschaften am Freitag und Samstag, den 29./30.11.2013 in der Evangelischen Akademie Meißen wird die Vielzahl vorhandener Ansätze vorgestellt von reinen Seniorenwohnformen und generationsübergreifendem Wohnen über Dienstleistungsgenossenschaften für Senioren bis hin zu Ansätzen der gegenseitigen Hilfe nach dem Zeitbankprinzip.

Von Sonja Menzel, Redaktion Genossenschaften ● Für die soziale Grundversorgung von Senioren existieren zahlreiche genossenschaftliche Lösungen, die als Pioniere zur Nachahmung anregen. Genossenschaften drängen sich als geeignete Handlungsansätze geradezu auf. Stehen sie doch für Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Der genossenschaftliche Förderauftrag erfordert gesetzlich eine stringente Umsetzung des Mitgliederwillen und –nutzens. Unter einem solchen Dach können dennoch vielfältige Interessen und Ansätze zusammengeführt werden. Wichtig dafür ist, lokale Bindungen als gemeinsames Handlungsfeld zu nutzen. Im Mittelpunkt der Tagung stehen die überzeugenden Beispiele. Sie werden im Rahmen einer grundlegenden Einführung in die Folgen des demographischen Wandels und den Möglichkeiten der genossenschaftlichen Rechtsform eingebettet. Vorträge über notwendige Unterstützungsstrukturen wie Finanzierung, Informationen über gute Beispiele und Umsetzungshilfen runden die Veranstaltung ab.

Programmbausteine

Einstieg
- Politik ist gefordert: Demografischer Wandel in Sachsen
- Erfolgsmodell Genossenschaft - innovative genossenschaftliche Lösungen im Zeichen des demografischen Wandels
- Nachhaltige Entwicklung durch seniorenstützende Genossenschaften - Ansätze und Typologie, aktuelle Beispiele

Arbeitsgruppen

mit jeweils zwei genossenschaftlichen Beispielen
- Generationenübergreifende Wohnformen
- Betreutes genossenschaftliches Seniorenwohnen
- Soziale Dienstleistungen für Senioren
- Seniorengenossenschaften: Arbeit auf Gegenseitigkeit

Abschluss
- Die Zukunft bewältigen: Bürgerschaftliches Engagement und Seniorengenossenschaften
- Unterstützungsformen für Seniorengenossenschaften – Zusammenfassung und anstehende Aufgaben

Information und Anmeldung

Anzahl der TeilnehmerInnen maximal 60 Personen, Tagungsgebühren mit Beherbergung: 130,00 EUR, Information und Anmeldung: Dr. Winfried Haas, innova eG, Kurt-Eisner-Straße 41, 04275 Leipzig. Tel: (0341) 68 10 985, mail: winfried.haas@innova-eg.de

WOHNPROJEKT MOBILE, STUTTGART

Mehrgenerationen-Wohnen

Die moderne Großfamilie

Generationen-Wohnen

»Mobile« hat die Projektgruppe ihr Haus im Stuttgarter Stadtteil Burgholzhof getauft. Es ist das zweite gemeinschaftliche, generationenübergreifende Projekt der Wohngenossenschaft pro… gemeinsam bauen und leben eG. 41 Erwachsene und 39 Kinder aus acht Nationen leben hier seit 2005 in 24 Miet- und Eigentumswohnungen. In ihren Gemeinschaftsräumen mit über 100 qm haben sie einen Erwachsenentreff mit Küchenzeile, ein Spielzimmer für Kinder und Jugendliche, einen Fitnessraum sowie eine Werkstatt eingerichtet.

Von Arrafaine Mengestu, Redaktion Genossenschaften ●
Über zwei Jahre lang trafen sich Familien, Alleinerziehende sowie jüngere und ältere Singles vierzehntägig mit einem Architekten von pro… eG, um ihr Haus gemeinsam zu planen und den Bau zu begleiten. Im April 2005, nach zwölfmonatiger Bauzeit waren die 24 Wohnungen in der Größe von 42 bis 130 qm fertig gestellt und die Projektgruppe konnte einziehen. Lange vor dem Einzug war die Gruppe schon zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen.

Neben der gemeinsamen Planung des Hauses unternahm die Gruppe Ausflüge und organisierte den festlichen Rahmen für die Grundsteinlegung und das Richtfest. Ebenso gut organisiert startete die Hausgemeinschaft in das gemeinschaftliche Wohnen. Von der Formulierung einer Präambel, die das gemeinschaftliche Zusammenleben konkretisiert, über die gemeinsame Nutzung der Waschmaschinen im Keller bis hin zur Kinderbetreuung zu festen Zeiten hatten sich die Projektmitglieder bereits im Vorfeld Gedanken gemacht.

Gemeinschaftliche Aktionen

Dass es nicht nur bei der Theorie blieb, haben die BewohnerInnen in den letzten Jahren bewiesen. Gemeinsame Aktivitäten, an denen sich ein großer Teil der Hausgemeinschaft beteiligt, sind gang und gäbe im Haus Mobile. Beispielsweise organisieren die Seniorinnen regelmäßig Mittagessen und Hausaufgaben-Betreuung für die Schulkinder, so dass Eltern entlastet werden. Es gibt den monatlichen Sonntags-Brunch mit Spezialitäten aller Nationalitäten, der meist erst am späten Nachmittag mit Kaffee und selbstgebackenem Kuchen endet. Oder die gemeinsamen Dia- und Film-Abende, oft mit Informationen aus den Heimatländern der BewohnerInnen. Regelmäßig findet ein Koch- und Backtag für Kinder statt, bei dem ihnen die Kochkünste jenseits von Fertigpizza und Fastfood vermittelt werden und zum gemeinsamen Mittagessen alle Eltern und die übrigen HausbewohnerInnen eingeladen werden.

Verschiedene Sportgruppen haben sich zusammengefunden, die Gymnastik machen, Joggen, Schwimmen gehen oder Radfahren. Einige BewohnerInnen betreuen auf der Gemeinschaftsfläche einen Blumen- und Kräutergarten, einen Gemüsegarten und einige Beerensträucher. Die Ernte wird zu Marmelade, Suppen oder Nachtisch für alle beim gemeinschaftlichen Brunch verarbeitet. Durch die vielfältigen gemeinschaftlichen Aktionen kann jede/r ihre/seine Fähigkeiten einbringen. Die Älteren im Haus sind nicht alleine, sie werden gebraucht. Alleinerziehende oder Eltern haben auch mal Zeit für sich, weil sie wissen, dass die Kinder gut aufgehoben sind. Seit 2011 fährt ein Teil der Hausgemeinschaft (30 - 50 Leute) sogar einmal im Jahr für eine Woche zusammen in den Urlaub - zum gemeinsamen Wandern und Entspannen.

Wirkungen auf den Stadtteil

Zwei- bis dreimal jährlich wird ein »Theatercafé« - auch für das gesamte Wohngebiet Burgholzhof - organisiert. Die Hausgemeinschaft beteiligt sich auch am Stadtteilfest auf dem Burgholzhof oder richtet die Bewirtschaftung des Burgholzhofturmes aus. Außerdem bringen sich Mobile-BewohnerInnen regelmäßig in den Arbeitskreis Burgholzhof ein. So engagieren sich die BewohnerInnen nicht nur im eigenen Projekt, sondern geben darüber hinaus positive Impulse für den ganzen Stadtteil.

Alle zwei Monate findet im Haus Mobile eine Hausversammlung statt. Hier werden Themen, die das Haus betreffen, behandelt und Beschlüsse über Ausgaben für die Hausgemeinschaft gefasst. Dazu gehören kleinere Anschaffungen in den Gemeinschaftsräumen und im Garten. Kleinere handwerkliche Reparatur- und Wartungsarbeiten, hausmeisterähnliche Dienstleistungen sowie Arbeiten an den Außenanlagen führt die Hausgemeinschaft selbst aus und entlastet dadurch die Nebenkosten. Einmal im Jahr organisieren die BewohnerInnen einen »Hausarbeitstag«, bei dem das Haus – wo nötig – entrümpelt wird und alle Gemeinschaftsräume einer gründlichen Reinigung unterzogen werden. Nicht nur beim Feiern, sondern auch bei diesen Aktionen sind immer genügend BewohnerInnen dabei, sodass auch nicht so geliebte Aufgaben gemeinsam gut zu meistern sind.

Individualität und Solidarität

Und so hat sich gezeigt, dass die BewohnerInnen mit dem Namen »Mobile« ein gute Wahl getroffen hatten: Die Gemeinschaft, die aus vielen Einzelnen besteht, welche zwar verbunden sind, sich aber dennoch für sich bewegen können, hat sich bewährt. Die Mitglieder der Projektgruppe sind mit sozialem Engagement, Toleranz, Kompromissbereitschaft und Interesse für andere Menschen und andere Kulturen in ihr Abenteuer gezogen. In der gemeinsamen Verantwortung für ihr Projekt haben sie zu einer sich gegenseitig unterstützenden, generationenübergreifenden Solidargemeinschaft zusammengefunden. Hier ist in der Gemeinschaft von Eigentümer- und MieterInnen, die gleichberechtigt ihren Wohnraum und ihr Zusammenleben gestalten, eine neue Art des Miteinanders entstanden – eine moderne Großfamilie. ●
Kontakt: mengestu@pro-wohngenossenschaft.de.

Gemeinschaftsaktivitäten wie Gartenfeste gehören zum Selbstverständnis des Wohnprojekts Mobile.

BUCHBESPRECHUNGEN

Motivation und Handwerkszeug für die Praxis – Bücher für genossenschaftliche Wohnprojekte

Zu neuen Wohnformen und Wohnungsbaugenossenschaften gibt es mittlerweile zahlreiche Veröffentlichungen. Die vier besprochenen Bücher decken ein breites Spektrum ab. Das Buch von Wonneberger ist ein Einstieg mit Beispielen, das vor allem motivierende Wirkungen hat, bei dem Strategiehandbuch geht es um die fundierte Aufarbeitung des schwierigen Wegs der Projektentwicklung in der Planungs- und Bauphase. Am Schluss werden zwei Bücher bewertet, die in sehr verständlicher Form helfen, den rechtlichen Alltag in den Wohnungsgenossenschaften zu meistern.

Projektentwicklung für Professionelle

Gemeinschaftliche Wohnprojekte zu realisieren erfordert in der Regel viel Ausdauer, soziale Kompetenz und Risikobereitschaft. Vor diesem Hintergrund gibt es mittlerweile zahlreiche Beraterinnen und Berater, die hier ihre Unterstützung anbieten. Für diese oder Mitglieder einer Gruppe, die selbst den Ablauf strukturieren wollen, ist dieses Strategiehandbuch eine fundierte Hilfe. Es stellt »Strategiebausteine« vor, mit deren Hilfe Fachleute die Projektentwicklung von individuell unterschiedlichen Projekten mit partizipativer Beteiligung von Gruppen steuern können. In den Zwischenergebnissen der Studie werden die erforderlichen Kompetenzen der Beteiligten beschrieben (Nutzergruppe, Baubetreuer, Planer und Finanz- bzw. Rechtsberater). Für die Analyse eines Prozesses stehen zwei Checklisten zur Verfügung (Checkliste Situationsanalyse und Projektprofil). Bei dieser Veröffentlichung handelt es sich um die Kopie des Abschlussberichts einer vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung BMVBS geförderten Forschungsarbeit. Trotz oder gerade wegen des Manuskriptcharakters sehr empfehlenswert.
Susanne Krosse: Strategiehandbuch Projektentwicklung für gemeinschaftliche Wohnprojekte, Fraunhofer IRB Verlag, Stuttgart 2009, 45,00 EUR.

Motivierender Einstieg

Eva Wonneberger setzt sich mit den unterschiedlichen Ansätzen neuer Wohnformen auseinander. Umsetzungen über eine Genossenschaft nehmen dabei einen wichtigen Stellenwert ein. Ihre Darstellung ist vor allem eine phänomenologische Beschreibung auf Grund persönlicher Anschauung und Erfahrungen sowie Einschätzungen von Projektmitgliedern. Sie nimmt die Bewohnerperspektive ein, indem Menschen zu Wort kommen, die aus eigener Erfahrung über Chancen und Risiken des gemeinschaftlichen Wohnens berichten. Das Buch ist besonders als motivierender Einstieg für diejenigen geeignet, die sich erstmals mit dem Thema auseinandersetzen wollen, weil sie darin eine Perspektive für sich selbst sehen. Es geht also vor allem um Beispiele, während Theorie und Umsetzungshilfen keine relevante Rolle spielen.
Eva Wonneberger: Neue Wohnformen. Neue Lust am Gemeinsinn?, Centaurus Verlag, Freiburg 2011, 200 S., 19,80 EUR.

Hilfreiches Handbuch

Das Handbuch für Wohnungsgenossenschaften ist eine von Juristen geschriebene Veröffentlichung. Es erläutert in sehr verständlicher Form Fragen, mit denen verantwortliche Akteure von Wohnungsgenossenschaften im Alltag konfrontiert werden. In der Praxis häufig auftretende Fragestellungen werden leicht verständlich im Frage- und Antwortstil behandelt. Im Gegensatz zu den gängigen genossenschaftsrechtlichen Kommentaren verzichtet das Autor/innen-Team auf eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Stoff. Ebenso wird komplizierte juristische Fachterminologie konsequent vermieden. Beispiele, Praxistipps und in der Regel kurze Mustertexte erleichtern die tägliche Arbeit. Es ist vor allem für Nichtjuristen geeignet, die sich wohnungsgenossenschaftlichen Rechtsfragen auseinander setzen müssen. So einfach und doch fundiert gibt es dies nicht ein zweites Mal.
Thomas Schlüter / Mirjam Luserke / Stefan Roth: Handbuch für Wohnungsgenossenschaften. Genossenschaftsrecht für Praktiker in Frage und Antwort, Hammonia (Hamburg) bei Haufe, Hamburg 2007, 39,80 EUR.

Praxisanleitung Aufsichtsrat

Eine Veröffentlichung der gleichen Autoren konzentriert sich auf das Tätigkeitsfeld des Aufsichtsrats einer Wohnungsgenossenschaft. Es ist aber nicht wirklich branchenspezifisch, kann also von Aufsichtsräten anderer Genossenschaften ebenso verwendet werden. Nach dem gleichen Muster wie beim Handbuch werden verständliche Antworten auf die wichtigsten Fragen gegeben, die die Praxis aufwirft. Es informiert schnell und präzise über Wahl, Aufgaben, Rechte und Pflichten genossenschaftlicher Aufsichtsräte. Auf diese Weise finden diese schnelle Unterstützung zur Problemlösung in ihrer täglichen Arbeit. Im Unterschied zum Handbuch fehlt am Ende ein Stichwortverzeichnis, das sicherlich eine zusätzliche Orientierung ermöglicht hätte. Dennoch durch die verständliche Sprache durchweg empfehlenswert für die praktische Aufsichtsratsarbeit.
Thomas Schlüter / Mirjam Luserke / Stefan Roth: Der Aufsichtsrat einer Wohnungsgenossenschaft, Hammonia (Hamburg) bei Haufe, Hamburg 2010, 2. Auflage, 127 Seiten, 23,80 EUR.

Burghard Flieger

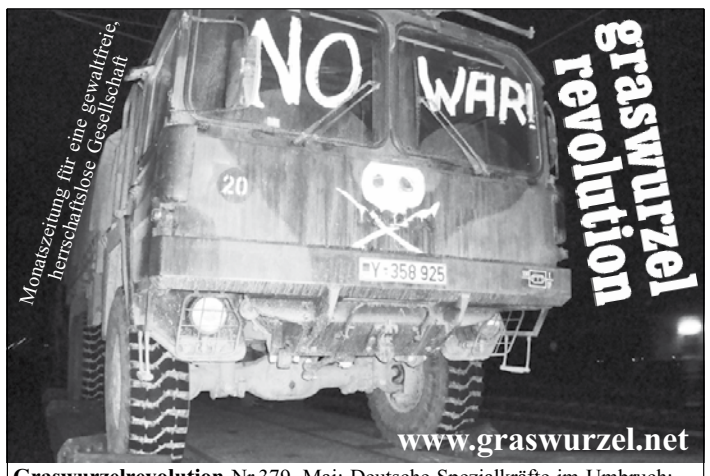
PROJEKTE

Familie mit Kind sucht für den Aufbau einer **Wohngemeinschaft auf dem Lande** Mitstreiter. Wir stellen uns vor, gemeinsam zu wohnen, zu arbeiten und zu leben. Interessenten sollten Freude am ökologischen Landbau haben. Bevorzugt in MV und BB.

Suche möglichst selbstverwalteten Ort an dem ich **emanzipatorische Workshops** in Dokumentarfotografie (studiert) & Theater d. Unterdrückten (bisher nur getestet) geben kann und dafür eine FSJ-Stelle o.ä. bekomme sehlax@gmx.de

Wohnung frei ab August in genossenschaftlichem Hofprojekt in ökologisch-politischem Projektzusammenhang um Verden. Wir sind vier wachsende und 15 erwachsene Menschen, die weiter wachsen wollen. Wir wohnen in WG, einzeln, als Paar oder Familie und teilen Hof, Streuobstwiese & Garten, Werkstatt, Waschmaschine und Food-Koop, ein E-Auto, die Verantwortung und manche Weltanschauung. Die frei werdende Wohnung hat 3 Zimmer, eine Wohnküche (insg. ca. 100m²) und Wintergarten und kostet 505,- € kalt. Interesse? **rebeccakleinheitz@web.de oder 04231/957557**

GESCHICHTE(N) BEWAHREN – **ein Generationen verbindendes Projekt:** Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff(at)ina-koeln.org
☎ (02 21) 31 57 83



Graswurzelrevolution Nr.379, Mai: Deutsche Spezialkräfte im Umbruch; Der Papst und die Mörder; Thatchers Ableben; Die Liebe der Frauen zur Freiheit. Feminismus & Anarchismus; NSU-Prozess; Bewegungsberichte aus Italien, Griechenland, Ungarn, Frankreich und Dortmund, ...; Probeabo: 5 Euro (3 Ex.), Abo: 30 Euro (10 Ex.). Bei: **GWR-Vertrieb, Vaubanallee 2, 79100 Freiburg, Tel.: 0761/2160940-7, Fax: -79; abo@graswurzel.net**

336

iz3w

In weiter Ferne – das Ende der Armut
Außerdem: ▸ Tuareg in Mali ▸ Harkis in Frankreich ▸ Spam-Mails aus Nigeria ▸ Killing Acts in Indonesien ▸ Tourismus im Slum ... *60 Seiten, € 5,30 + Porto*
iz3w • *PF 5328 • 79020 Freiburg • Tel. 0761-74003 • www.iz3w.org*
iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG,
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 20 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung, Vertriebsvorbereitung und Rechnungstellung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter:
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm

CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. **Redaktionsschluss** ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen:

06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 25 91 93 o. (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Print: Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de, Internet: www.elisabeth-voss.de und Christoph Chang, E-Mail: christoph.chang@riseup.net, Radio: Elisabeth Voß und Johannes Dietrich, E-Mail: jo.di@gmx.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16, ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorkstr. 37, E-Mail: bhuettner(at)niatu.net / **30167 Hannover, Redaktion Hannover**, Ulrike Kumpe, E-Mail: ulrikekumpe@gmail.com / **34117 Kassel, Redaktion Kassel**, Sabine Conti. E-Mail: info@sconti-projektberatung.de / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 59 38 900, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, 50678 Köln, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, Uwe Weppler, E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org / , Postfach 10 45 20, ☎ (0 62 21) 16 24 67 / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: AT-8010 Graz**, Brigitte Kratzwald, ☎ 0043-699 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / **AT-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ 0043-46 34 18 590, E-Mail: vereinleben@aon.at

Mit dem Tod von Dieter Poschen hat CONTRASTE nun leider keine Redaktion mehr in Heidelberg. Die verbliebenen RedakteurInnen werden sein Lebenswerk fortführen.

Fachredaktionen:

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23, Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaften@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 13359 Berlin, Th-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinghausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Subversive Klangwelten:** Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de

V.I.S.D.P.: Elisabeth Voß über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei den AutorInnen, Kontakt über CONTRASTE e.V., Heidelberg

Anzeigenverwaltung: CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de, Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste%202011.pdf

Herstellung:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Giovanni Lo Curto, Ute Berthold, c/o CONTRASTE e.V.
Layout: SUBdesign GmbH, Dresden
Druck: Freiburger Druck GmbH & Co. KG

E-Mail:
contraste@online.de

Internet:
www.contraste.org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter: http://de.groups.yahoo.com/group/contraste-list

Vertrieb:
☎ (0 62 21) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@online.de

DIE SINNE SCHÄRFEN!!! JETZT TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen: www.akweb.de
ak analyse & kritik Zeitung für linke Debatte und Praxis

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT
Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84
Ausgabe 4/13 u.a.:
- Herbert Rehm: »Im Weltauktionshaus. Crowdsourcing und der globale Wettbewerb um Arbeit – das Beispiel IBM«
- Andreas Bachmann: »Unendliche Geschichte, leider: Tarifverträge gegen Equal Pay«
- Oliver Brüchert: »Angestellt und angeschmiert« – zur Tarifrunde 2013 im öffentlichen Dienst der Länder
- Anna Leder/Sandra Stern: »Mehr als ein Packerl Luft!?«, zum Spitalsstreik in der Alpenrepublik
- Willi Hajek: »Chronik eines angekündigten Todes. Drei Monate Streik gegen Werksschließung bei PSA-Peugeot Aulnay«
- »Im Zweifel für den Ankläger«, Petition zur Verteidigung der Unschuldsvermutung in Griechenland
- Jane Slaughter: »Keine Schraube verlässt das Gelände«, zur (Erfolgs-)Geschichte der Arbeiterkooperative Tradoc in Mexiko

O Ich möchte den express kennenlernen und bestelle die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

Ausländer

Offiziell leben 6,7 Millionen Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Die meisten sind hier geboren oder sind bereits seit über 20 Jahren hier. Sind es überhaupt Ausländer? Oder sind es Inländer ohne Staatsangehörigkeit?
Diese Broschüre zeichnet die Ausländerpolitik der letzten 200 Jahre nach, bis zum heutigen Aufenthaltsgesetz, den Integrationskursen und der Diskussion um eine Willkommenskultur. Wie willkommen können sich Ausländer in einem Land fühlen, in dem eine Gruppen von Nazis 14 Jahre lang morden kann, ohne dass die „Sicherheitsbehörden" etwas dagegen tun?
Reinhard Pohl: **Ausländer.** 2012, 48 Seiten, 2 Euro
Online bestellen: **www.brd-dritte-welt.de**

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN // DIE MONATSZEITSCHRIFT

Weitere Infos zur Zeitschrift und ein umfangreiches Archiv unter
www.lateinamerika-nachrichten.de

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung
Vierteljahreszeitschrift 24. Jahrgang, Nr. 94, Juni 2013, 224 Seiten

Kriege von morgen
Paech – Rückkehr des Krieges / Höger – Krieg um Rohstoffe / Strutynski – Kriege im 21. Jahrhundert / Becker – Frankreichs Intervention in Mali

Bundeswehr und Rüstungswirtschaft
Rose – Interventionstruppe / Seifert – Transformation der Rüstungswirtschaft / Seifer & Lurz – Rüstungsexportsystem der BRD

Militarisierung der EU
Schirmer – Ohne Alternative? / Lösing & Wagner – Oligopolisierung des Rüstungssektors / Oikonomou – Militärische Beziehungen EU-USA

Und: Zeise – SDS-Strategie / Geschonneck – Zivilklauselbewegung / Wiegel – NSU-Untersuchungsausschuss / Sorg – Losurdos Stalinbilder / Müller – Geldtheorie Gesells / Czeskleba-Dupont & Tjaden – „Wachstumszwang"
Sowie: Diskussion, Kritik, Zuschriften, Berichte, Buchbesprechungen - **Z** Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt:Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406
www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail:redaktion@zme-net.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.
Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Mehr als fair: Kaffee aus solidarischem Handel
FAIRBINDUNG e.V.
- 100% Arabica-Hochlandkaffee
- aus biologischem Anbau
- Café Crema oder Espresso
- Direkt importiert
- enge Zusammenarbeit mit der Kooperative AMNSI aus Guatemala
- Basisdemokratische Entscheidungsstrukturen
- solidarische Preisbildung

FairBindung e.V. - Altenbraker Straße 26 - 12051 Berlin - Tel. 030/25040164
www.fairbindung.org - info@fairbindung.org

THEMA_ REPRESSIVE TOLERANZ ZAG
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER 63/2013 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00
ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de

www.jungewelt.de/testabo
Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.
3 Wochen kostenlos testen!

GEMEINSCHAFTEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune

Termine: 21.06. – 23.06.2013,
30.08. – 01.09.2013,
13.12. – 15.12.2013

ReferentInnen: Birgit Zellmer, Volker Groß, Uli Barth, Jacqueline Bernardi
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 25 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 80 Personen.
An den Wochenenden wird es um Fragen gehen wie:
* Eine Kasse – und das funktioniert?
* Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
* Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
* Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Die Wochenenden werden von KommunardInnen durchgeführt .
www.kommune-niederkaufungen.de

LEBEN

Filmvorführung: Die Kraft der Schmetterlinge
Ein Dokumentarfilm über alternative Lebensentwürfe von Mexiko bis Panama

Termin: Fr., 28.06.2013, 19:00 Uhr

Im Rahmen der Chaostheorie spricht man vom 'Schmetterlingseffekt', was bedeutet, dass kleinste Abweichungen langfristig ein ganzes System vollständig und unvorhersagbar verändern können. Politiker/innen verschiedener Länder betonen immer wieder, dass es derzeit keine Alternativen zum neoliberalen Wirtschafts- und Lebenskonzept gibt.
'Die Kraft der Schmetterlinge' ist 2011 auf einer Reise von Mexiko nach Panama entstanden und handelt von Menschen in Mittelamerika, die statt auf Lösungen seitens ihrer Regierungen zu hoffen sich zusammentun, sich organisieren und so eigene Lösungen und Alternativen schaffen.
Alle diese Projekte sind beeindruckende Beispiele für Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und zeigen, dass es Alternativen zum kapitalistischen System gibt. (Filmvorführung spanisch mit deutschen UT und Diskussion). (Eintritt frei)

Ort: Bibliothek der Freien, Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102, 10405 Berlin - Prenzlauer Berg
www.BibliothekderFreien.de

LERNEN

SommerForum für Selbstbestimmte Bildung 2013

Termin: Do, 18.7. bis So, 21.7.2013

Durch Beteiligung aller Interessierten soll ein offener Ort des Lernens und der persönlichen Entwicklung entstehen. Selbstorganisation, Bedürfniskommunikation und der Anspruch, Hierarchien und Herrschaftsverhältnisse durch einen bewussten Umgang abzubauen, sollen einen geschützten Raum schaffen, der Freude macht, Lernlust befriedigt, aber auch Fehler zulässt.
Das SommerForum ist zudem auch ein Vernetzungsangebot für Gruppen, die an ihren eigenen sozialen Praxen arbeiten oder Lernen selbstbestimmter organisieren wollen. Die Erfahrungen der Anderen sollen ermutigen und zu Neuem inspirieren. Gemeinsam können wir überlegen, wie wir das Erprobte zurück in unsere Alltage tragen.
Das SommerForum ist als Open Space organisiert. Drei Tage voller radikaler Analysen, befreiender Praxen und ermunternder Atmosphären im Kontext von Bildung und Selbstbestimmung – ein lebhafter Austausch in vielfältigen Formen (Workshops, World Cafés, Vorträge, ...).
Veranstaltet von: InSeL für Selbstbestimmtes Lernen.
Ort: Wukania Projektehof Biesenthal, Ruhlsdorfer Str. 45, 16359 Biesenthal (www.wukania.net)
www.SommerForum2013.de,
www.onlineInSeL.org

WIRTSCHAFTEN

Guerilla-Konferenz: Open Ecology Economy Fair
Termin: 26.-29.9.2013

Mit Workshops, Vorträgen, einem MakerLab, Ausstellungen, Kunst, Spielen, Live Erfindungen & Experimenten und Führungen zu Themen wie: DIY & Making, Biokunstoffe und Kompostierbare Hardware, Open Innovation, Open Source/ Open Everything, Freie Hardware, Regeneratives Design (aka Cradle to Cradle Design), Offenes und Urbanes Gärtnern und Landwirtschaften, City Hacking/ Hacking Environments, Stadtnatur und Ökologie, Sharing/Teilen. Wiederverwenden, Reparieren, Recyceln. Nachwachsende Rohstoffe. Kollaboration und Co-Kreation, Ökologisches Wirtschaften, Nachhaltiges Leben & Arbeiten, ..
Ort: Berlin, rund um den Moritzplatz
http://de.ooewimodule.wikia.com/wiki/Open_Ecology_Economy_Fair

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Infoveranstaltung
»Neue Widerstandsformen braucht das Land!?«

Termin: Fr., 28.06.2013, 19:00 Uhr

Veranstaltungsreihe von Teilhabe e.V.: »Krise und Proteste«.
Generalstreiks in Serie, ein Streik jagt den anderen, Betriebsbesetzungen, Massenkundgebungen, Massendemonstrationen im Dutzend und flächendeckend! Ob spontan-internetgestützt oder organisiert; friedlich oder gewalttätig, gewerkschaftlich und »wild«, parlamentarisch oder außerparlamentarisch: Das Volk steht auf und niemand erhört seine Stimmen und Forderungen.
Anne Seeck wird über die Sozialproteste seit 1998 berichten, incl. über das Scheitern der Hartz IV- Proteste und die Lähmung danach. Gibt es Beispiele aus der Geschichte und Gegenwart, in denen Protest auch mal erfolgreich war bzw. wenigstens Spaß machte?
Wolfgang Ratzel untersucht die Bedingungen des Scheiterns. Müssen wir Abschied nehmen von den vertrauten Widerstandsritualen? Aber wo zeigen sich die neuen? Taugen die Widerstandsformen der Occupy-Wallstreet- und der Bewegung der Indignados, der Empörten? Eignen sich die neuen Partei-Formen wie die Piratenpartei oder die italienische »MoVimento 5 Stelle«?
Oder bedeutet Widerstand heute, sich in antikapitalistischen, politökonomischen Strukturen zusammenzuschließen - zu Inseln von Parallel- und Gegengesellschaften im Meer eines krisenhaft-kollabierenden Weltsystems des Kapitalismus? Aber was könnte der erste Schritt sein?

Ort: Mehringhof Veranstaltungsräume, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
www.mehringhof.de

Herzliche Einladung!
Leihladen in Berlin wird 1 – Motto der Geburtstagsfeier: Das Gute leben.
Termin: Sa., 08.06.2013, ab 14:00 Uhr

Der erste Leihladen Berlins »Leila« im Bezirk Prenzlauer Berg feiert seinen ersten Geburtstag.
Wir wollen ein gutes Leben, eine gute Wirtschaft und eine gute Gesellschaft. So einfach ist das. Und Leila feiert das gemeinsam mit vielen Initiativen. Mit dabei ist Transition Town Pankow. Die Mauergärtner bauen zum Geburtstag schöne Insektenhotels, wo jedeR mitbasteln kann. Es wird auch getanzt und gesungen. Zum Essen gibt es bosnisch-brasilianische Küche. Auf einem Schenktisch könnt ihr Sachen verschenken oder euch beschenken lassen.
Eine Geburtstagsrede auf das gute Leben wird das Amt für Werbefreiheit und gutes Leben zum besten geben.

Ort: Leihladen »Leila«, Fehrbelliner Str. 92, 10119 Berlin (U-Bhf. Senefelder Platz)
www.leila-berlin.de

BETEILIGUNG

Jugendbeteiligung online stärken – Chancen und Methoden der ePartizipation

Termin: Do., 13.06.2013, 10:00 – 18:00 Uhr

Während bislang teilweise der Verfall der Kultur aufgrund der Verbreitung digitaler Medien befürchtet wurde, geht es nun darum, wie Jugendliche mithilfe dieser Medien mehr und besser an politischen Prozessen beteiligt werden können. Vor diesem Hintergrund wollen die VeranstalterInnen Fachkräfte aus dem Bereich Jugendarbeit, Schule, Jugendverbandsarbeit sowie Jugend- und Netzpolitik zusammenbringen, den Austausch fördern und Kooperationen ermöglichen, um die Jugendbeteiligung über digitale Medien zu stärken.
Drei Impulsreferate liefern zunächst den theoretischen wie praxisbezogenen Rahmen. Anschließend kommen in einem BarCamp alle zu Wort.
Ort: Medieninnovationszentrum Babelsberg (MIZ),
Stahnsdorfer Str. 107, 14482 Potsdam
www.jugendbeteiligung-staerken.de

LANDWIRTSCHAFT

Permaculture Around the World - The unfolding journey that is bringing sustainability to the world's doorstep. Vortrag und Gespräch mit Warren Brush zum Thema Permakultur.
Termin: Di, 04.06.2013, 18:00 – 20:00 Uhr

Ort: Technische Universität, 10587 Berlin, Hauptgebäude, Straße des 17. Juni 135, Raum H 3010

ENERGIE

Volksbegehren »Neue Energie für Berlin« vom Berliner Energietisch

Noch bis 10.6. unterschreiben!
www.berliner-energietisch.net

GRUPPEN GEGEN KAPITAL UND NATION

Antinationales Sommercamp hoch 6 Nord
Termin: Do., 25.07. bis Do., 01.08.2013

Ferien von Deutschland machen - Eine Woche lang Sonne und Theorie, Sommer und Diskussion, Freibad und Argumente. Täglich werden zweimal zu entspannten Uhrzeiten mehrere parallele Workshops angeboten, die, wie »im echten Leben«, in Konkurrenz stehen zu Schwimmen, Schlafen, Spaziergängen, Kickern und Lagerfeuerromantik (letzteres sehr umstritten).
Dieses Jahr findet zum sechsten Mal das Sommercamp in Niedersachsen statt. Und zum dritten Mal gibt es für all die Menschen, die immer so weit fahren mussten oder die das auch abschreckte: Das Sommercamp im Süden der BRD (30.08.-04.09.). Da wir möglichst vielen Leuten die Möglichkeit geben wollen, wenigstens ein Camp mitzunehmen, musst du dich entscheiden: Entweder für das Camp im Norden oder für das Camp im Süden. Alle Infos für das Camp im Norden plus Anmeldemöglichkeit weiter unten. Hier werden auch kontinuierlich alle Workshop-Infos aktualisiert.
Es wird Workshops u.a. zur Kritik an folgenden Them en geben (es kommen noch weitere Themen hinzu): Freiheit & Gleichheit, Rassismus, persönliche Anerkennung, Nationalismus, Imperialismus, Ehe/Zweierbeziehung/Liebe, Kapital und Kapitalismus, Klassen, europäische Asylpolitik, Religion.
Ort und Organisatorisches:
http://gegen-kapital-und-nation.org/camp-nord-13

Einführung in die Kapitalismuskritik
Termin: Mo., 03.06.2013, 19:00 - 22:30 Uhr

Warum gibt es in unserer Gesellschaft leere Kühlschränke, während Supermärkte Essen wegschmeißen? Warum stehen Häuser leer, während Leute auf der Straße schlafen? Warum heißt Lohnarbeit eigentlich Schuften und Malochen statt frohes Schaffen? Und warum gibt es entgegen einem verbreitetem Irrtum kein Genug beim Profit?
Diese Fragen sollen durch die Kritik von Privateigentum, Lohnarbeit und Konkurrenz geklärt werden.
Ort: Selbstorganisiertes Zentrum Uelzen, Ringstraße 27b, 29525 Uelzen
http://gegen-kapital-und-nation.org/einführung-die-kapitalismuskritik-4

FRAUEN

Vortrag und Filmvorführung zur Arbeit von TERRE DES FEMMES
Termin: 11.06.2013, 18:30 Uhr

Heidemarie Grobe, Gründerin der TDF-Städtegruppe Hamburg, wird an diesem Abend die Schwerpunktthemen von TDF vorstellen und den Film »Wenn Bäume Puppen tragen« zeigen. In dem Film geht es um ein ostafrikanisches Mädchen, das in Deutschland lebt und mit sieben Jahren von ihren Eltern in deren Heimatland gebracht wird, um dort beschnitten zu werden. Mit dieser Veranstaltung soll aufgezeigt werden, inwieweit die Menschenrechte von Mädchen und Frauen in aller Welt verletzt werden und wie sie auch hier vor Ort von Menschenrechtsverletzungen betroffen sind. Frau Grobe stellt Möglichkeiten vor, wie sich hiesige Frauen für die Rechte von Mädchen und Frauen einsetzen können.
Ort: Rathaus Reinbek, Hamburgerstraße 5-7, Sitzungsraum 111, 21465 Reinbek
www.terre-des-femmes.de

KULTUR

Sigrid Niemer and Hélène Bourgois: "Creative strategies of sustainability" for cultural workers
Termin: 09. – 14.09.2013

A week of debate and action around the theme »Culture and sustainability«, and more specifically about »Creative strategies of sustainability for European art centres«.
This week programme for cultural operators proposes a common reflection and a time of intense experiences sharing around the potential »strategies of sustainability«. The seminar will be composed by six full-days of activities including workshops, lectures, exploring sustainable places and projects in Berlin, initiation about straw bale building, artistic expression, and social interaction.
For 20 cultural workers the costs for travel and accommodation will be covered. Please´send an email to csos@ufafabrik.de and you will get the application form. The deadline for applications will be the 14th of june 2013.
This seminar is a production of the ufaFabrik Berlin in the frame of Engine Room Europe: "Engine Room Europe" is a three-year programme (April 2011-May 2014) of activities dedicated to independent cultural workers and their creative processes. It is initiated by Trans Europe Halles (TEH) and co-ordinated by Melkweg (Amsterdam, The Netherlands) in association with 10
co-organizing TEH members.
Ort: Internationales Kultur Centrum ufaFabrik e.V. , Viktoriastraße 10-18, 12105 Berlin, Tel. +49 30 755 03 116, sigrid.niemer@ufafabrik.de
www.teh.net, www.ufafabrik.de

Linke Buchtage 2013
Termin: 14. – 16.06.2013, ab 16 Uhr

Die 11. Linken Buchtage Berlin finden am Wochenende vom 14. bis 16. Juni 2013 im Mehringhof in Kreuzberg statt. Das Programm ist vielfältig: Bei ca. 35 Veranstaltungen stellen AutorInnen, WissenschaftlerInnen und PublizistInnen ihre Bücher zu aktuellen Themen, politischer Theorie und Kultur vor. Zum ersten Mal wird es ein buntes Programm für Kinder geben. Am Samstag veranstalten die Lateinamerika Nachrichten gemeinsam mit FDCL und Blue21 ein Sommerfest auf der Dachterrasse des Mehringhofs. Außerdem werden wieder zahlreiche linke und unabhängige Verlage mit ihrem aktuellen Programm vor Ort sein.
www.linkebuchtage.de
Ort: Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin (U-Bhf. Mehringdamm)
www.mehringhof.de

Localize Pirschheide »Zug um Zug«
Termin: 13. –16.06.2013

Vom 13. bis zum 16. Juni erobert LOCALIZE den stillgelegten Bahnhof Pirschheide, macht die ehemalige Schalterhalle zur temporären Kunsthalle und widmet sich den Spielregeln des Miteinanders.
Was sind die geschriebenen und ungeschriebenen Codes und welche Normen gelten für wen? Wie werden die Spielzüge gesetzt – als Teamplayer oder Einzelkämpfer, im Null- oder Plussummenspiel, für den Kick, die Macht oder Moral, vom Zufall oder Selbst bestimmt?
Installationen, Podium, Bar, Performances, Konzert – in Ausstellung und vielfältigem Programm werden »Zug um Zug« verschiedene Strategien und Möglichkeiten durchgespielt.
Unterschiedliche Gesellschaftsspieler, KünstlerInnen und Kulturschaffende, Partner wie Gäste, sind eingeladen das Spiel zu bereichern, gemischte Strategien zu verfolgen oder sich in den Spielfluss zu begeben, wenn der »Bahnhof Pirschheide« im Westen Potsdams im Juni 2013 von LOCALIZE angefahren wird und LOCALIZE fragt: Wie wollen wir spielen?
Ort: Potsdam, Bahnhof Pirschheide
www.localize-potsdam.de/zug-um-zug-2013/

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto!**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn

Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Dazu genügt eine Postkarte an:
CONTRASTE-Vertrieb,
Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg

Aktuelle Ausgabe – Direkte Aktion:
Viel Streik, viel Ehr?
Ob Lehrer_in in Berlin oder Sicherheitspersonal in Frankfurt, wöchentlich sind neue Streikmeldungen in den Nachrichten. Wird in Deutschland wirklich mehr gestreikt? Eine Bestandsaufname zur Streikwilligkeit in diesem Land gibt's im Schwerpunkt der DA.
Probeheft gratis!
DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung
www.direkteaktion.org

DER RABE RALF
Umweltabhängiges Monatsblatt aus Berlin
Unkonventionelles & Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene - von Naturschutz bis "Anders Leben" - dazu Tips, Termine & Adressen
Kostenlos an vielen Auslageorten wie Bibliotheken, Naturwaren- und Umweltläden oder für halbjährlich 10 € per Unterstützungsabo ins Haus.
Kostenlose Probenummer bei: DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ 030/443391-47

Weitere Termine auf unserer Webseite: contraste.org

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!
Zapatistischer Kaffee & Espresso
Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko
Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
Telefon: 040-20906892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de